RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

08 2020

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Außenhandel
Schwerbehinderte Menschen
Paritätsstatistik

Fotonachweis

Titelfoto: © kebox – stock.adobe.com

Der Außenhandel ist für die rheinland-pfälzische Wirtschaft von großer Bedeutung. Mehr als die Hälfte der Industrieproduktion wird exportiert. Nach neun Jahren des Wachstums ist der Wert der ausgeführten Waren 2019 stark gesunken. Auch der Wert der Einfuhren nach Rheinland-Pfalz ist deutlich gesunken.

08 2020

STATISTISCHE MONATSHEFTE

73. Jahrgang

kurz + aktuell 473

Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Handel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Bevölkerung ■ Einkommen ■ Soziales Bildung ■ Umwelt ■ Verkehr ■ Finanzen

Verbraucherpreise 491

Rheinland-Pfalz in Karten: Landwirtschaftliche Fläche 2018 492

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2019 – Außenhandel 493

Menschen mit Schwerbehinderung 2019 – Aktuelle Ergebnisse für Rheinland-Pfalz 502

Frauen in der Kommunalpolitik – Ergebnisse der Paritätsstatistik zu den Kommunalwahlen 2019 513

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 525

Neuerscheinungen 541

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2020

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Industrieproduktion wächst im Mai kräftig

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Mai 2020 deutlich gestiegen. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex lag um 7,4 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Der vorausgegangene Einbruch, der durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der wirtschaftlichen Aktivitäten verursacht wurde, konnte durch diesen Zuwachs nicht wieder ausgeglichen werden.

Die Produktionssteigerung ist auf das starke Plus in der Investitionsgüterindustrie zurückzuführen, deren Ausbringung im Mai um 76 Prozent höher war als im Vormonat. Allerdings hatten die Investitionsgüterhersteller im April die mit Abstand stärkste Einbuße hinnehmen müssen. In der Vorleistungsgüter- und in der Konsumgüterindustrie war der Güterausstoß im Mai geringer als im Monat zuvor (–5,9 bzw. –3,3 Prozent).

Die drei größten Industriebranchen entwickelten sich unterschiedlich. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie im Maschinenbau, die zur Investitionsgüterindustrie gehören und die gemessen am Umsatz unter den Industriebranchen an zweiter und dritter Stelle stehen, ging es im Mai wieder aufwärts. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie erhöhte sich die Ausbringung besonders stark (+430 Prozent), die Drosselung der Produktion in den Vormonaten wurde nicht kompensiert. Im Maschinenbau fiel der Output um 43 Prozent höher aus als im April. Der Güterausstoß der Chemieindustrie, die die umsatzstärkste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, verringerte sich hingegen deutlich (–10 Prozent).

Auch wenn in Teilen der Industrie Aufwärtstendenzen erkennbar sind, lag die preis-, kalender- und saisonbereinigte Industrieproduktion im Mai noch deutlich unter dem Vor-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Mai 2020		Jan. bis Mai 2020
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	April 2020	Mai 2019	Jan. bis Mai 2019
Entwicklung der Produktion			
Industrie	7,4 % ↑	-15,5 % ↓	-14,9 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-5,9 % ↓	-15,7 % ↓	-9,9 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	76,3 % ↑	-24,3 % ↓	-27,0 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-3,3 % ↓	-1,4 % ↘	-11,3 % ↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-10,5 % ↓	-12,9 % ↓	-6,6 % ↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	429,7 % ↑	-36,5 % ↓	-41,6 % ↓
Maschinenbau	42,8 % ↑	-19,8 % ↓	-20,9 % ↓
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	1,7 % ↗	-24,8 % ↓	-15,2 % ↓
Inland	19,0 % ↑	-18,2 % ↓	-15,8 % ↓
Ausland	-8,4 % ↓	-29,1 % ↓	-14,8 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-10,8 % ↓	-23,6 % ↓	-12,2 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	25,3 % ↑	-29,5 % ↓	-20,5 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-1,7 % ↘	-13,8 % ↓	-9,8 % ↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-6,6 % ↓	-20,4 % ↓	-10,4 % ↓
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	103,0 % ↑	-33,4 % ↓	-28,4 % ↓
Maschinenbau	5,0 % ↑	-25,4 % ↓	-13,7 % ↓

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

krisenniveau. Im Vergleich zum Februar 2020, als die Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland noch relativ wenig beeinträchtigte, sind in allen Industriebereichen kräftige Einbußen zu verzeichnen. Die Industrie produzierte im Mai 13 Prozent weniger als im Februar. In der Konsumgüterindustrie sank der Güterausstoß um 15 Prozent. Die Rückgänge in der Investitionsgüter- und in der Vorleistungsgüterindustrie weisen eine ähnliche Größenordnung auf (–13 bzw. –12 Prozent). Die Ausbringung der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen war im Mai 21 Prozent geringer als vor dem coronabedingten Einbruch. Aber auch die Chemieindustrie und der Maschinenbau haben sich noch nicht wieder vollständig erholt; ihre Produktion lag im Mai um 13 bzw. zehn Prozent unter dem Februar-Niveau.

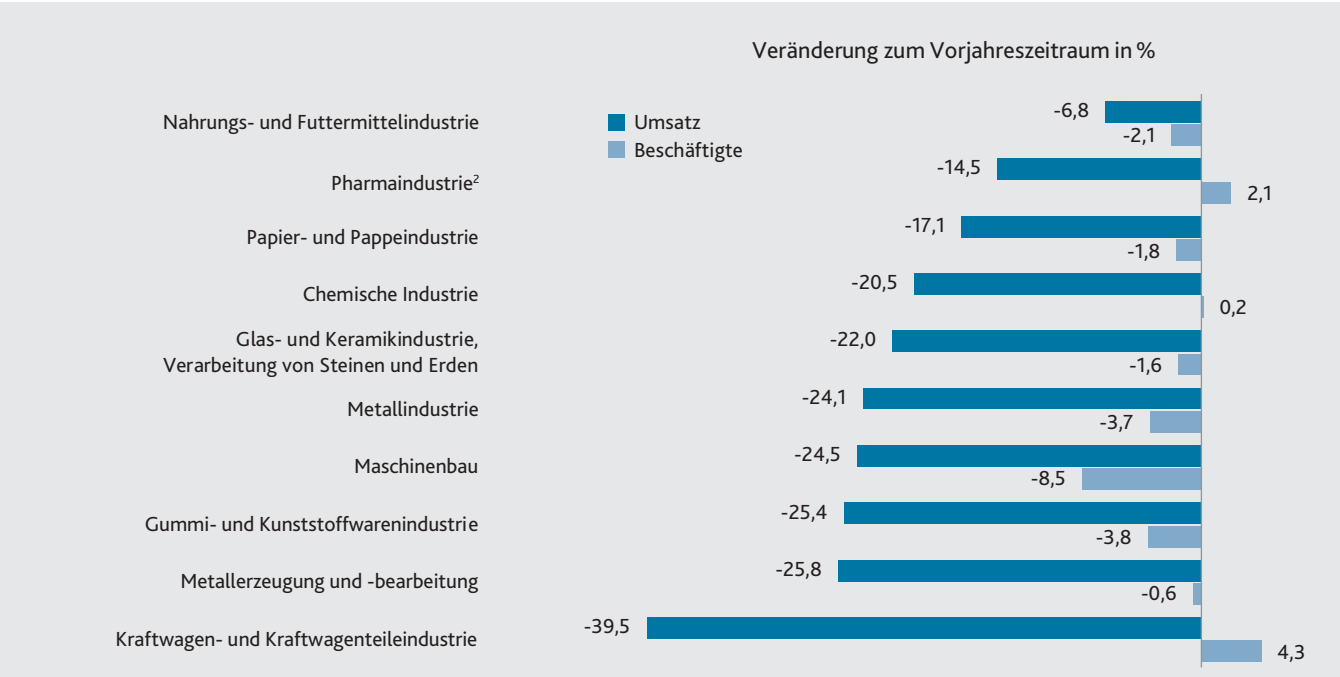
Leichter Anstieg der Auftragseingänge der Industrie im Mai ausgehend von sehr niedrigem Niveau

Im Mai 2020 hatte die Industrie in Rheinland-Pfalz weiterhin mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Zwar zog die Nachfrage nach Industrieprodukten etwas an, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex stieg gegenüber dem Vormonat um 1,7 Prozent. Während sich das Inlandsgeschäft merklich erholte (+19 Prozent), gingen aus dem Ausland deutlich weniger Bestellungen ein als im April (–8,4 Prozent).

Die Entwicklung verlief in den Industriebereichen uneinheitlich. Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern schrumpfte im Mai kräftig um elf Prozent, was auf das schwache Auslandsgeschäft zurückzuführen ist. In der Konsumgüterindustrie gab es leichte Einbußen (–1,7 Prozent). Die Hersteller von Investitionsgütern, deren Ordervolumen im April stark eingebrochen war, verzeichneten dagegen einen deutlichen Anstieg der Bestellungen (+25 Prozent).

Die drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich unterschiedlich: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie war das Ordervolumen mehr

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Mai 2020[1] nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 Vorläufiges Ergebnis.

als doppelt so groß wie im Vormonat. Allerdings hatte die Branche im April den mit Abstand stärksten Einbruch erlebt. Im Maschinenbau stiegen die Bestellungen ebenfalls (+5 Prozent). Die Chemieindustrie, die die umsatzstärkste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist und zur Vorleistungsgüterindustrie zählt, musste hingegen einen Nachfragerückgang hinnehmen (–6,6 Prozent).

Auch wenn sich in Teilen der Industrie Aufwärtstendenzen erkennen lassen, lagen die preis-, kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge im Mai noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Im Vergleich zum Februar 2020, als die Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland noch relativ wenig beeinträchtigte, sind in allen Industriebereichen kräftige Einbußen zu verzeichnen. Die bereinigten Auftragseingänge lagen im Mai um 21 Prozent unter dem Februar-Niveau. Das Inlandsgeschäft schrumpfte mit –9,7 Prozent weniger stark als das Ordervolumen aus dem Ausland (–28 Prozent). Die Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern reduzierte sich jeweils um mehr als ein Fünftel; die Bestellungen der Konsumgüterhersteller sanken um 18 Prozent. Alle drei großen Branchen waren vom coronabedingten Einbruch der Auftragseingänge betroffen. Im Maschinenbau fiel das Ordervolumen im Mai um 25 Prozent geringer aus als im Februar. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie sowie in der Chemieindustrie schrumpfte die Nachfrage um 22 bzw. 20 Prozent.

Zugleich lagen die Bestellungen deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten war im Mai 2020 um ein Viertel geringer als im Mai des Vorjahres.

Industrieumsätze liegen auch im Mai rund ein Viertel unter dem Vorjahreswert

Wie schon im April 2020 mussten die Industrieunternehmen in Rheinland-Pfalz im Mai 2020 herbe Einschnitte beim Warenabsatz hinnehmen. Die Umsätze lagen um 24 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor (Deutschland: –30,5 Prozent). Der Rückgang bei der Zahl der Industriebeschäftigten fiel auch aufgrund arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld mit 2,1 Prozent deutlich moderater aus (Deutschland: –2,2 Prozent).

Die Umsatzerlöse lagen im Mai 2020 bei 6,1 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahresmonat verloren die Inlandsumsätze um 23 und die Auslandsgeschäfte um 25 Prozent (Deutschland: Inlandsumsatz –26 und Auslandsumsatz –35 Prozent). Die Exportquote lag im Mai 2020 mit 55,9 Prozent um 0,6 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahresmonat.

Die negativen Entwicklungen zeigten sich ausnahmslos in allen Branchen: Mit einem Minus von 40 Prozent zum Vorjahresmonat mussten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen überdurchschnittlich hohe Einbußen hinnehmen. Bei den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln fielen die Erlösrückgänge mit –6,8 Prozent am geringsten aus.

Im Mai 2020 zählte die Industrie rund 257 100 Beschäftigte; das waren 5 500 bzw. 2,1 Prozent weniger als ein Jahr zuvor (Deutschland: –2,2 Prozent). Die größten Rückgänge bei der Belegschaft gab es im Maschinenbau (–8,5 Prozent) gefolgt von der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (–3,8 Prozent) und der Herstellung von Metallerzeugnissen (–3,7 Prozent). Drei der zehn bedeutendsten Industriezweige – gemessen am Umsatz – konnten trotz negativer Umsatzzahlen ein Beschäftigungsplus verbuchen: Dazu zählen die Herstellung von Kraftwagen- und Kraftwagenteilen (+4,3 Prozent), die Pharmaindustrie (+2,1 Prozent) sowie die Chemische Industrie (+0,2 Prozent).

In den ersten fünf Monaten 2020 gingen die Erlöse im Verarbeitenden Gewerbe um zwölf Prozent zurück. Der Rückgang der Inlandsumsätze fiel mit –10,5 Prozent geringer aus als der bei den Auslandsumsätzen (–14 Prozent). Die Beschäftigungseinbußen belaufen sich von Januar bis Mai auf 1,1 Prozent.

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Mai niedriger als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Mai 2020 weniger Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen im Vergleich zum April 2020 – kalender- und saisonbereinigt – um drei Prozent

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Mai 2020		Jan. bis Mai 2020
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	April 2020	Mai 2019	Jan. bis Mai 2019
Auftragseingang	-3,0 % ↓	-20,1 % ↓	-12,1 % ↓
Hochbau insgesamt	-3,7 % ↓	1,1 % ↗	-4,0 % ↓
Wohnungsbau	-13,6 % ↓	-4,7 % ↓	4,0 % ↑
gewerblicher Hochbau	9,9 % ↑	-7,0 % ↓	-14,2 % ↓
öffentlicher Hochbau	-15,5 % ↓	53,9 % ↑	12,8 % ↑
Tiefbau insgesamt	-2,3 % ↓	-34,4 % ↓	-18,7 % ↓
gewerblicher Tiefbau	-8,9 % ↓	-11,0 % ↓	-12,1 % ↓
Straßenbau	1,5 % ↗	-34,3 % ↓	-17,4 % ↓
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-1,0 % ↘	-53,7 % ↓	-27,2 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	-2,2 % ↓	3,5 % ↑	7,6 % ↑
Hochbau insgesamt	-4,6 % ↓	-2,5 % ↓	5,2 % ↑
Wohnungsbau	1,0 % ↗	-0,3 % ↘	4,1 % ↑
gewerblicher Hochbau	-11,0 % ↓	-3,6 % ↓	3,9 % ↑
öffentlicher Hochbau	3,2 % ↑	-3,9 % ↓	11,6 % ↑
Tiefbau insgesamt	0 % →	9,8 % ↑	10,1 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-10,7 % ↓	0,8 % ↗	13,3 % ↑
Straßenbau	-1,9 % ↘	3,9 % ↑	5,2 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	11,9 % ↑	27,3 % ↑	15,8 % ↑

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

zurück. Der baugewerbliche Umsatz lag um 2,2 Prozent niedriger als im Vormonat. Gegenüber den ersten fünf Monaten 2019 verringerte sich das Ordervolumen um zwölf Prozent. Der Umsatz stieg dagegen um 7,6 Prozent.

Im Vergleich zum April 2020 blieben die bereinigten Auftragseingänge sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–3,7 bzw. –2,3 Prozent). Den stärksten Auftragseinbruch verzeichnete der öffentliche Hochbau (–15,5 Prozent). Für den Wohnungsbau sowie den gewerblichen Tiefbau errechnen sich ebenfalls kräftige Rückgänge (–14 bzw. –8,9 Prozent). Der gewerbliche Hochbau übertraf dagegen das Vormonatsergebnis deutlich (+9,9 Prozent). Gegenüber den ersten fünf Monaten 2019 wurden sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau Nachfragerückgänge registriert (–19 bzw. –4,0 Prozent).

Im Vergleich zum April 2020 verringerten sich die bereinigten Erlöse im Hochbau um 4,6 Prozent. Im Tiefbau gab es keine Veränderung gegenüber dem Vormonat. Kräftige Umsatzeinbußen errechnen sich für den gewerblichen Hoch- und Tiefbau (–11 Prozent). Den stärksten Umsatzzuwachs verzeichnete der sonstige öffentliche Tiefbau (+12 Prozent). Im öffentlichen Hochbau sowie im Wohnungsbau konnten die Erlöse im Vormonatsvergleich ebenfalls gesteigert werden (+3,2 bzw. +1 Prozent). Gegenüber den ersten fünf Monaten 2019 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich an (+10 bzw. +5,2 Prozent).

Außenhandel auch im Mai von Corona-Pandemie beherrscht

Durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie verzeichnete der rheinland-pfälzische Außenhandel auch im Mai 2020 tiefe Einbrüche. Nach vorläufigen Angaben belief sich der Wert der Ausfuhren nur noch auf 3,54 Milliarden Euro. Damit fielen die Ausfuhren – wie bereits im April – um 25 Prozent geringer aus als im Vorjahresmonat (Deutschland: –30 Prozent). Der Wert der Einfuhren brach im Mai ebenfalls ein, und zwar um fast ein Drittel (–30 Prozent) auf 2,61 Milliarden Euro (Deutschland: –22 Prozent).

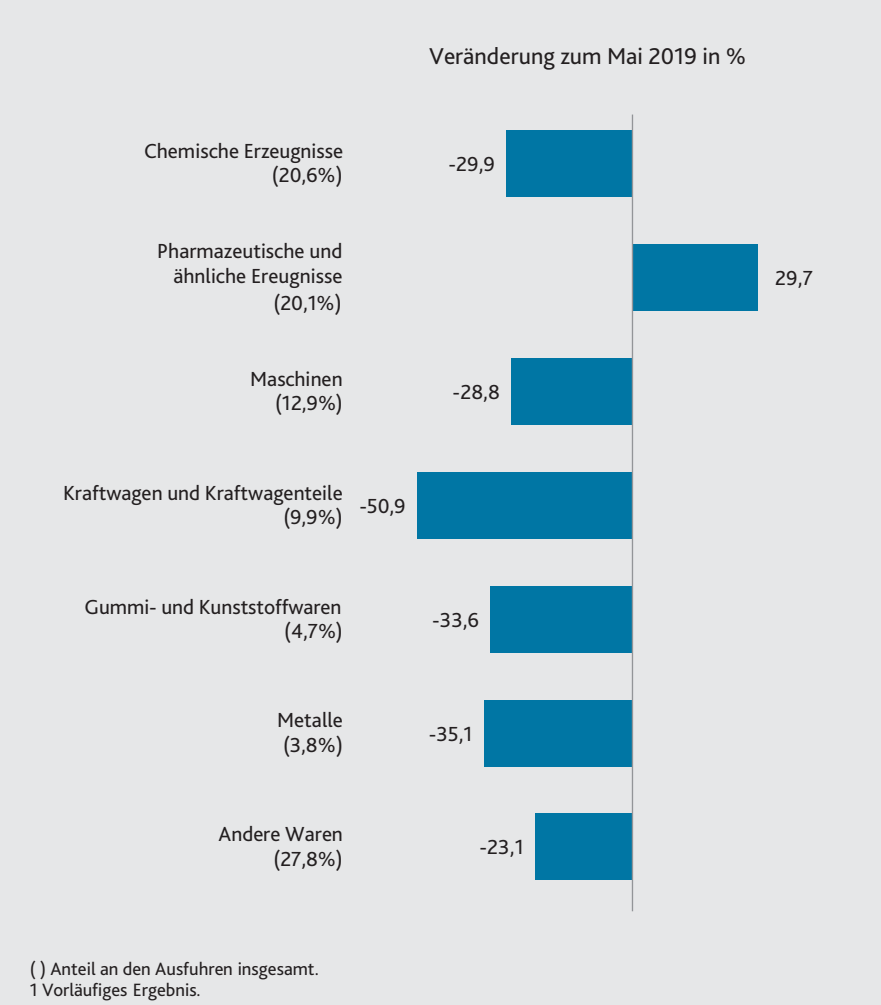
Wie bereits im April waren auch im Mai 2020 auf allen wichtigen Exportmärkten deutliche Rückgänge zu beobachten. Mit einem Minus von 32 Prozent verzeichneten die Warenausfuhren in die anderen EU-Länder erneut einen starken Einbruch. Der Ausfuhrhandel mit den Ländern der Eurozone schrumpfte um 30 Prozent und belief sich im Mai wertmäßig nur noch auf 1,37 Milliarden Euro. Besonders kräftige Einbußen gab es bei den Lieferungen in die Länder, die von der Corona-Pandemie stark betroffen waren: Spanien (–43 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat), Vereinigtes Königreich (–44 Prozent) und Italien (–31 Prozent). Die Exporte nach Frankreich, dem größten europäischen Außenhandelspartner von

Rheinland-Pfalz, der ebenfalls heftig von der Corona-Pandemie getroffen wurde, sanken um 29 Prozent gegenüber Mai 2019. Der Wert der Exporte in die EU-Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, reduzierte sich um 37 Prozent auf 385 Millionen Euro.

Rückgänge prägten auch die Exporte auf die anderen Kontinente – mit Ausnahme der Ausfuhren nach Amerika: Der Wert der nach Amerika exportierten Waren blieb im Vergleich zum Vorjahr mit 617 Millionen Euro nahezu stabil (–0,1 Prozent). Die Ausfuhren nach Asien fielen dagegen um zwölf Prozent auf 639 Millionen Euro. Die Lieferungen nach Australien und Ozeanien verringerten sich um 15 Prozent auf 41 Millionen Euro. Die Ausfuhren nach Afrika halbierten sich im Vergleich zum Vorjahresmonat nahezu auf 85 Millionen (–48 Prozent).

Fünf der sechs für den Export besonders bedeutenden Güterabteilungen verzeichneten Rückgänge. Die Ausfuhren von Maschinen (–29 Prozent), chemischen Erzeugnissen (–30 Prozent), Gummi- und Kunststoffwaren (–34 Prozent) sowie Metallen (–35 Prozent) reduzierten sich im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreswert um ungefähr ein Drittel. Mit einem Rückgang um mehr als die Hälfte ist der Bereich „Kraftwagen und Kraftwagenteilen" am stärksten betroffen (–51 Prozent). Demgegenüber stieg die Ausfuhr von pharmazeutischen Erzeugnissen deutlich um 30 Prozent.

Ausfuhren im Mai 2020[1] nach Güterabteilungen



( ) Anteil an den Ausfuhren insgesamt.
1 Vorläufiges Ergebnis.

Die Einfuhren aus den EU-Mitgliedsstaaten sanken im Mai prozentual noch stärker als die Exporte. Im Vergleich zum Mai 2019 wurde aus dieser Ländergruppe wertmäßig 1,52 Milliarden Euro bzw. 38 Prozent weniger Waren eingeführt. Die Importe aus den Ländern der Eurozone sanken sogar um 42 Prozent.

Die Warenimporte aus dem von Corona besonders stark betroffenen Spanien verringerten sich um 80 Prozent. Deutliche Rückgänge gab es auch bei den Einfuhren aus Italien und den Niederlanden (–22 bzw. –45 Prozent). Aus den Ländern, die nicht der Eurozone angehören, wurde im Vergleich zum Vorjahr wertmäßig 344 Millionen Euro bzw. 20 Prozent weniger eingeführt. Der Importwert aus dem übrigen Europa sank um 31 Prozent auf 249 Millionen Euro.

Das Einfuhrgeschäft war im Mai mit allen Kontinenten rückläufig. Nur leicht gingen die Warenimporte aus Amerika und Asien zurück (–5,7 bzw.

–2,3 Prozent). Prozentual deutlich stärker sank der Wert der Einfuhren von den anderen Kontinenten: Die Importe aus Australien und Ozeanien sowie Afrika verringerten sich im Vergleich zum Vorjahreswert jeweils um etwa ein Drittel (–36 bzw. 32 Prozent).

Von Januar bis Mai 2020 verringerten sich die Exporte um 14 und die Importe um 17 Prozent. Besonders kräftig fielen die Rückgänge im Außenhandelsgeschäft mit den Mitgliedstaaten der EU aus: Die Exporte sanken um 18, die Importe um 22 Prozent.

Umsatzeinbrüche im Kraftfahrzeughandel bei unveränderter Beschäftigungslage

Die Lage im rheinland-pfälzischen Kraftfahrzeughandel – einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen – hat sich im April 2020 gegenüber dem Vormonat und Vorjahresmonat deutlich verschlechtert. Coronabedingt sind die Umsätze im April bei den rheinland-pfälzischen Kfz-Händlern und Werkstätten massiv eingebrochen. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze im April 2020 real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 38 Prozent niedriger als im April 2019. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, betrug der Rückgang 37 Prozent. Ein Übergreifen auf die Beschäftigungslage wurde u. a. durch die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verhindert.

Die Zahl der Beschäftigten im Kraftfahrzeughandel lag mit einem Plus von 0,2 Prozent etwas höher als im April 2019. Die Zahl der Vollzeitstellen erhöhte sich um 0,5 Prozent; die Teilzeitbeschäftigten nahmen um 0,9 Prozent ab.

Am stärksten vom Umsatzrückgang war der Handel mit Kraftwagen betroffen: Hier hat sich der preisbereinigte Umsatz im April 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat halbiert. In den beiden übrigen Wirtschaftszweigen, der „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ sowie dem „Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör“ fielen die Rückgänge mit –23 bzw. –18 Prozent zwar deutlich, aber nicht so hoch aus wie im Kraftfahrzeughandel.

In den ersten vier Monaten sanken die realen Umsätze des rheinland-pfälzischen Kraftfahrzeughandels gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 14 Prozent (nominal –13 Prozent). Die Beschäftigtenzahl lag um ein Prozent höher als von Januar bis April 2019. Sowohl die Zahl der Vollzeitkräfte als auch die der Teilzeitkräfte entwickelte sich mit +1,1 bzw. +0,8 Prozent positiv.

Umsatz im Einzelhandel im Mai knapp fünf Prozent über Vorjahresmonat

Nachdem der Lebensmittel-Einzelhandel wie in den Vormonaten im Mai 2020 ein erneutes Umsatzplus aufweisen konnte, verzeichnete erstmalig auch der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln seit Beginn der Corona-Pandemie steigende Erlöse. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Einzelhandelsumsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, insgesamt um 4,9 Prozent über denen im Mai 2019. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, betrug der Erlösanstieg 5,8 Prozent.

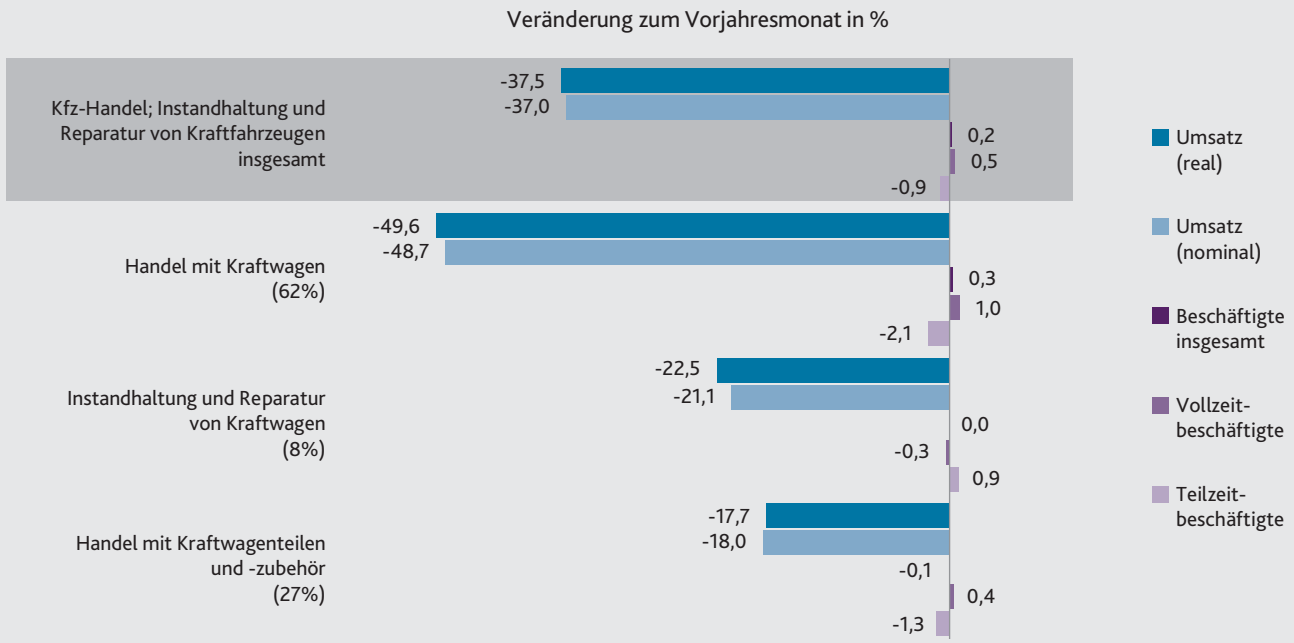
Der Einzelhandel mit Lebensmitteln setzte gegenüber dem Vorjahresmonat real 6,5 Prozent mehr um; das Plus beim Handel mit Nicht-Lebensmitteln belief sich auf 3,8 Prozent.

Unter den umsatzstärksten Wirtschaftszweigen musste lediglich der „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“, zu denen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, reale Umsatzverluste gegenüber Mai 2019 hinnehmen (–8,3 Prozent). Im umsatzstärksten Bereich, dem „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ lagen die realen Zunahmen mit +12,5 Prozent überdurchschnittlich hoch. Deutliche Umsatzsteigerungen gab es im Handel mit dem am Umsatzanteil gemessen weniger bedeutenden Bereich „Verlagsprodukte, Sportausrüstungen und Spielwaren“ (+32 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag mit +0,2 Prozent gegenüber dem Mai 2019 leicht im Plus. Während sich die Zahl der Vollzeitstellen erhöhte (+1 Prozent), ging die der Teilzeitbeschäftigten etwas zurück (–0,3 Prozent).

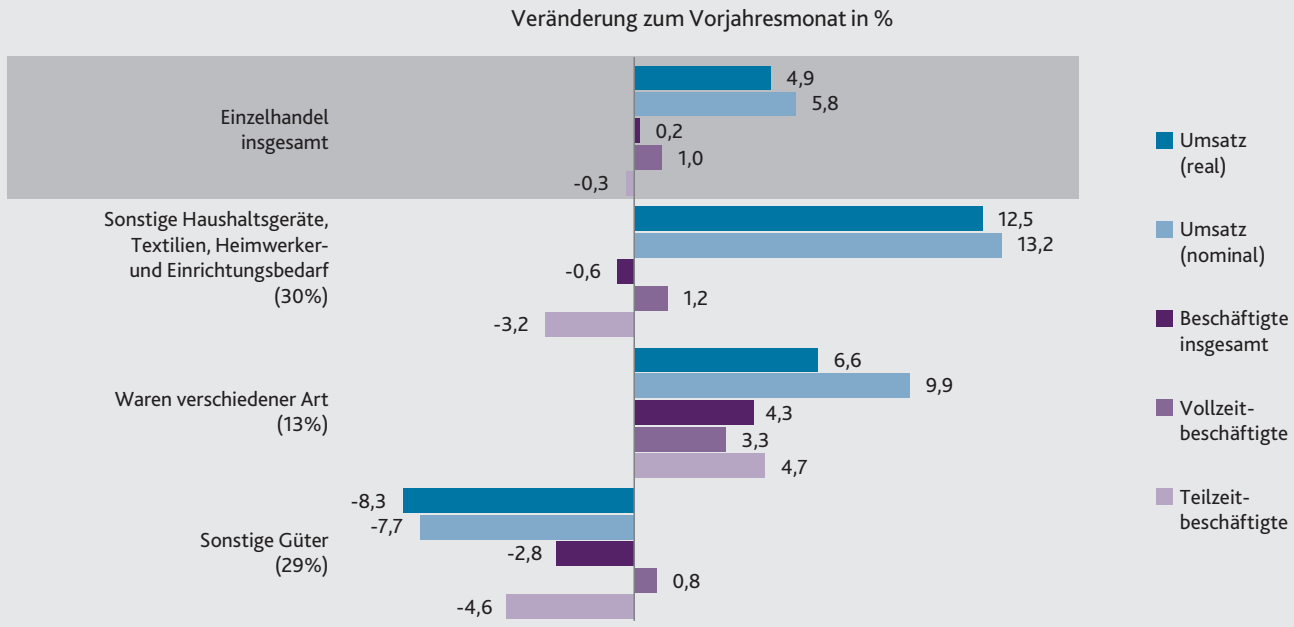
In den ersten fünf Monaten verbuchte der Einzelhandel ein reales Umsatzplus von 2,2 Prozent (nominal +3,6 Prozent). Die Beschäftigtenzahl stieg in diesem Zeitraum um

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels[1] im April 2020



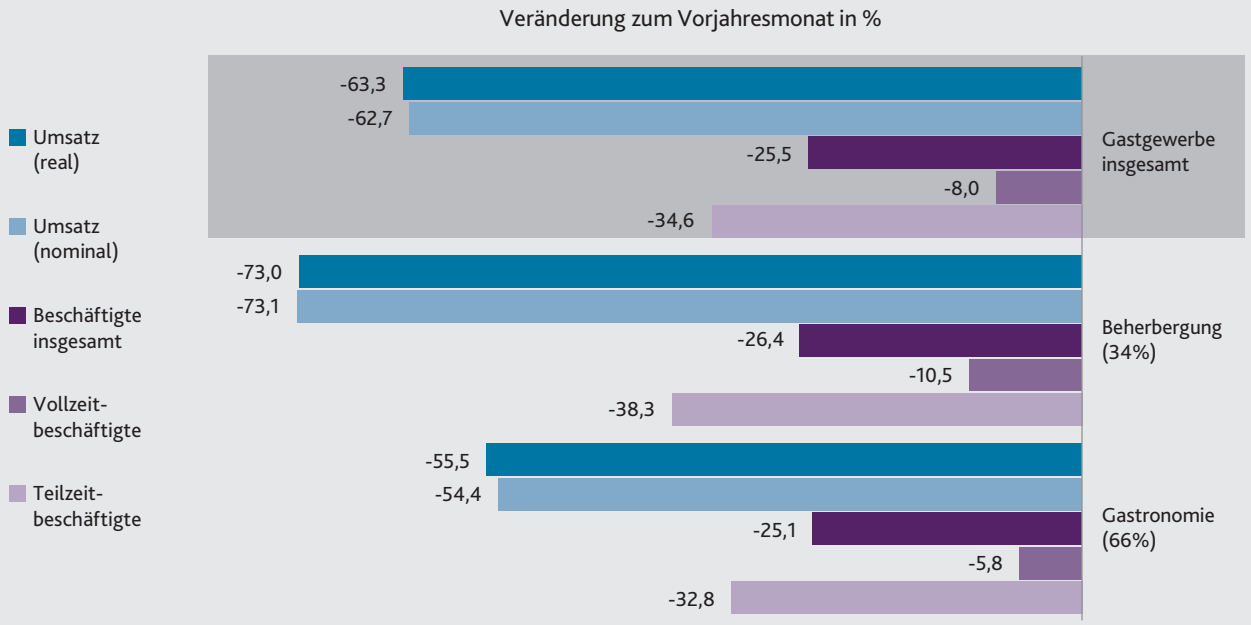
( ) Anteil am Gesamtumsatz.
1 Vorläufiges Ergebnis.

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels[1] im Mai 2020



( ) Anteil am Gesamtumsatz.
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. Vorläufiges Ergebnis.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe[1] im Mai 2020



( ) Anteil am Gesamtumsatz.
1 Vorläufiges Ergebnis.

0,7 Prozent. Sowohl die Zahl der Vollzeitkräfte als auch die der Teilzeitkräfte entwickelte sich mit +0,6 bzw. +0,7 Prozent positiv.

Weiterhin hohe Umsatz- und Beschäftigungseinbußen im Gastgewerbe

Trotz erster Lockerungen der Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus im Mai 2020 muss das rheinland-pfälzische Gastgewerbe unverändert massive Umsatz- und Beschäftigungsverluste hinnehmen. Nach vorläufigen Berechnungen brachen die Umsätze sowohl real (um Preisveränderungen bereinigt) als auch nominal (in jeweiligen Preisen) um 63 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ein. Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um 26 Prozent.

Gravierende Umsatzeinbußen zeigten sich ausnahmslos in allen Wirtschaftszweigen. In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, reduzierten sich die Erlöse im Mai 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat real um 56 Prozent. Deutlich schlechter verlief die Umsatzentwicklung bei den Caterern und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen: Hier beliefen sich die Verluste auf 70 Prozent. In der speisengeprägten Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, betrug der Rückgang 48 Prozent; damit lag der Wert unter dem des Vormonats (April 2020: –70 Prozent). Mit einem Umsatzrückgang von 73 Prozent ist die Lage im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe, das ein Drittel der Umsätze des Gastgewerbes erwirtschaftet, unverändert sehr angespannt.

Der Beschäftigungsabbau ist im Mai 2020 mit einem Minus von 26 Prozent sehr hoch; er liegt aber unter dem Wert des Vormonats (April 2020: –39 Prozent). Die Zahl der Vollzeitkräfte ging im Mai gegenüber dem Vorjahresmonat um acht Prozent zurück und die der Teilzeitkräfte um 35 Prozent.

In den ersten fünf Monaten sanken die Umsätze im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe real um 41 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum (nominal: –40 Prozent). Die

Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um 14 Prozent. Der Rückgang bei den Teilzeitkräften fiel mit –18 Prozent deutlich höher aus als der bei den Vollzeitkräften (–7,2 Prozent).

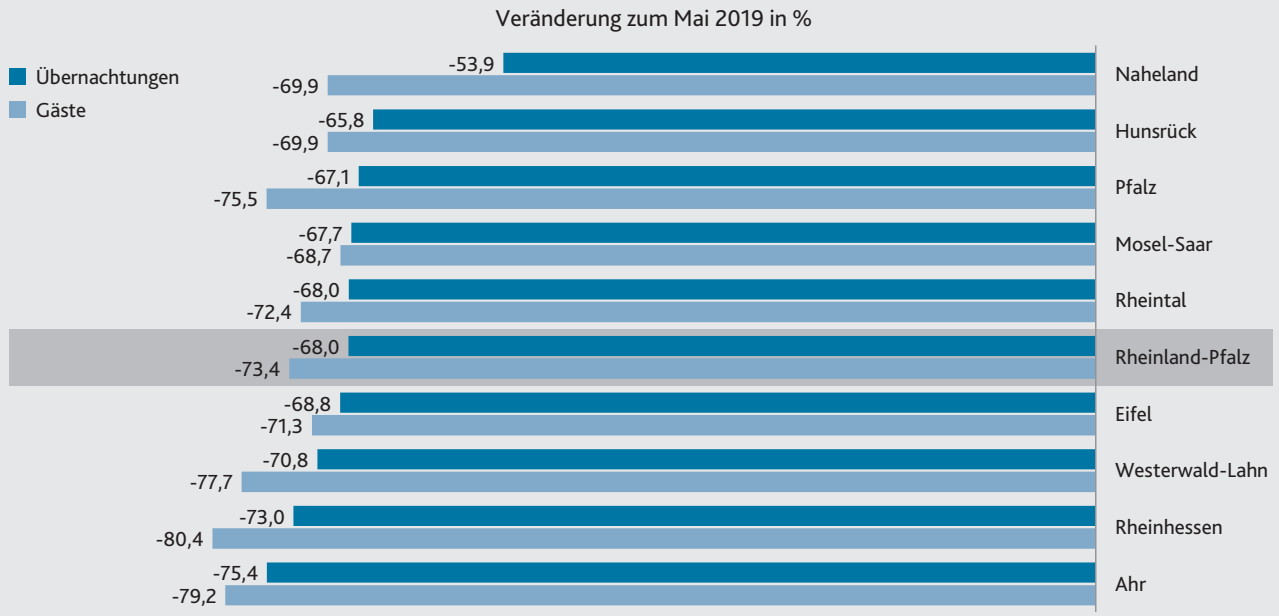
Tourismus im Mai aufgrund der Corona-Krise noch stark eingeschränkt

Der rheinland-pfälzische Beherbergungsbetrieb ist seit Mitte Mai 2020 unter Auflagen wieder erlaubt, nachdem seit Mitte März 2020 aufgrund der Corona-Krise die Betriebe weitestgehend geschlossen waren. Allerdings beeinträchtigte die Pandemie den Tourismus auch im Mai 2020 in starkem Maße, sodass sich der historische Einbruch der Gäste- und Übernachtungszahlen fortsetzte. Das Gästeaufkommen in Rheinland-Pfalz hat sich im Mai 2020 um 73 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat reduziert und erreichte damit nur noch gut ein Viertel gegenüber Mai 2019. Die Übernachtungszahlen lagen bei annähernd einem Drittel des Wertes vom Mai 2019 (–68 Prozent). Insgesamt buchten im Mai 2020 gut 266 200 Gäste rund 780 500 Übernachtungen.

Wie bereits im April waren von den Einbrüchen beim Gäste- und Übernachtungsaufkommen im Mai 2020 alle Tourismusregionen betroffen. Mit einer Spannweite der Rückgänge bei den Gästezahlen von 80 Prozent in der Region Rheinhessen bis fast 69 Prozent in der Region Mosel-Saar waren die Einschnitte für alle Regionen ähnlich hoch. Bei den Übernachtungen bewegten sich die Einbußen zwischen 75 Prozent in der Region Ahr bis zu 54 Prozent im Naheland.

Die Betriebsschließungen in der ersten Maihälfte führten bei den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen, Jugendherbergen, Hütten u.Ä. sowie Ferienzentren zu Rückgängen der Gäste- und Übernachtungszahlen zwischen 80 und 90 Prozent. Auch bei den übrigen Betriebsarten wie Privatquartieren, Hotels, Hotels garnis oder Gasthöfen bewegten sich die Einbußen bei den Übernachtungen und Gästen im sehr hohen zweistelligen Bereich. Am meisten betroffen sind Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime sowie Jugendherbergen. Auf Camping- und Reisemobilplätzen sowie in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken fielen die negativen

Übernachtungen und Gäste im Mai 2020[1] nach Tourismusregionen



1 Vorläufiges Ergebnis.

Veränderungsraten gegenüber dem Mai 2019 etwas weniger stark aus.

Die Rückgänge bei den Gästezahlen aus dem In- und Ausland waren mit –69 bzw. –92 Prozent sehr hoch. Insgesamt übernachteten im Mai 2020 rund 249 100 Gäste aus dem Inland und nur 17 000 aus dem Ausland in Rheinland-Pfalz. Die Übernachtungen der Reisenden aus dem Inland bezifferten sich auf 723 000 (–62 Prozent) und die der ausländischen Gäste auf 57 500 (–89 Prozent).

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 besuchten 1,43 Millionen Gäste Rheinland-Pfalz. Das waren 56 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2019. Die Übernachtungen reduzierten sich um 52 Prozent auf 3,93 Millionen.

Im Jahr 2019 rund 37 200 Neugeborene sowie 47 600 Gestorbene

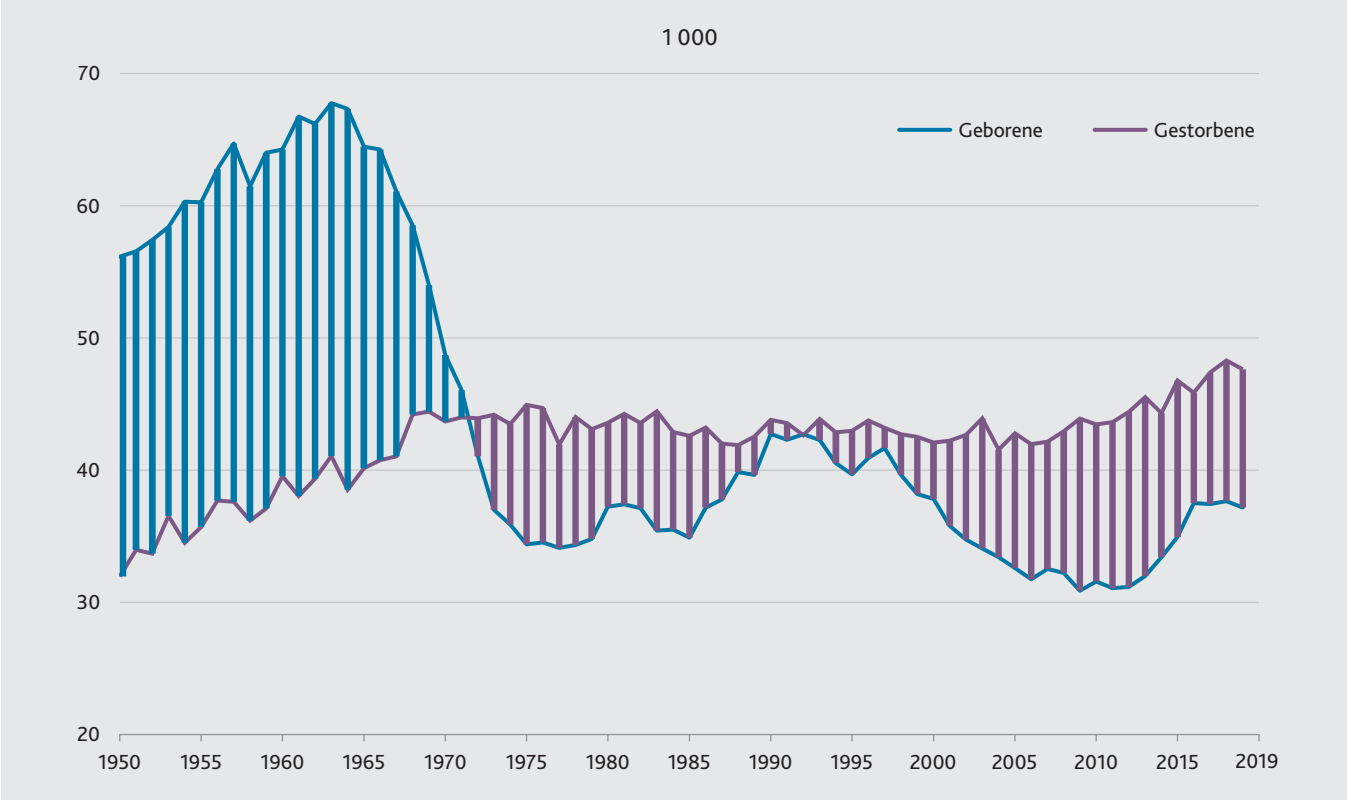
Im Jahr 2019 wurden rund 37 200 rheinland-pfälzische Kinder geboren, etwa 18 200 Mädchen und 19 000 Jungen. Die Zahl der Neugeborenen lag um 500 unter der von 2018 (–1,3 Prozent).

Landesweit starben im vergangenen Jahr rund 47 600 Menschen und damit 700 weniger als 2018 (–1,4 Prozent). Folglich überstieg die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geborenen um 10 400. Das Geburtendefizit verminderte sich damit gegenüber dem Vorjahr um etwa 200 Personen.

Im Vergleich der kreisfreien Städte wurden lediglich in Mainz und Ludwigshafen am Rhein mehr Kinder geboren als Menschen starben. In Mainz lag der Geburtenüberschuss bei 318, in Ludwigshafen bei 62 Personen. Alle übrigen kreisfreien Städte und auch die Landkreise mit Ausnahme des Landkreises Kaiserslautern (+1) wiesen ein Geburtendefizit auf.

Bezogen auf je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner starben wie bereits im Vorjahr landesweit 2,6 Personen mehr als geboren wurden. In den kreisfreien Städten fällt dieser relative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit –1,3 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner erneut deutlich günstiger aus als

Geborene und Gestorbene 1950–2019



in den Landkreisen (–3 Personen). Grund hierfür ist nicht zuletzt, dass die Wohnbevölkerung in den kreisfreien Städten im Schnitt rund sechs Jahre jünger ist. Für die Landeshauptstadt Mainz ergibt sich ein relativer Geburtenüberschuss von 1,5 Personen. Hingegen zeigen sich in der kreisfreien Stadt Pirmasens sowie im Landkreis Südwestpfalz die höchsten relativen Geburtendefizite mit –8,1 bzw. –6,5 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Rund zwei Prozent aller Beschäftigten erhalten Mindestlohn

Im April 2018 gab es in Rheinland-Pfalz rund 40 000 Arbeitsverhältnisse, bei denen ein Stundenlohn von 8,84 Euro – der zu diesem Zeitpunkt gültige Mindestlohn – gezahlt wurde. Auf der Basis erster Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2018 entsprach dies 2,2 Prozent der rund 1,8 Millionen Beschäftigungsverhältnisse im Land.

Insgesamt waren Frauen häufiger unter den Mindestlohnempfängern als Männer. So wurden fast zwei von drei Mindestlohnjobs (62 Prozent) von Frauen ausgeübt. In rund 50 000 Arbeitsverhältnissen wurde weniger als der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn gezahlt. Damit hatten 2,8 Prozent aller Beschäftigten in Rheinland-Pfalz einen Stundenverdienst unterhalb des Mindestlohnes von 8,84 Euro. Dies ist jedoch nicht zwingend auf Verstöße gegen das Mindestlohngesetz zurückzuführen, da nicht alle Regelungen des Gesetzes (z. B. bei der Altersgrenze 18 Jahre) trennscharf in der amtlichen Statistik abgegrenzt werden können.

Im April 2018 ergab der gesetzliche Mindestlohn von 8,84 Euro je Stunde bei einer Vollzeitbeschäftigung von 40 Wochenarbeitsstunden einen Monatsverdienst von 1 532 Euro. Im Vergleich dazu lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst von Vollzeitbeschäftigten in Rheinland-Pfalz bei 3 665 EUR (ohne Sonderzahlungen, einschließlich Zuschläge und Überstundenvergütung). Das Mindestentgelt vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprach somit 42 Prozent des mittleren Bruttomonatsverdienstes aller Vollzeitbeschäftigten in Rheinland-Pfalz. Das Land lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 40 Prozent.

Auch innerhalb von Rheinland-Pfalz zeigen sich deutliche regionale Unterschiede bei diesem sogenannten Kaitz-Index, der das Verhältnis zwischen dem gesetzlichen Mindestlohn und dem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst bei Vollzeitbeschäftigung angibt: Am niedrigsten ist der Index in der Arbeitsmarktregion Mainz und Ludwigshafen mit jeweils 38 Prozent, gefolgt von den Arbeitsmarktregionen Altenkirchen (40 Prozent) sowie Landau und Germersheim (jeweils 41 Prozent). In drei der 20 Arbeitsmarktregionen liegt der Kaitz-Index über 50 Prozent.

15 000 Menschen erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt

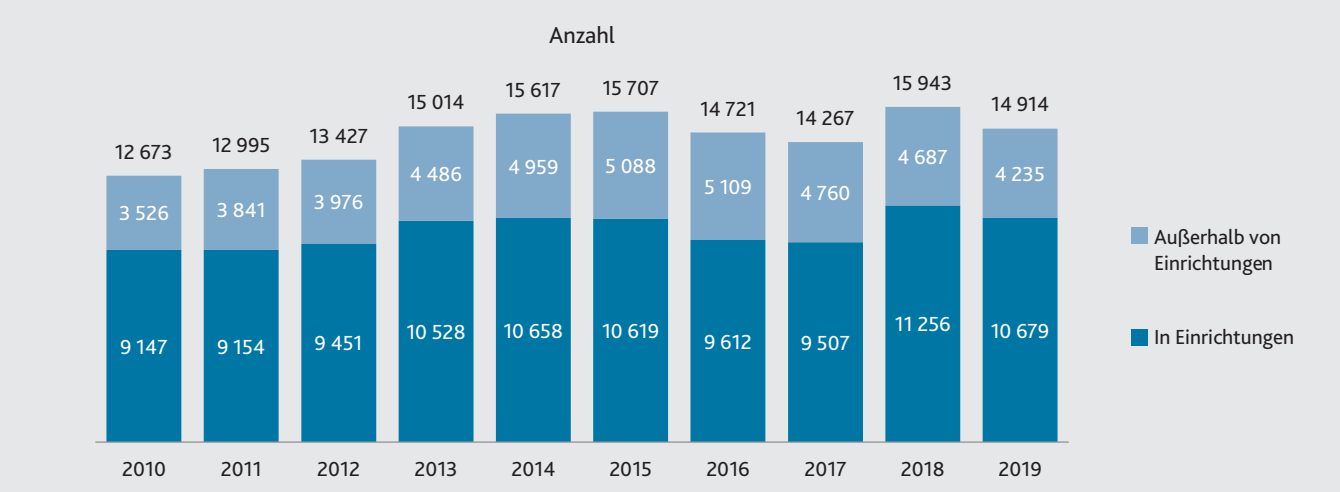
Ende 2019 erhielten knapp 15 000 Menschen in Rheinland-Pfalz Hilfe zum Lebensunterhalt als Leistung der Sozialhilfe nach dem SGB XII. Somit schrumpfte der Kreis der Leistungsberechtigten gegenüber dem Vorjahr um rund 1 000 Personen bzw. 6,5 Prozent. Landesweit kommen knapp 3,6 Leistungsbezieher auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner; diese Bezugsquote liegt in den kreisfreien Städten bei 4,1 und in den Landkreisen bei 3,5.

Rund 72 Prozent der Leistungsempfängerinnen und -empfänger (10 679 Personen) lebten in Einrichtungen. Gegenüber dem Vorjahr ist deren Zahl um knapp 600 Personen bzw. 5,1 Prozent gefallen. Die Zahl der Hilfebedürftigen außerhalb von Einrichtungen hat sich im Vorjahresvergleich um rund 450 Personen bzw. 9,6 Prozent ebenfalls verringert.

Das Durchschnittsalter betrug 52,7 Jahre, wobei die weiblichen Hilfebedürftigen im Schnitt etwa sieben Jahre älter waren als die männlichen (Frauen: 56,4 Jahre, Männer: 49,3 Jahre). Rund sieben Prozent aller Hilfebedürftigen (1 100 Personen) hatte Ende 2019 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um voll erwerbsgeminderte Personen zwischen dem 15. und 18. Lebensjahr, die keinen gesetzlichen Anspruch auf Grundsicherung haben, sowie um Kinder unter 15 Jahren, die nicht bei ihren Eltern leben bzw. deren Eltern voll erwerbsgemindert sind.

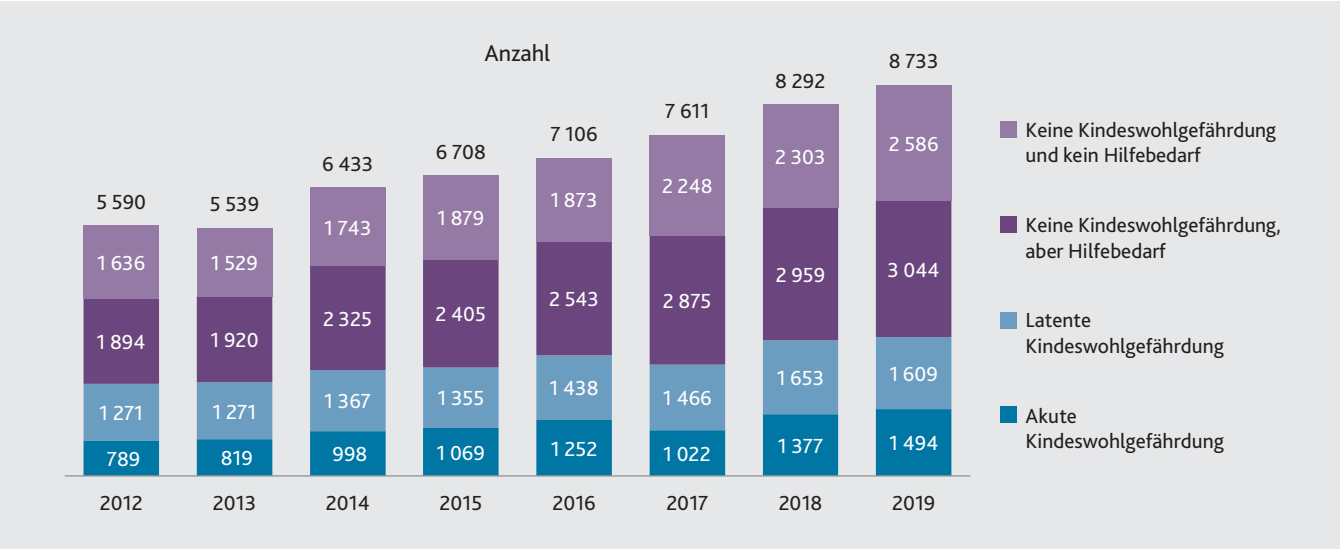
Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten Personen, für die kein Vorrang anderer Grundsicherungsleistungen besteht

Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt[1] 2010–2019



1 Stichtag 31.12.

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2012–2019 nach Ergebnis des Verfahrens



und umfasst im Wesentlichen befristet Erwerbsunfähige, Vorruheständler mit niedriger Rente, längerfristig Erkrankte, aber auch Menschen mit Behinderungen und pflegebedürftige Personen, die in Einrichtungen leben und die Hilfe zum Lebensunterhalt als Taschengeld erhalten.

Rund 8 700 Verdachtsfälle wegen Gefährdung des Kindeswohls – 70 Prozent mit konkretem Handlungsbedarf

Im Jahr 2019 haben die rheinland-pfälzischen Jugendämter 8 733 Einschätzungen zur Kindeswohlgefährdung infolge gewichtiger Verdachtsmeldungen abgeschlossen. Dies entspricht einem Anstieg um 441 Verfahren bzw. 5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Knapp 30 Prozent der angestoßenen Gefährdungseinschätzungen wurden ohne weitere Maßnahmen beendet. Für 70 Prozent (6 147 Fälle) ergab

sich ein weiterer Handlungsbedarf; dies waren 2,6 Prozent mehr Fälle als im Vorjahr.

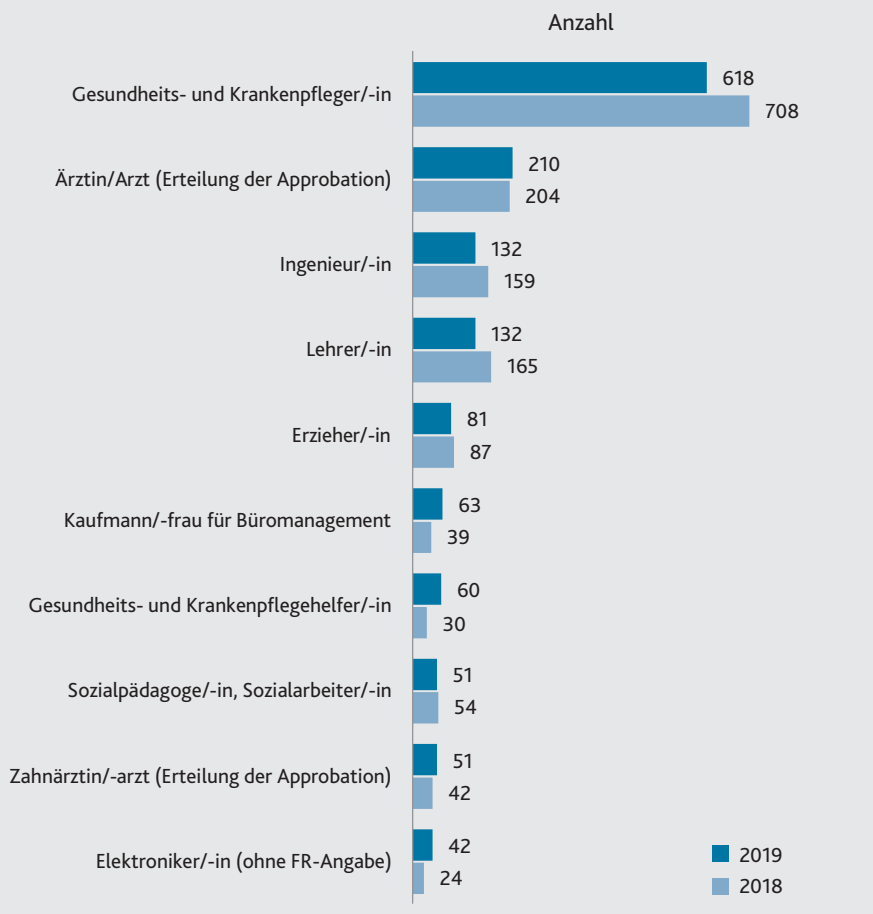
In 3 100 Fällen lag eine akute oder latente Gefährdung vor (+2,4 Prozent gegenüber 2018). Dabei stellten die zuständigen Fachkräfte bei 17 Prozent aller Verdachtsfälle eine akute Kindeswohlgefährdung fest. Weitere 18 Prozent wurden als latente Kindeswohlgefährdung eingestuft. Hier konnte die Frage, ob gegenwärtig tatsächlich eine Gefahr besteht, nicht eindeutig beantwortet, eine Gefährdung jedoch nicht ausgeschlossen werden. Bei rund einem Drittel der Verfahren (35 Prozent) kamen die Fachkräfte zu dem Ergebnis, dass – wenngleich keine Gefährdung der Kinder festgestellt wurde – zumindest weiterer Unterstützungsbedarf notwendig war.

In sechs von zehn Fällen (57 Prozent), bei denen eine akute oder latente Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde, gab es Anzeichen für Vernachlässigung. Anhaltspunkte für psychische bzw. körperliche Misshandlungen konnten bei 38 bzw. 28 Prozent der Fälle von akuter oder latenter Kindeswohlgefährdung nachgewiesen werden. In fünf Prozent der Fälle wurden Anzeichen für sexuelle Gewalt festgestellt. Zu beachten ist, dass bei der Meldung zur Art der Kindeswohlgefährdung im Rahmen der amtlichen Statistik Mehrfachnennungen möglich sind.

Mit 29 Prozent wurden die relativ meisten Verfahren auf Initiative von Polizei, Gericht oder Staatsanwaltschaft in die Wege geleitet. Danach folgten Verdachtsmeldungen von Bekannten oder Nachbarn sowie anonyme Meldungen mit Anteilswerten von elf Prozent bzw. zehn Prozent; neun Prozent der Ermittlungen wurden von Schulen angestoßen.

Mädchen und Jungen waren nahezu gleichstark von Einschätzungen zur Kindeswohlgefährdung betroffen. In zwei Dritteln der untersuchten Fälle (64 Prozent) waren die Kinder neun Jahre oder jünger; nahezu jedes vierte Kind (23 Prozent) hatte das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet.

Anträge nach BQFG-Bund und BQFG-RP 2018 und 2019 nach den zehn häufigsten Referenzberufen[1]

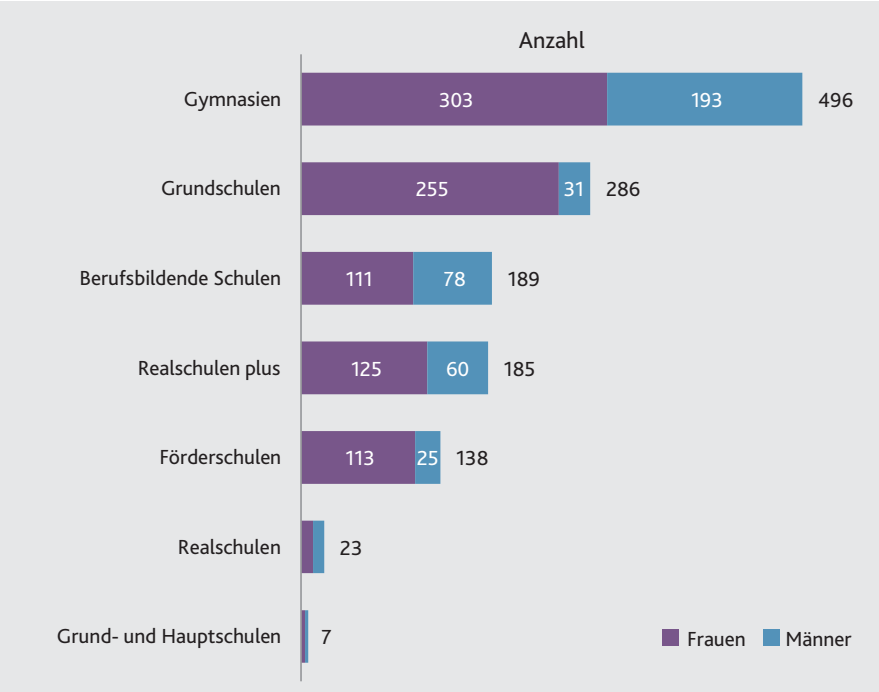


1 BQFG: §17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz des Bundes; BQFG-RP: §17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz; aus Gründen der Geheimhaltung auf ein Vielfaches von Drei gerundet.

Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen leicht rückläufig

Im Jahr 2019 bearbeiteten die Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) rund 2 100 Anträge auf die Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifika-

Bestandene pädagogische Prüfungen[1] 2019 nach Lehramt und Geschlecht



1 Absolventen/-innen im Zeitraum 1.2.2019 bis 31.1.2020; einschließlich Prüfungen von Seiten- und Quereinsteigern und Landwirtschaftsreferendaren.

tion. Das waren etwa 50 Anträge bzw. 2,5 Prozent weniger als im Vorjahr.

Das Feststellungsverfahren bietet die Möglichkeit, die Berufsabschlüsse qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz anzuerkennen. Davon profitiert insbesondere der Bereich der Gesundheitsversorgung, der im Rahmen der Corona-Krise nochmals an Bedeutung gewonnen hat: Im Jahr 2019 wurden knapp 620 Ausbildungsabschlüsse zur Gesundheits- und Krankenpflege und rund 210 Approbationen zur Ausübung des Arztberufs in den Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz bearbeitet.

Gegenüber dem Vorjahr sank allerdings die Zahl der Anerkennungsanträge zur Ausübung der Gesundheits- und Krankenpflege (–13 Prozent). Ein Grund für die Abnahme ist, dass im Rahmen des von der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit geförderten Projekts „Triple Win" deutlich weniger Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -pfleger aus den Philippinen (–159 Anträge), Bosnien-Herzegowina (–27) und Serbien (–9) gewonnen werden konnten als im Jahr zuvor. Ziel des Projekts ist es, Pflegefachkräfte aus Ländern mit vielen jungen Pflegeabsolventinnen und -absolventen zu rekrutieren.

Das 2012 in Kraft getretene BQFG, auch „Anerkennungsgesetz" genannt, ist ein Gesetz zur Feststellung und Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Ziel ist es, die Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland zu unterstützen und eine gesellschaftliche, berufliche und arbeitsmarktorientierte Integration von Migrantinnen und Migranten zu fördern. Das Anerkennungsgesetz bezieht sich im Wesentlichen auf mehr als 600 bundesrechtlich geregelte Berufe. Dazu zählen insbesondere alle Ausbildungsberufe des dualen Berufsbildungssystems und reglementierte akademische Berufe (z. B. Ärztinnen und Ärzte). Zudem wird seit Oktober 2013 im Rahmen des Landesgesetzes (BQFG-RP) die Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen mit landesrechtlich reglementierten Berufen individuell überprüft. Beispielsweise fällt hierunter die berufliche Ausübung des Lehramts an rheinland-pfälzischen Schulen.

Rheinland-pfälzische Lehrerinnen und Lehrer werden jünger

Im Schuljahr 2019/20 waren rund 40 000 Lehrkräfte an den rheinland-pfälzischen Schulen hauptamtlich beschäftigt. Der Anteil der über 54-Jährigen lag bei 22 Prozent. Das waren in dieser Altersgruppe knapp 2 000 Lehrkräfte weniger als fünf Jahre zuvor (–18 Prozent). Im Schuljahr 2014/15 lag ihr Anteil noch bei 27 Prozent.

Der Eintritt in den Ruhestand ist nicht der einzige und auch nicht der häufigste Grund für den Abgang einer Lehrkraft. So verließen 2019 rund

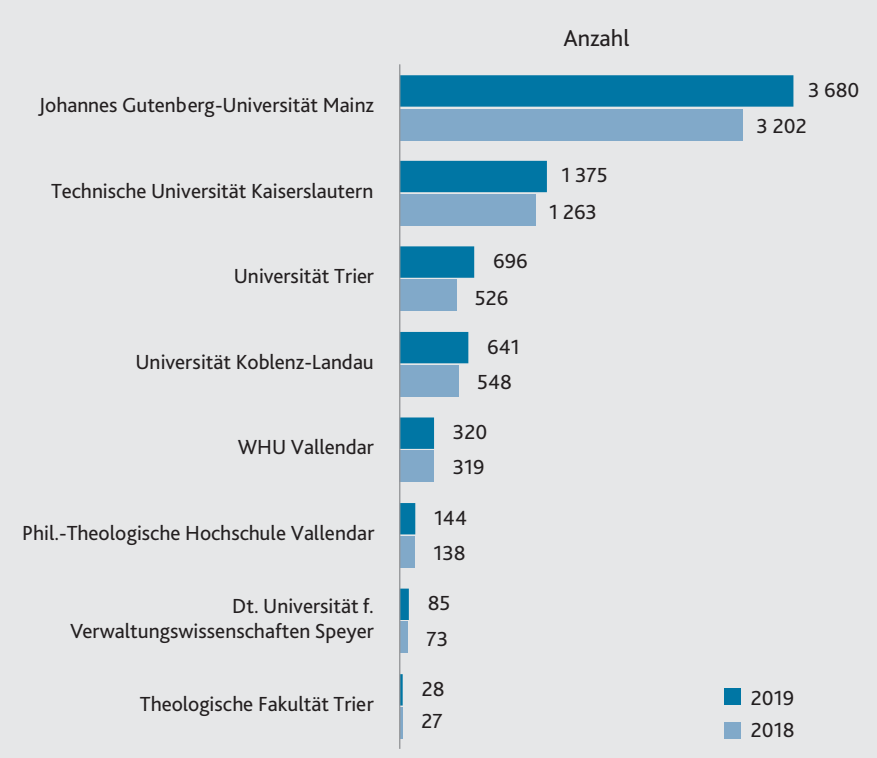
50 Prozent der abgehenden Lehrerinnen und Lehrer eine Schule aufgrund einer Versetzung, Abordnung oder Entlassung aus dem Schuldienst, weitere sechs Prozent wegen Beurlaubung oder Auslandsschuldienst. In den Ruhestand gingen hingegen nur 40 Prozent. Knapp drei Prozent schieden wegen Dienstunfähigkeit oder Tod aus.

Demgegenüber steht der Lehrernachwuchs, dessen Ausbildung in zwei aufeinander aufbauenden Phasen gegliedert wird. In der ersten Phase erwirbt der Lehrernachwuchs an einer wissenschaftlichen Hochschule sowohl den Bachelor als auch den Master of Education. Der Umfang des Studiums variiert dabei in Abhängigkeit von der Schulart: Während für das Lehramt an Grundschulen ein insgesamt vierjähriges Bachelor- und Masterstudium vorgesehen ist, soll das Studium des Lehramts an Gymnasien oder berufsbildenden Schulen in fünf Jahren absolviert werden. In Rheinland-Pfalz schlossen im Wintersemester 2018/2019 rund 900 Studierende ein lehramtsbezogenes Masterstudium erfolgreich ab, darunter mehr als die Hälfte für das Lehramt an Gymnasien.

Auf das akademische Studium folgt der Vorbereitungsdienst, der sowohl in Ausbildungsschulen als auch an staatlichen Studienseminaren absolviert wird. Der Vorbereitungsdienst verknüpft das pädagogische, fachdidaktische und fachliche Wissen mit der Berufs- und Unterrichtspraxis. Die zweite Ausbildungsphase wird mit der Zweiten Staatsprüfung abgeschlossen, die 2019 rund 1 300 angehende Lehrkräfte bestanden haben. Die meisten Absolventinnen und Absolventen haben ihren Abschluss im Lehramt an Gymnasien erworben (37 Prozent), gefolgt von Grundschulen (22 Prozent) und berufsbildenden Schulen (14 Prozent).

Der Lehrernachwuchs blieb auch 2019 eine weibliche Domäne: Etwa 70 Prozent der Absolventinnen und Absolventen des Studienseminars waren Frauen. Besonders hoch war der Anteil der Absolventinnen der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen (89 Prozent) und an Förderschulen (82 Prozent). In keiner Schulart waren mehr männliche als weibliche Nachwuchskräfte.

Promovierende[1] 2018 und 2019 nach Hochschulen



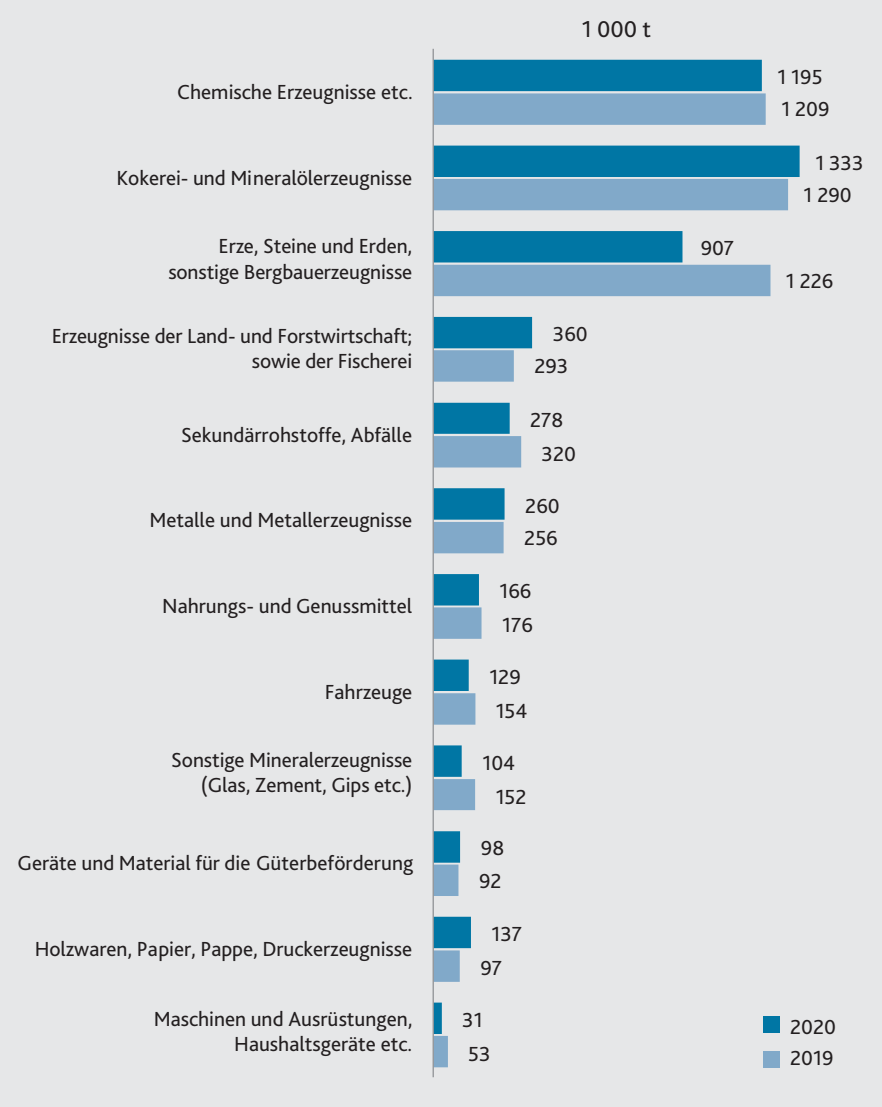
1 Promovierende mit schriftlicher Betreuungszusage nach §34 des Landeshochschulgesetzes.

Rund 7 000 Doktorandinnen und Doktoranden

In Rheinland-Pfalz arbeiteten 2019 rund 7 000 Akademikerinnen und Akademiker an ihrer Doktorarbeit, das waren knapp 900 Doktorandinnen und Doktoranden bzw. 14 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit 3 700 Personen betreute die Johannes Gutenberg-Universität Mainz mehr als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Promovierenden.

Die meisten Akademikerinnen und Akademiker meldeten ihre Promotion in der Fächergruppe „Mathematik,

Güterumschlag von Januar bis März 2019 und 2020 nach Güterabteilungen



Naturwissenschaften" (2 400) an, gefolgt von „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften" (1 600) sowie „Geisteswissenschaften" (1 100). Am häufigsten wurde in der Chemie, Biologie und Medizin promoviert. Obwohl der Frauen- (48 Prozent) und Männeranteil (52 Prozent) unter den Promovierenden weitestgehend ausgewogen war, bestanden nach wie vor deutliche Geschlechterunterschiede in einzelnen Promotionsfächern: Beispielsweise lag der Frauenanteil in der Psychologie bei 70 Prozent, während in der Informatik nur 17 Prozent der Promovierenden weiblich waren.

Die Rahmenbedingungen für Doktorandinnen und Doktoranden sind häufig sehr unterschiedlich. Beispielsweise haben nicht alle Akademikerinnen und Akademiker die Möglichkeit, eine Doktorarbeit im Rahmen einer Anstellung an einer Hochschule zu erstellen: Nur 37 Prozent der Promovierenden waren 2019 an einer Hochschule beschäftigt. Dabei bestanden deutliche Unterschiede zwischen den Fachbereichen. Während in der Mathematik sowie den Ingenieur-, Natur- und Sportwissenschaften rund die Hälfte der Doktorandinnen und Doktoranden ein Beschäftigungsverhältnis an der Hochschule hatten, waren es in der Medizin und den Gesundheitswissenschaften (zehn Prozent), der Kunst (18 Prozent) und den Geisteswissenschaften (22 Prozent) deutlich weniger.

Im Rahmen der Promotion wird der akademische Grad eines Doktortitels in einer bestimmten Fächergruppe verliehen. Durch den Nachweis besonderer wissenschaftlicher Fähigkeiten gilt der Titel in Deutschland als höchster akademischer Grad. Die Promotion wird über eine Monografie oder kumulativ über mehrere wissenschaftliche Publikationen sowie eine Prüfung (Rigorosum) oder eine mündliche Verteidigung der Arbeit (Disputation) abgeschlossen. Voraussetzung für die Anmeldung als Doktorandin bzw. Doktorand ist in der Regel ein abgeschlossenes Masterstudium, das Staatsexamen oder ein universitäres Magister- bzw. Diplomstudium.

Güterumschlag in Binnenhäfen leicht rückläufig

Im ersten Quartal 2020 wurden in den rheinland-pfälzischen Häfen weniger Güter umgeschlagen als im

ersten Quartal 2019. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten für die Monate Januar bis März 2020 einen Güterumschlag von rund 5,7 Millionen Tonnen. Dies waren 164 000 Tonnen bzw. 2,8 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Jahres 2019.

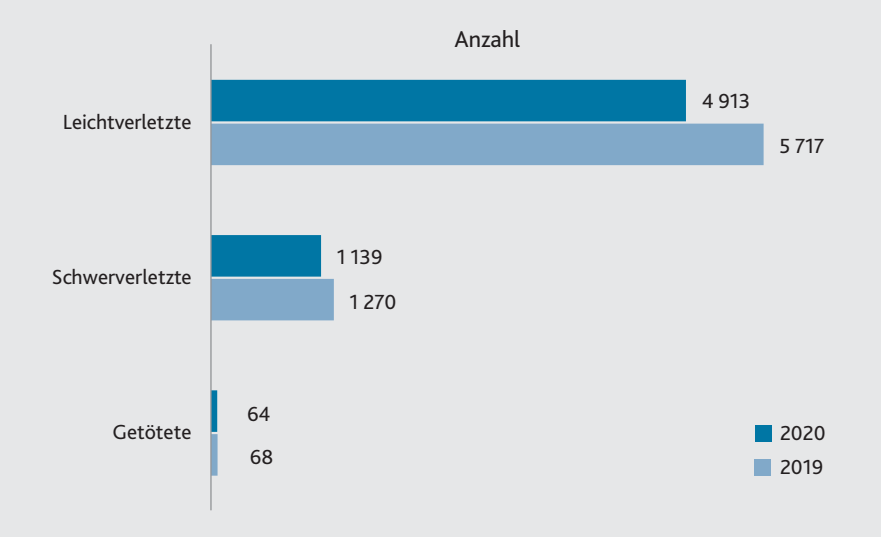
Der Versand ging um 2,8 Prozent auf 2,47 Millionen Tonnen zurück. Der Empfang hatte einen Rückgang um 2,9 Prozent auf 3,19 Millionen Tonnen zu verzeichnen.

Die höchste Umschlagmenge entfiel mit 1,33 Millionen Tonnen (+3,3 Prozent) auf die Abteilung „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse". An zweiter Stelle folgt die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse" mit einem Umschlag von 1,19 Millionen Tonnen (–1,2 Prozent). Danach folgt die Güterabteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse", die mit einem Umschlag von 907 000 Tonnen den größten Rückgang (–26 Prozent) zu verzeichnen hat.

In Ludwigshafen am Rhein, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 1,9 Prozent mehr Güter umgeschlagen als im Vorjahreszeitraum. Im zweitgrößten Hafen Mainz ging der Umschlag um 4,7 Prozent zurück.

Inwieweit die wirtschaftlichen Entwicklungen auch in der Binnenschifffahrt durch die Corona-Krise beeinflusst wurden, dürfte sich verstärkt erst in den kommenden Quartalsergebnissen zeigen.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2019 und 2020



Weniger Verkehrsunfälle, aber mehr Verkehrstote im Mai

Obwohl die Zahl der Straßenverkehrsunfälle im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich zurückging, verloren im Mai 2020 auf rheinland-pfälzischen Straßen 17 Menschen ihr Leben. Dies waren sieben Todesopfer mehr als im Mai 2019.

Insgesamt meldete die Polizei von Januar bis Mai 49 000 Verkehrsunfälle, 16 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei verloren insgesamt 64 Menschen ihr Leben, vier weniger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. Die Zahl der Schwerverletzten sank gegenüber dem Vorjahreszeitraum um zehn Prozent auf 1 139, die Zahl der Leichtverletzten um 14 Prozent auf 4 913. Die Polizei registrierte 44 254 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Im Vergleich zu 2019 ist dies ein Rückgang um 16 Prozent.

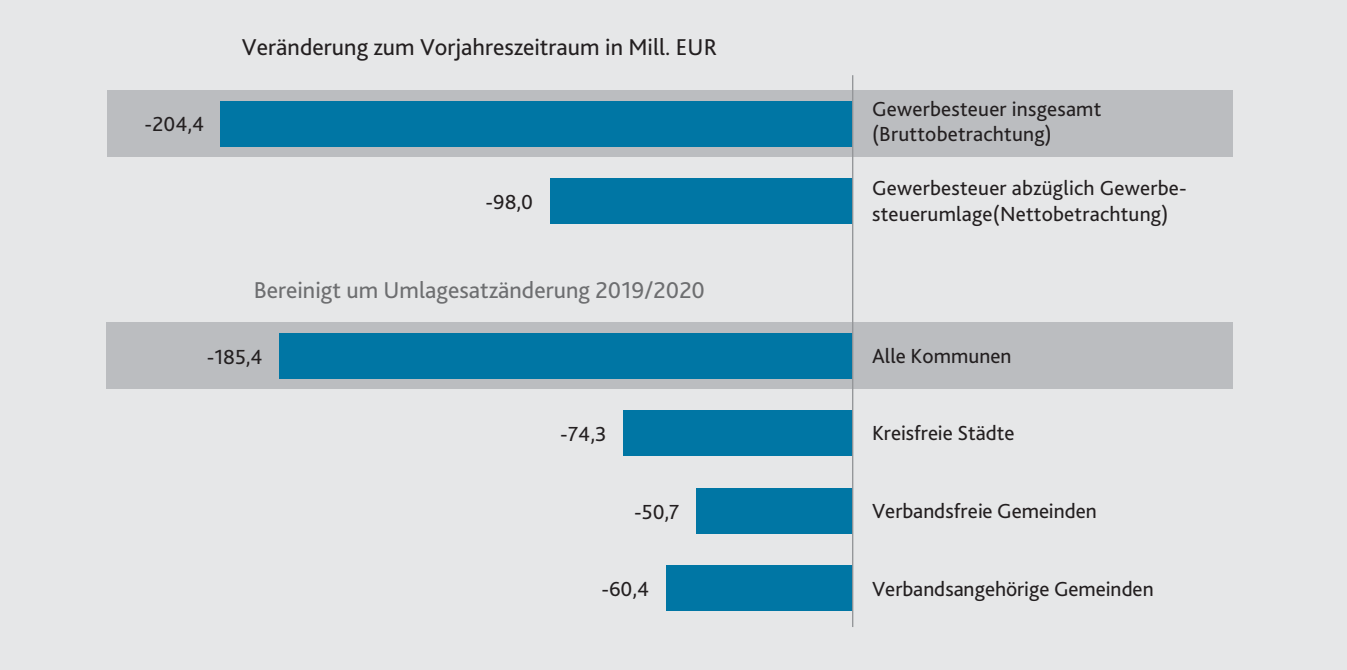
Der deutliche Rückgang der Verkehrsunfallzahlen dürfte darauf zurückzuführen sein, dass sich aufgrund der durch die Corona-Krise erfolgten Einschränkungen die Zahl der Verkehrsbewegungen auf den Straßen verringert hat.

Gewerbesteuereinnahmen brechen im ersten Halbjahr um 18 Prozent ein

Die rheinland-pfälzischen Kommunen nahmen im ersten Halbjahr 2020 rund 946 Millionen Euro an Gewerbesteuern ein (Bruttobetrachtung). Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2019 sanken die Einnahmen um 204 Millionen Euro bzw. 18 Prozent. Ursächlich dürfte vor allem der Konjunktureinbruch sein, der durch die Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie verursacht wurde.

Einen Teil der Gewerbesteuern – die sogenannte Gewerbesteuerumlage –

Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen im 1. Halbjahr 2020



müssen die Kommunen an das Land und den Bund abführen. Nach Abzug dieser Umlage verblieben den rheinland-pfälzischen Kommunen für das erste Halbjahr 2020 rund 860 Millionen Euro (Nettobetrachtung). Das waren 98 Millionen Euro bzw. zehn Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2019. Es ist aber zu beachten, dass diese Einbuße durch zwei gegenläufige Effekte zustande kommt: Einerseits sanken die Gewerbesteuereinnahmen durch einen coronabedingten Einbruch der Konjunktur. Andererseits verringerte sich durch eine bereits in 2001 beschlossene Gesetzesänderung ab 2020 planmäßig der Umlagesatz für die Gewerbesteuer beträchtlich, wodurch die Kommunen weniger an Land und Bund abführen müssen.

Um das Jahr 2020 mit 2019 vergleichen zu können, wurde der Effekt der Senkung des Umlagesatzes herausgerechnet. Nach dieser Berechnung ergibt sich für die rheinland-pfälzischen Kommunen für das erste Halbjahr 2020 ein Rückgang der Nettoeinnahmen aus der Gewerbesteuer um 185 Millionen Euro bzw. 18 Prozent.

Bereinigt um die Reduzierung des Umlagesatzes sanken die Gewerbesteuereinnahmen in den kreisfreien Städten netto um 19 Prozent (auf 310 Millionen Euro). Bei den verbandsfreien Gemeinden gingen die Einnahmen ebenfalls um 19 Prozent zurück (auf 213 Millionen Euro). Die verbandsangehörigen Gemeinden mussten ein Minus von 15 Prozent hinnehmen (336 Millionen Euro). Für mehr als 1 300 (57 Prozent) der rund 2 300 Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz errechneten die Statistiker einen Rückgang der Einnahmen.

Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer von Jahr zu Jahr stark schwanken können: Im Jahr der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 brachen die Gewerbesteuereinnahmen in Rheinland-Pfalz um fast ein Viertel ein. Nach dem Platzen der Internetblase und der anschließenden Wirtschaftskrise sanken die Einnahmen im Jahr 2001 um 21 Prozent. Andererseits führen Konjunkturaufschwünge wie beispielsweise 2004 zu deutlich höheren Gewerbesteuereinnahmen; damals stiegen die Einnahmen um 37 Prozent.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Juli 2020

Die Teuerungsrate sank von +1 Prozent im Juni 2020 auf –0,1 Prozent im Juli. Dies ist der niedrigste Wert seit Mai 2016, als die Inflationsrate ebenfalls –0,1 Prozent betrug. Die Energiepreise wirkten weiterhin dämpfend auf die Preisentwicklung (–6,1 Prozent). Die Preise für Heizöl (einschließlich Umlage) sanken um 24 Prozent und die Kraftstoffpreise um 13 Prozent. Dagegen verteuerten sich Strom und Gas (einschließlich Umlage) um 4,5 bzw. 1,5 Prozent.

Die Nahrungsmittelpreise lagen im Juli 1,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Besonders kräftig fiel der Preisanstieg bei Obst aus (+8,9 Prozent). Gemüse hingegen wurde deutlich billiger (–6,3 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, ist im Juli auf +0,5 Prozent gesunken nach +1,3 Prozent im Mai und Juni 2020.

In sieben der zwölf Abteilungen war das Preisniveau höher als im Vorjahresmonat. Am höchsten waren die Preisanstiege mit jeweils +2,6 Prozent in den Bereichen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ sowie „Andere Waren und Dienstleistungen“, zu der u. a. Dienstleistungen sozialer Einrichtungen wie die ambulante und stationäre Pflege gehören. Preissenkungen gab es im Bereich „Verkehr“ (–3,1 Prozent).

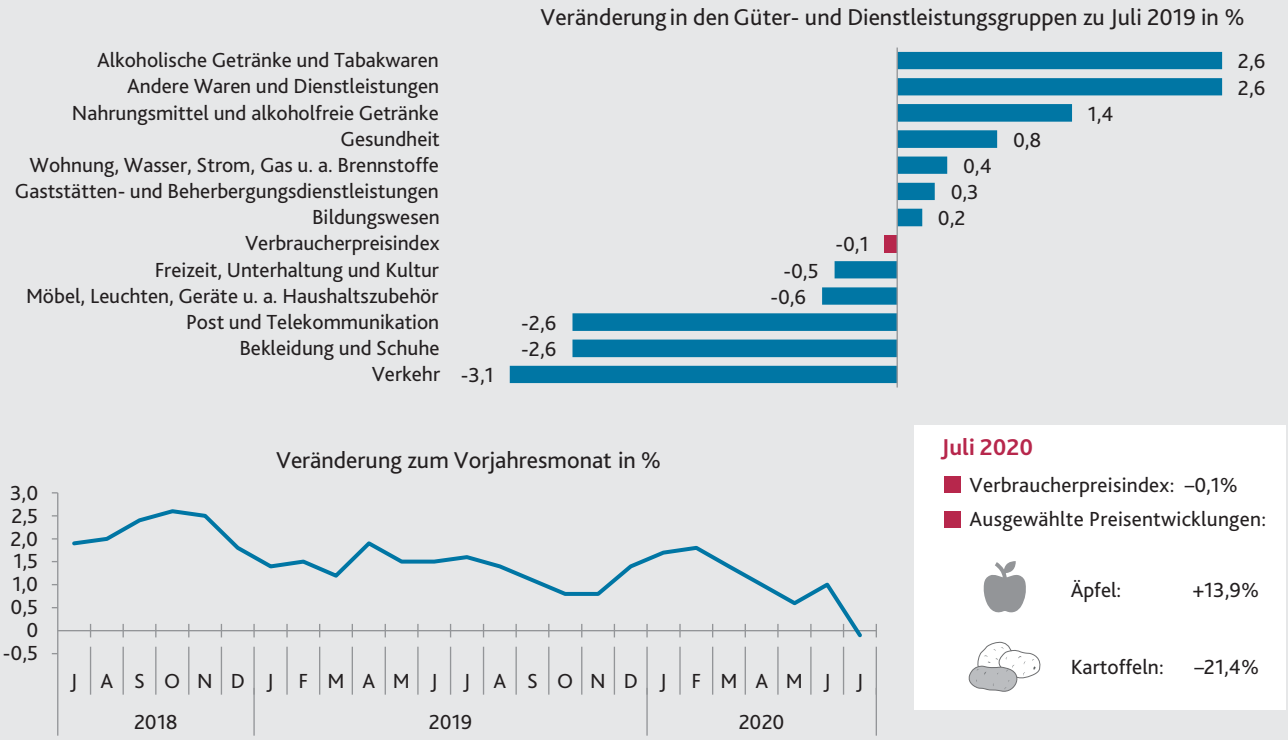
Gegenüber dem Vormonat ist der Verbraucherpreisindex um 0,5 Prozent gesunken. Die stärksten Preissenkungen waren in der Abteilung „Bekleidung und Schuhe“ zu beobachten (–4,1 Prozent). Lediglich in der Abteilung „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ stiegen die Preise (+3,6 Prozent). In den Bereichen „Verkehr“ und „Bildungswesen“ blieben die Preise im Durchschnitt konstant.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juli 2020

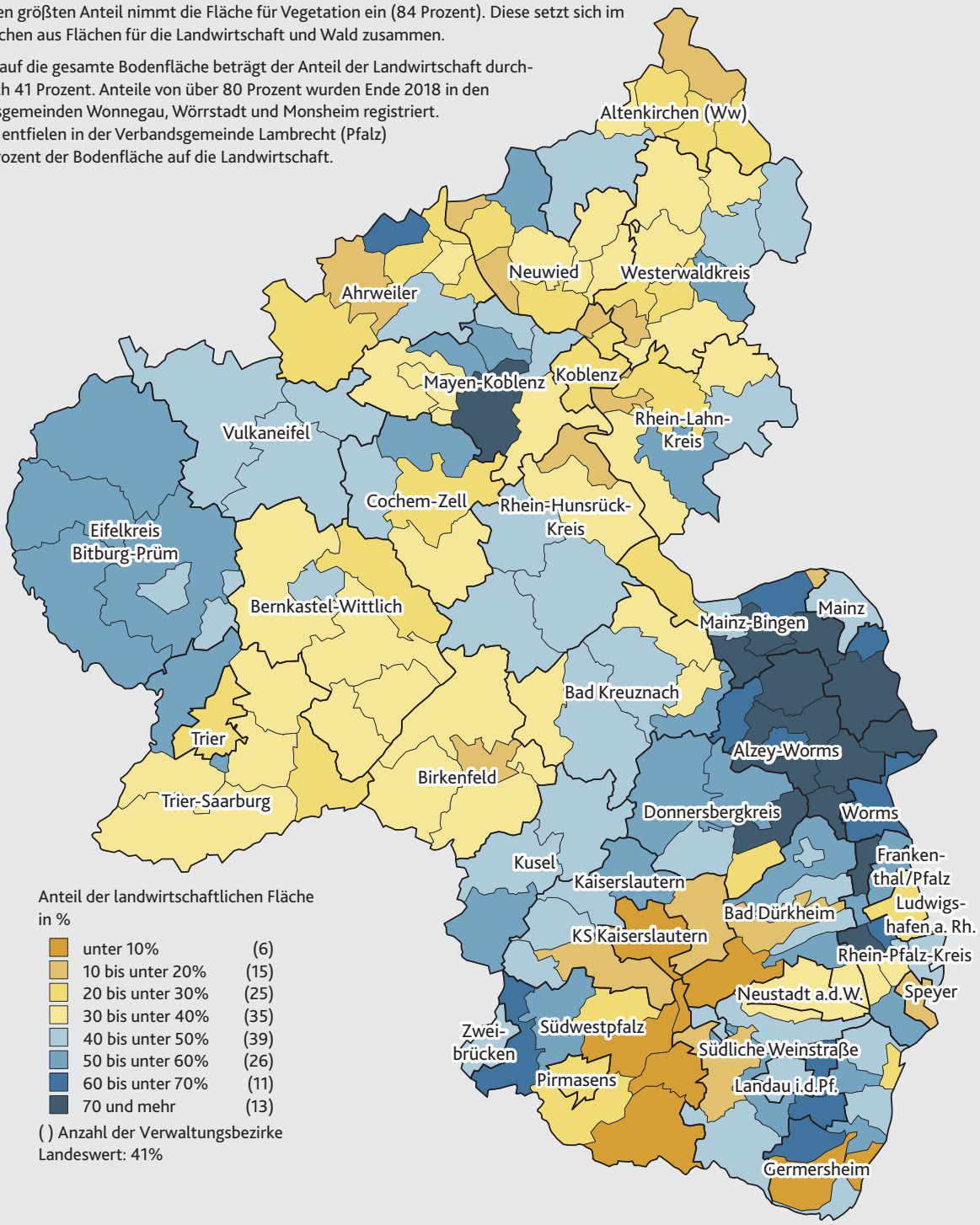


Landwirtschaftliche Fläche 2018

41 Prozent der Bodenfläche entfallen auf die Landwirtschaft

Zum Stichtag 31. Dezember 2018 betrug die Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz rund 19 860 Quadratmeter. Den größten Anteil nimmt die Fläche für Vegetation ein (84 Prozent). Diese setzt sich im Wesentlichen aus Flächen für die Landwirtschaft und Wald zusammen.

Bezogen auf die gesamte Bodenfläche beträgt der Anteil der Landwirtschaft durchschnittlich 41 Prozent. Anteile von über 80 Prozent wurden Ende 2018 in den Verbandsgemeinden Wonnegau, Wörrstadt und Monsheim registriert. Dagegen entfielen in der Verbandsgemeinde Lambrecht (Pfalz) nur 2,1 Prozent der Bodenfläche auf die Landwirtschaft.



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2019

Außenhandel

Von Diane Dammers

In der Veröffentlichung „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2019“ wird die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres detailliert dargestellt. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse des Themenbereichs „Außenhandel“ vorgestellt.

Der Außenhandel ist für die rheinland-pfälzische Wirtschaft von großer Bedeutung. Mehr als die Hälfte der Industrieproduktion wird exportiert. Nach neun Jahren kontinuierlichen Wachstums ist der Wert der ausgeführten Waren 2019 stark gesunken. Ein Grund hierfür ist der kräftige Rückgang der Konsumgüterexporte, die 2018 außergewöhnlich hoch waren. Aber auch die Ausfuhr von Vorleistungs- und Investitionsgütern war geringer als im Jahr zuvor.

Exporte sinken erstmals seit 2009

Exporte gehen um elf Prozent zurück

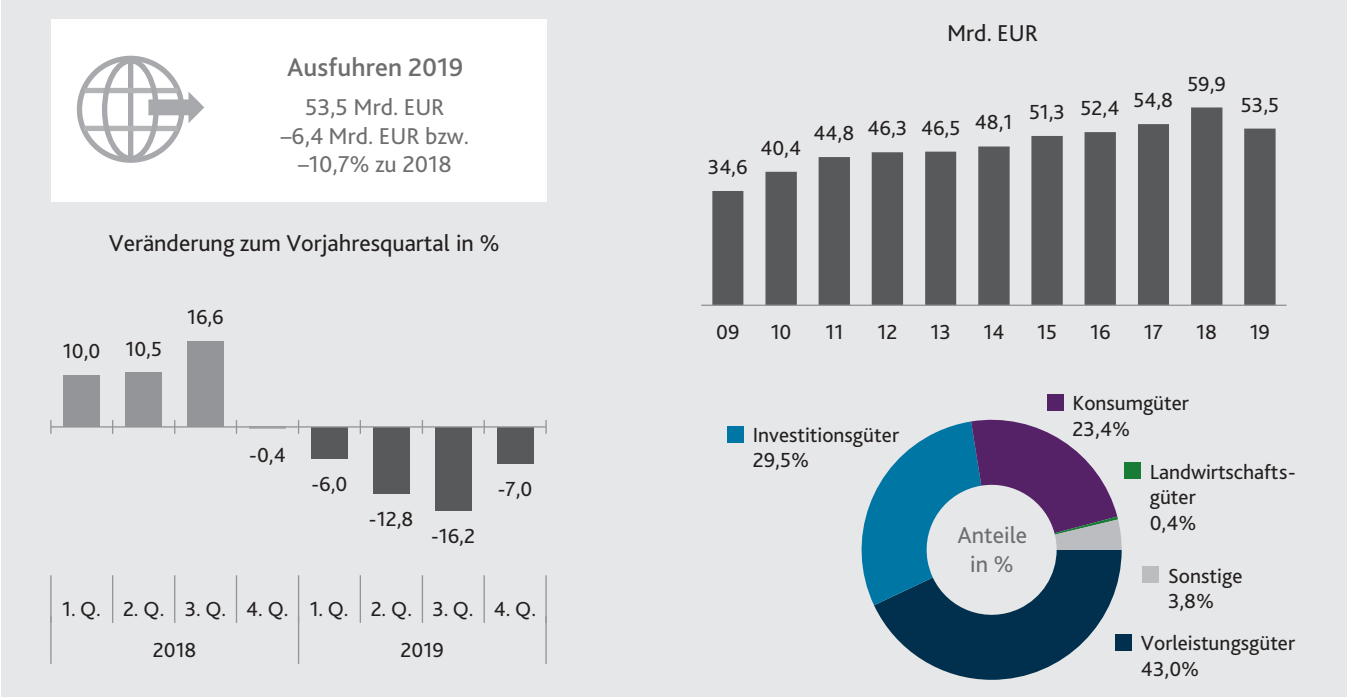
Der längerfristige Trend steigender Exporte setzte sich 2019 nicht fort. Der Wert der rheinland-pfälzischen Ausfuhren fiel erstmals seit 2009 unter das Vorjahresniveau. Unternehmen aus Rheinland-Pfalz exportierten Waren für 53,5 Milliarden Euro ins Ausland; das waren 6,4 Milliarden Euro bzw. elf Prozent weniger als 2018. Damit verlief die Entwicklung in Rheinland-Pfalz wesentlich schwächer als in Deutschland; im Bundesdurchschnitt erhöhten sich die Ausfuhren leicht um 0,8 Prozent. Dem Rückgang war allerdings ein außergewöhnlich starker Anstieg der rheinland-pfälzischen Exporte vorausgegangen (2018: +9,2 Prozent; Deutschland: +3 Prozent).

Das Ende der Wachstumsphase hatte sich bereits im vierten Quartal 2018 angekündigt; die rheinland-pfälzischen Exporte lagen um 0,4 Prozent unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Im ersten Quartal 2019 war der Wert der Ausfuhren deutlich geringer als ein Jahr zuvor (–6 Prozent). Im zweiten und im dritten Quartal blieben die Exporte noch stärker hinter dem jeweiligen Vorjahreszeitraum zurück (–13 bzw. –16 Prozent). Im vierten Quartal fiel das Minus schwächer aus (–7 Prozent).

Kräftige Einbußen bei den Konsumgüterexporten

Ein wesentlicher Grund für die Verringerung der Exporte sind die kräftigen Einbußen bei der Ausfuhr von Konsumgütern. Im Jahr 2019 wurden Konsumgüter im Wert von 12,5 Milliarden Euro ins Aus-

G1 Ausfuhren 2019 nach Quartalen und Güterhauptgruppen



land geliefert; das waren 23 Prozent der rheinland-pfälzischen Exporte. Gegenüber dem Vorjahr sank ihr Wert um 27 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).[1] Dieses Minus ist auf den starken Rückgang der Ausfuhr „Pharmazeutischer Spezialitäten" (insbesondere Medikamente) zurückzuführen, die sich mit –47 Prozent fast halbierte. Die Exporte „Pharmazeutischer Spezialitäten" hatten allerdings 2018 mit einem Zuwachs von 72 Prozent gegenüber dem Vorjahr ein außergewöhnlich hohes Niveau erreicht, sodass beim Vergleich mit 2018 ein starker statistischer Basiseffekt zum Tragen kommt.

1 Die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist durch die Umstellung auf das neue Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2019 (GP 2019) eingeschränkt. Bei Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgütern sind die Auswirkungen dieser methodischen Änderung auf der Ebene der Hauptgruppen jedoch für Rheinland-Pfalz relativ gering, sodass die grundsätzlichen Aussagen zu den Entwicklungstendenzen davon unberührt bleiben. Vorjahresvergleiche für einzelne Gütergruppen werden nur dann dargestellt, wenn diese Gütergruppen von der Änderung der Klassifikation nicht betroffen sind.

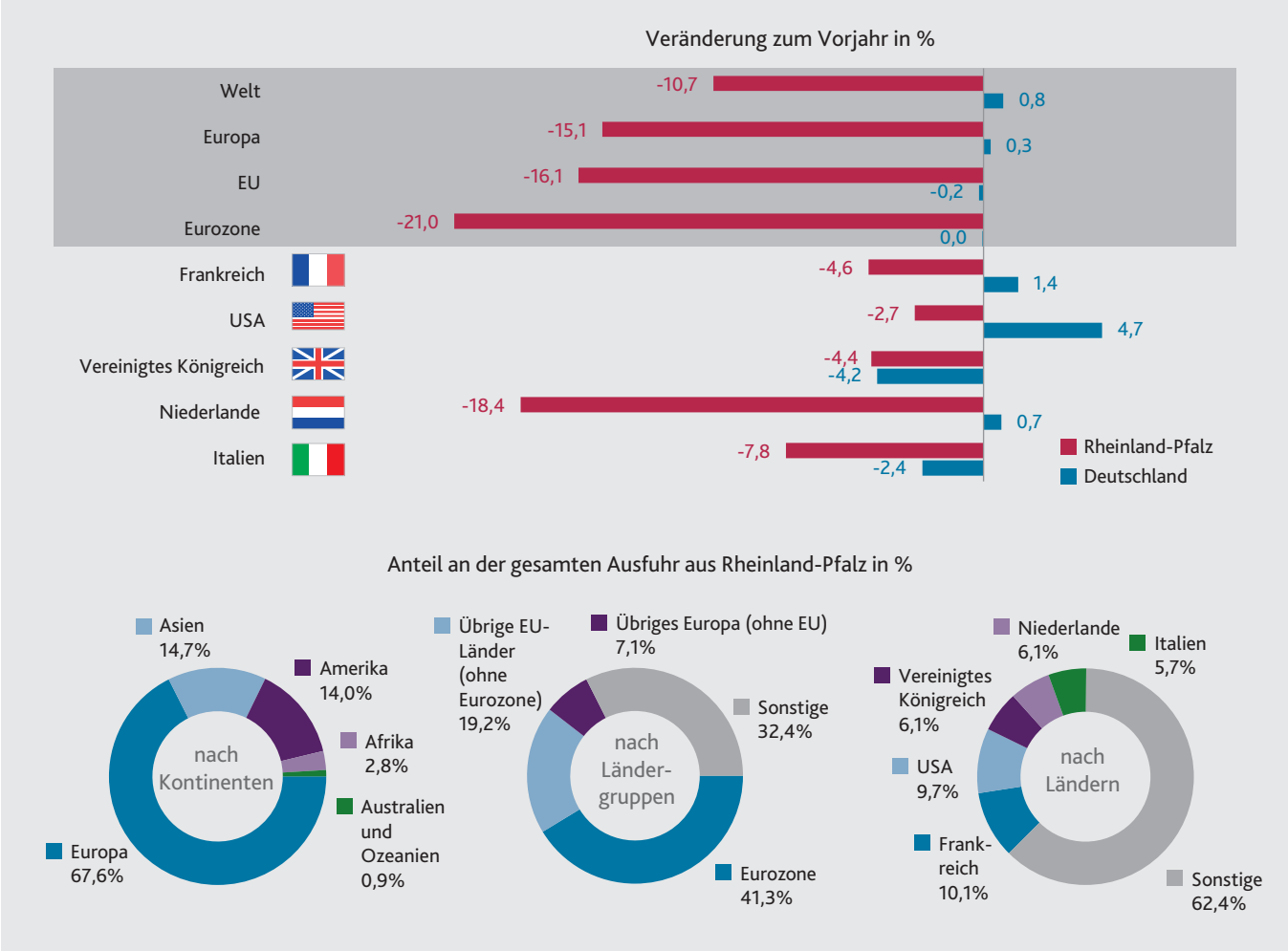
Welthandelsvolumen sinkt erstmals seit 2009

Blieben die „Pharmazeutischen Spezialitäten" unberücksichtigt, hätten die gesamten rheinland-pfälzischen Ausfuhren 2019 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent abgenommen. Dafür dürfte das schwierige weltwirtschaftliche Umfeld eine Rolle spielen, das unter anderem durch eine schwache Entwicklung der weltweiten Industrieproduktion, zunehmenden Protektionismus und den bevorstehenden Brexit geprägt war. Das Welthandelsvolumen ist 2019 leicht um 0,4 Prozent geschrumpft. Einen Rückgang hatte es zuletzt 2009 gegeben, allerdings in wesentlich stärkerem Ausmaß.

Investitionsgüterexporte gehen um 7,7 Prozent zurück

Die schwache globale Konjunktur hat die Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern sinken lassen. Es wurden Investitionsgüter im Wert von 15,8 Milliarden Euro exportiert, dies entspricht 29 Prozent der Ausfuhren. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 7,7 Prozent

G2 Ausfuhren aus Rheinland-Pfalz und aus Deutschland 2019 nach ausgewählten Ländergruppen und Ländern



(Deutschland: –0,3 Prozent). Das wichtigste Exportgut im Investitionsgüterbereich sind „Kraftwagen und Kraftwagenmotoren", die zehn Prozent zu den rheinland-pfälzischen Ausfuhren beisteuerten. Ihr Wert belief sich auf 5,4 Milliarden Euro. Der Wert der ausgeführten „Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige" (z. B. Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen), die einen Anteil von 5,9 Prozent an den Exporten hatten, lag bei 3,1 Milliarden Euro.

Vorleistungsgüterexporte ebenfalls rückläufig

Die Industrie ist in Rheinland-Pfalz stark auf die Produktion von Vorleistungsgütern ausgerichtet. Vorleistungsgüter einschließlich Energie machen mit 43 Prozent auch einen großen Teil der Ausfuhren aus. Ihr Exportwert nahm 2019 um 2,9 Prozent auf 23 Milliarden Euro ab (Deutschland: –0,2 Prozent). Die wichtigsten rheinland-pfälzischen Exportgüter sind „Chemische Grundstoffe, Düngemittel, Stickstoffverbindungen, Kunststoffe in Primärformen" mit einem Anteil von 14 Prozent an den gesamten Ausfuhren. Ihr Wert verringerte sich 2019 um 3,1 Prozent auf 7,7 Milliarden Euro. Der Export „Sonstiger chemischer Erzeugnisse", die vier Prozent zu den Ausfuhren beitrugen, war ebenfalls rückläufig (–5 Prozent).

Starker Rückgang der Exporte in die Länder der Eurozone

Exporte nach Europa schrumpfen um 15 Prozent

Die Länder in Europa, in der Europäischen Union (EU) und im Euroraum sind die wichtigsten Absatzmärkte für die rheinland-pfälzischen Unternehmen. Sie lieferten 2019 Waren im Wert von 36,1 Milliarden Euro in Länder auf dem europäischen Kontinent. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies allerdings einen starken Rückgang (–15 Prozent; Deutschland: +0,3 Prozent).

Ausfuhren nach Irland nehmen besonders stark ab

Ein wesentlicher Grund für die Verringerung der Exporte in die europäischen Länder sind die Warenlieferungen in die EU, die um 16 Prozent auf 32,3 Milliarden Euro abnahmen (Deutschland: –0,2 Prozent). Dabei fiel vor allem das Minus bei den Exporten in die Eurozone ins Gewicht (–21 Prozent; Deutschland: unverändert). In die Euroländer wurden Waren im Wert von 22,1 Milliarden Euro geliefert; das waren 41 Prozent der gesamten rheinland-pfälzischen Ausfuhren. Die Lieferungen in die meisten Länder der Eurozone waren rückläufig. Besonders stark schrumpften die Ausfuhren nach Irland, die sich 2018 gegenüber dem Vorjahr verfünffacht hatten und nun um 91 Prozent abnahmen. Dieser Einbruch ist auf den Rückgang beim Export „Pharmazeutischer Spezialitäten" zurückzuführen, die im Jahr zuvor noch für den außergewöhnlichen Anstieg gesorgt hatten. Der wichtigste Handelspartner im Exportbereich ist Frankreich. Der Absatz in das Nachbarland lief ebenfalls schlechter als 2018 (–4,6 Prozent). Dazu trugen unter anderem die Exporte von Chemischen Erzeugnissen und Maschinen bei. Nach Frankreich wurden Waren im Wert von 5,4 Milliarden Euro geliefert, was einem Zehntel der rheinland-pfälzischen Exporte entspricht.

Auch die Ausfuhren in die neun EU-Länder außerhalb der Eurozone lagen unter dem Vorjahresniveau. Sie nahmen um drei Prozent auf 10,3 Milliarden Euro ab (Deutschland: –0,4 Prozent). Das Vereinigte Königreich, das inzwischen aus der EU ausgetreten ist, war 2019 mit Warenlieferungen im Wert von 3,3 Milliarden Euro der wichtigste Handelspartner in dieser Ländergruppe. Unter allen Abnehmern belegte das Land Rang drei mit einem Anteil von 6,1 Prozent an den rheinland-pfälzischen Ausfuhren. Die Exporte ins Vereinigte Königreich sind 2019 wie in den beiden Vorjahren gesunken (–4,4 Prozent). Starke Einbußen gab es bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die im Warenverkehr mit dem Vereinigten Königreich das wichtigste Exportgut sind (–20 Prozent). Bei anderen bedeutenden Warengruppen waren ebenfalls Rückgänge zu verzeichnen, z. B. bei Chemischen Erzeugnissen (–2,3 Prozent). Inwieweit die Unsicherheit über die Ausgestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen nach dem „Brexit" in dieser Entwicklung zum Ausdruck kommt, lässt sich nicht beziffern. Allerdings hat sich das Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds 2019 weiter abgeschwächt, was dort tendenziell dämpfend auf die Güternachfrage wirkt.

Exporte in das Vereinigte Königreich gehen weiter zurück

Exporte in europäische Länder außerhalb der EU sinken

In die europäischen Länder, die nicht der EU angehören, wurden Waren im Wert von 3,8 Milliarden Euro geliefert; das waren 7,1 Prozent der gesamten Exporte. Die Ausfuhren lagen um 6,1 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres (Deutschland: +3,3 Prozent). Stark rückläufig waren die Exporte in die Türkei (–20 Prozent); das Minus erstreckte sich auf zahlreiche Warengruppen. Hierbei dürfte die Krise der türkischen Wirtschaft und der damit verbundene Wertverlust der Türkischen Lira gegenüber dem Euro eine Rolle gespielt haben. Die Ausfuhren in die Schweiz, die der bedeutendste

Handelspartner in dieser Ländergruppe ist, nahmen um 2,2 Prozent ab.

Ausfuhren nach China steigen deutlich

Fast ein Drittel der Ausfuhren gingen in Länder außerhalb Europas, vor allem nach Asien und Amerika. Die Ausfuhren in asiatische Länder legten um 2,8 Prozent zu (Deutschland: +0,7 Prozent). Es wurden Waren im Wert von 7,8 Milliarden Euro auf den asiatischen Kontinent exportiert, was einem Anteil von 15 Prozent an den rheinland-pfälzischen Ausfuhren entspricht. Der mit Abstand wichtigste Handelspartner in Asien ist die Volksrepublik China, die unter allen Abnehmerländern den neunten Rang belegt. Die Exporte nach China stiegen deutlich um 7,4 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro. Dieser Zuwachs ist in erster Linie auf die starke Steigerung des Absatzes von Kraftwagen und Kraftwagenteilen zurückzuführen (+25 Prozent). Die Ausfuhren nach Japan lagen ebenfalls über dem Vorjahresniveau (+1,4 Prozent), während die Lieferungen in die Republik Korea deutlich zurückgingen (–11 Prozent).

Exporte in die USA rückläufig

Die Exporte in die Länder auf dem amerikanischen Kontinent verringerten sich um 1,6 Prozent (Deutschland: +4 Prozent). Nach Amerika wurden Waren im Wert von 7,5 Milliarden Euro geliefert; das waren 14 Prozent der rheinland-pfälzischen Ausfuhren. Der bedeutendste Handelspartner auf dem amerikanischen Kontinent und zugleich das zweitwichtigste Abnehmerland für Waren aus Rheinland-Pfalz sind die USA. Die Exporte in die Vereinigten Staaten schrumpften um 2,7 Prozent auf 5,2 Milliarden Euro. Dieses Minus ist fast vollständig auf den Rückgang bei der Ausfuhr Pharmazeutischer Erzeugnisse zurückzuführen (–12 Prozent), die allerdings im Jahr zuvor stark zugelegt hatte. Unter den Zielländern auf dem amerikanischen Kontinent folgen Brasilien und Mexiko an zweiter und dritter Stelle; die Ausfuhren dorthin erhöhten sich deutlich.

Ausfuhren in afrikanische Länder steigen

Die Kontinente Afrika sowie Australien und Ozeanien haben als Zielregionen für rheinland-pfälzische Exporte nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung (Anteile 2,8 bzw. 0,9 Prozent). Die Ausfuhren in afrikanische Länder stiegen um sechs Prozent, während die Lieferungen nach Australien und Ozeanien um 24 Prozent abnahmen (Deutschland: +5,4 bzw. –8,7 Prozent).

Importe deutlich gesunken

Der Wert der Einfuhren nach Rheinland-Pfalz ist 2019 ebenfalls deutlich gesunken. Am stärksten nahmen die Konsumgüterimporte ab, die im Vorjahr noch besonders kräftig gewachsen waren. Aber auch die Einfuhr von Vorleistungsgütern fiel wesentlich geringer aus als im Jahr zuvor. Der Wert der Importe ist erheblich niedriger als der Wert der aus Rheinland-Pfalz exportierten Waren. Bei den Importen haben die EU-Länder einen noch höheren Stellenwert als im Exportgeschäft. Der wichtigste Handelspartner außerhalb Europas ist die Volksrepublik China, die 2019 die USA überholte und hinter Frankreich und den Niederlanden unter den Lieferländern Rang drei belegte.

Wert der Importe um 13 Prozent geringer als 2018

Im Jahr 2019 wurden Waren im Wert von 39,4 Milliarden Euro nach Rheinland-Pfalz importiert; das waren 6,1 Milliarden Euro weniger als 2018. Dem starken Rückgang um 13 Prozent waren allerdings zwei Jahre mit außergewöhnlich kräftigen Zuwächsen vorausgegangen (2018: +13 Prozent; 2017: +17 Prozent). Die Einfuhren nach Deutschland sind 2019 hingegen leicht gestiegen (+1,4 Prozent).

Im ersten Quartal 2019 lagen die rheinland-pfälzischen Importe vier Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. In den folgenden Quartalen waren zweistellige prozentuale Rückgänge gegenüber den jeweiligen Vorjahresquartalen zu verzeichnen.

Besonders kräftiger Rückgang bei den Konsumgüterimporten

Besonders kräftig fielen die rheinland-pfälzischen Konsumgüterimporte (–34 Prozent; Deutschland: +2 Prozent).[2] Ein Grund dafür ist der starke Rückgang der Einfuhren „Pharmazeutischer Grundstoffe" (–79 Prozent), die allerdings im Vorjahr besonders hoch gewesen waren. Der Wert der importierten „Pharmazeutischen Spezialitäten" sank ebenfalls deutlich (–47 Prozent). Konsumgüter machten 2019 mit 7,3 Milliarden Euro rund 19 Prozent der Einfuhren aus.

Vorleistungsgüterimporte sinken deutlich

Vorleistungsgüter (einschließlich Energie) hatten einen Anteil von 41 Prozent an den Importen. Auch ihre Einfuhr verringerte sich deutlich; sie nahm um 13 Prozent auf 16,2 Milliarden Euro ab (Deutschland: –3,4 Prozent). Dies ist unter anderem auf den Rückgang der Importe von „Chemischen Grundstoffen, Düngemitteln, Stickstoffverbindungen, Kunststoffen in Primärformen" zurückzuführen, die mit einem Anteil von elf Prozent an den gesamten Einfuhren das wichtigste Importgut für die rheinland-pfälzische Industrie sind. Ihr Wert fiel um 27 Prozent, was aber zum Teil durch niedrigere Einfuhrpreise zu erklären ist.

Vergleichsweise leichter Rückgang der Investitionsgüterimporte

Die Einfuhr von Investitionsgütern schrumpfte nicht so stark wie die von Konsum- und Vorleistungsgütern (–4,5 Prozent; Deutschland: +3,2 Prozent). Investitionsgüter machten mit 10,7 Milliarden Euro 27 Prozent der Importe aus. Kraftwagen und Kraftwagenmotoren trugen 6,3 Prozent zu den gesamten Einfuhren bei und sind das zweitwichtigste Importgut; ihr Wert stieg um 17 Prozent. Die Lieferungen von Zubehör für Kraftwagen lagen hingegen deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Importe aus der Eurozone sinken besonders stark

Zwei Drittel der Importe kommen aus der EU

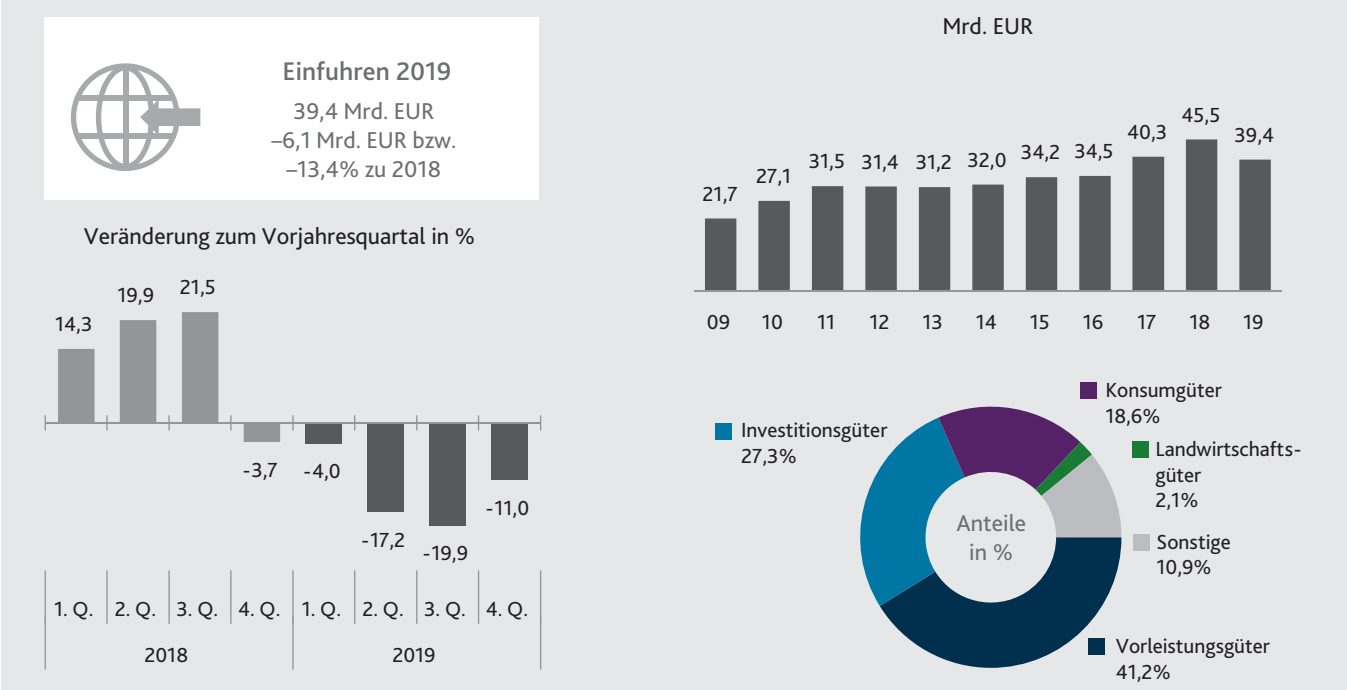
Aus den meisten Weltregionen wurde 2019 weniger importiert als im Vorjahr. Aus europäischen Ländern gelangten Waren im Wert von 29,2 Milliarden Euro nach Rheinland-Pfalz, was einem Rückgang um 16 Prozent entspricht (Deutschland: +0,4 Prozent). Ein großer Teil dieser Lieferungen kam aus der EU: Die Einfuhren von dort beliefen sich auf 26,2 Milliarden Euro; das sind zwei Drittel der gesamten rheinland-pfälzischen Importe. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Lieferungen aus der EU um 17 Prozent ab (Deutschland: +1,3 Prozent).

Vier der fünf wichtigsten Handelspartner sind Teil der Eurozone

Besonders stark schrumpften die Importe aus der Eurozone. Sie fielen mit 19,9 Milliarden Euro um 19 Prozent geringer aus als 2018 (Deutschland: +0,8 Prozent). Aus dem Euroraum kommt etwa die Hälfte aller rheinland-pfälzischen Einfuhren. Vier der fünf wichtigsten Handelspartner im Importgeschäft – Frankreich, die Niederlande, Belgien und Italien – gehören zur Eurozone. Die Lieferungen aus Italien, die im Vorjahr außergewöhnlich kräftig gestiegen waren, nahmen deutlich ab (–47 Prozent). Der Grund ist das starke Minus bei der Einfuhr Pharmazeutischer Erzeugnisse, die 2018 zu dem außerordentlich hohen Importvolumen beigetragen hatten. Italien fiel dadurch vom

2 Die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist durch die Umstellung auf das neue Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2019 (GP 2019) eingeschränkt. Bei Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgütern sind die Auswirkungen dieser methodischen Änderung auf der Ebene der Hauptgruppen jedoch für Rheinland-Pfalz relativ gering, sodass die grundsätzlichen Aussagen zu den Entwicklungstendenzen davon unberührt bleiben. Vorjahresvergleiche für einzelne Gütergruppen werden nur dann dargestellt, wenn diese Gütergruppen von der Änderung der Klassifikation nicht betroffen sind.

G3 Einfuhren 2019 nach Quartalen und Güterhauptgruppen



ersten Platz in der Rangliste der wichtigsten Handelspartner auf den fünften Rang zurück. Frankreich rückte wieder auf Platz eins vor, obwohl auch die Lieferungen aus dem Nachbarland unter dem Niveau des Vorjahres lagen (–6 Prozent). Dieser Rückgang betraf zahlreiche Warengruppen, unter anderem Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie Maschinen. Die Importe aus den Niederlanden und aus Belgien, die unter den Handelspartnern Rang zwei und vier belegten, verringerten sich ebenfalls. Aus beiden Ländern wurden wesentlich weniger Chemische Erzeugnisse eingeführt als im Vorjahr, und bei den Importen aus den Niederlanden schlug außerdem ein starker Rückgang der Lieferung Pharmazeutischer Erzeugnisse zu Buche.

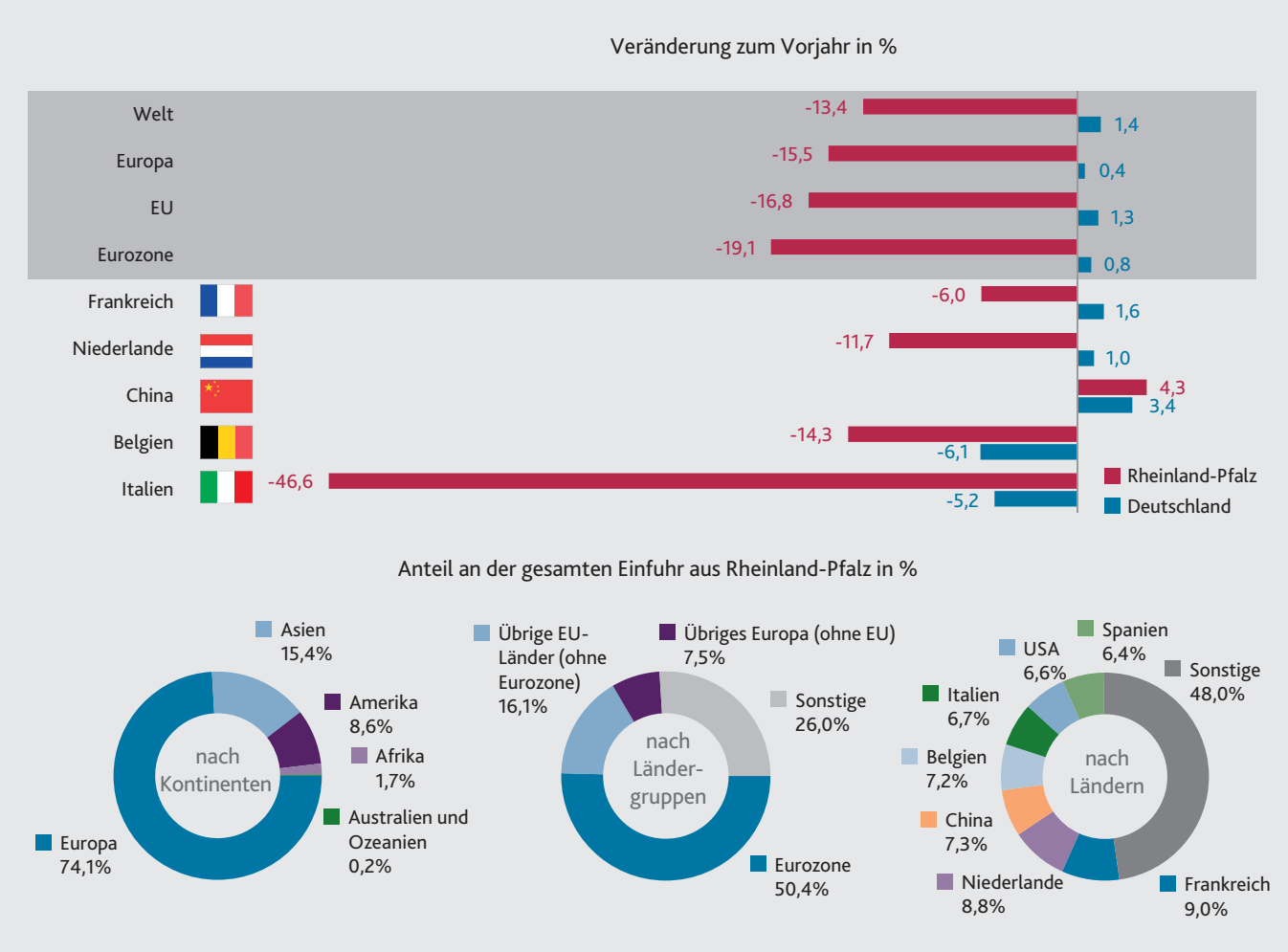
Rund 16 Prozent der rheinland-pfälzischen Importe stammen aus EU-Ländern außerhalb des Euroraums. Auch die Einfuhren aus dieser Ländergruppe waren 2019 rückläufig.

Einfuhren aus EU-Ländern außerhalb der Eurozone schrumpfen um 8,5 Prozent

Sie schrumpften um 8,5 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro (Deutschland: +2,1 Prozent). Dies ist in erster Linie auf deutliche Einbußen bei den Lieferungen aus dem Vereinigten Königreich, aus der Tschechischen Republik und aus Schweden zurückzuführen, deren Werte jeweils mit zweistelliger Rate sanken.Inwieweit der Rückgang der Importe aus dem Vereinigten Königreich mit dem „Brexit“ zusammenhängt, lässt sich nicht feststellen. Allerdings hat das Britische Pfund 2019 gegenüber dem Euro wieder leicht an Wert gewonnen, was Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich in die Eurozone tendenziell verteuert hat. Der wichtigste Handelspartner unter den EU-Ländern außerhalb der Eurozone ist Polen. Der Wert der von dort importierten Waren nahm um 3,3 Prozent zu.

Relativ gering fiel das Minus bei den Einfuhren aus europäischen Ländern außerhalb der EU aus. Sie nahmen um 2,5 Prozent

G4 Einfuhren nach Rheinland-Pfalz und nach Deutschland 2019 nach ausgewählten Ländergruppen und Ländern



Starker Rückgang der Einfuhren aus der Russischen Föderation

auf drei Milliarden Euro ab (Deutschland: –3,9 Prozent). An den rheinland-pfälzischen Importen hatten diese Länder einen Anteil von 7,5 Prozent. Die Schweiz ist in dieser Ländergruppe der wichtigste Handelspartner. Die Importe aus der Eidgenossenschaft erhöhten sich um 3,1 Prozent. Die Einfuhren aus der Türkei legten ebenfalls zu (+2,2 Prozent). Aus der Russischen Föderation wurden hingegen wesentlich weniger Waren importiert als 2018 (–35 Prozent), was auf den starken Rückgang bei der Einfuhr von Kokereierzeugnissen zurückzuführen ist.

China auf der Importseite drittwichtigster Handelspartner

Gut ein Viertel der rheinland-pfälzischen Importe kommt aus Ländern außerhalb Europas. Rund 15 Prozent der Einfuhren stammen aus asiatischen Ländern. Auch auf der Importseite ist China für die rheinland-pfälzischen Unternehmen der wichtigste Handelspartner in Asien. Im Jahr 2019 trug die Volksrepublik 7,3 Prozent zu den rheinland-pfälzischen Importen bei. Die Lieferungen aus China stiegen um 4,3 Prozent. In der Rangliste der wichtigsten Handelspartner rückte das Land vom siebten auf den dritten Rang vor. Der Wert der Einfuhren aus China ist größer als der Wert der dorthin gelieferten Waren. Diese

Differenz hat sich 2019 weiter verringert, da die Exporte stärker zulegten als die Importe.

USA fällt auf Platz sechs der Rangliste der Handelspartner zurück

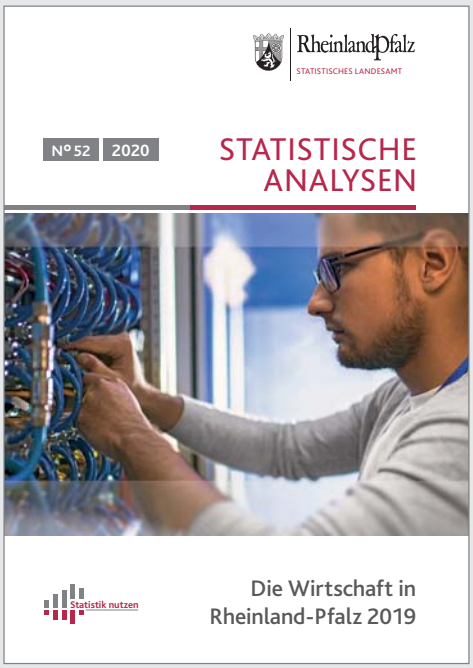
Warenlieferungen vom amerikanischen Kontinent machten 8,6 Prozent der Einfuhren aus. Der Großteil davon kam aus den USA mit einem Anteil von 6,6 Prozent an allen rheinland-pfälzischen Importen. Der Wert der Einfuhren aus den Vereinigten Staaten ist um neun Prozent gesunken, sodass das Land vom fünften auf den sechsten Rang zurückfiel. Ein wesentlicher Grund für den Rückgang ist das starke Minus bei der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Insbesondere die Importe von Sojabohnen, die im Vorjahr stark zugelegt hatten, schrumpften kräftig. Die Einfuhren von Maschinen und „Sonstigen Fahrzeugen" fielen ebenfalls geringer aus als 2018. Aus den USA werden weniger Waren eingeführt als dorthin geliefert werden. Da die Importe aus den Vereinigten Staaten stärker sanken als die Exporte, hat sich der Abstand zwischen dem Wert der Aus- und Einfuhr 2019 vergrößert.

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Analysen Wirtschaft".

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2019

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2019 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2019". Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

In dieser Ausgabe und in den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatsheftes werden weitere Ergebnisse aus der Analyse vorgestellt.



Menschen mit Schwerbehinderung 2019

Aktuelle Ergebnisse für Rheinland-Pfalz

Von Markus Elz

In Rheinland-Pfalz lebten Ende 2019 rund 303 200 Menschen mit gültigem Schwerbehindertenausweis; das waren rund 7,4 Prozent der Bevölkerung. Zwei Drittel der erfassten Personen waren 60 Jahre und älter. Männer sind häufiger betroffen als Frauen. Zudem gibt es regionale Unterschiede hinsichtlich des Anteils schwerbehinderter Menschen in der Bevölkerung. Der folgende Beitrag beschreibt die neuesten Landesergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

Erfassung schwerbehinderter Menschen in der amtlichen Statistik

Nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) gelten Menschen als behindert, die in ihrer körperlichen Funktion, geistigen Fähigkeit oder seelischen Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und deren Teilhabe am Leben in der Gesellschaft daher beeinträchtigt ist.

Zweijährige Vollerhebung als Grundlage für sozialpolitische Planung und Forschung

Die Statistik der schwerbehinderten Menschen ist die wichtigste Quelle der amtlichen Statistik, um Aussagen über die zeitliche Entwicklung der Anzahl schwerbehinderter Menschen zu treffen. Die Statistik liefert alle zwei Jahre als Vollerhebung Daten zu Art und Ursache der Behinderung in vergleichsweise hoher Detailliertheit und dient somit als eine wichtige Beurteilungsgrundlage für die sozialpolitische Planung, wie der Durchführung von Maßnahmen oder der Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises. Zu den Hauptnutzern gehören die fachlich zuständigen Ministerien auf Bundes- und Länderebene. Darüber hinaus werden die Daten u. a. im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Bundes und der Länder (GBE) sowie von Forschungsinstituten, Universitäten oder Versicherungen genutzt. Da nur Personen mit einem zum Stichtag gültigen Schwerbehindertenausweis für die Statistik gemeldet werden, ist von einer Untererfassung hinsichtlich der tatsächlichen Gesamtzahl aller Schwerbehinderten in Rheinland-Pfalz auszugehen.[1]

1 Die Gesamtzahl der schwerbehinderten Menschen ohne Rücksicht auf die Ausweisgültigkeit belief sich zum Zeitpunkt der vorliegenden Bestandsauswertung laut Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung auf 425 876 Fälle.

Grundlagen und Methodik

Die Bundesstatistik der schwerbehinderten Menschen wird seit 1979 in zweijährigem Abstand auf Grundlage des § 131 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) als Vollerhebung zum Stichtag 31. Dezember durchgeführt. Die Erhebung dient der Bereitstellung von Grundsatzinformationen für die sozialpolitische Planung.

Erhoben werden Daten zu schwerbehinderten Menschen mit Wohnsitz bzw. gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland, die einen gültigen Schwerbehindertenausweis besitzen:

- die Zahl schwerbehinderter Menschen mit gültigem Ausweis
- Geburtsjahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnort
- Art, Ursache und Grad der Behinderung

Die Daten werden dem Statistischen Landesamt in anonymisierter und ausschließlich elektronischer Form vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung gemeldet. Zuvor wird ein Abgleich der Zahlen mit den Dateien der Meldebehörden vorgenommen, um den Datenbestand um solche Fälle zu bereinigen, in denen Schwerbehinderte zwischenzeitlich verstorben oder nicht mehr in Rheinland-Pfalz gemeldet sind.

Die **Art der Behinderung** wird anhand von insgesamt 55 Kategorien erfasst, die sich an der Erscheinungsform der Behinderung und der durch sie bestimmten Funktionseinschränkung orientiert.

Als **Ursachen der Behinderung** gelten u. a. angeborene Behinderungen, Unfälle sowie Kriegs-, Wehr- und Zivildienstschäden.

Die Auswirkungen auf die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft werden von den Versorgungsämtern als **Grad der Behinderung (GdB)** nach Zehnergraden (20 – 100) abgestuft festgestellt. Eine **Schwerbehinderung** liegt ab einem GdB von 50 vor.

Ergänzung um jährliche Daten aus dem Mikrozensus

Ergänzend ermöglichen die Haushaltsbefragungen im Rahmen des Mikrozensus eine Beschreibung der Lebenslagen schwerbehinderter Menschen in deren Familien-, Haushalts- und Erwerbstätigkeitszusammenhang. Entsprechende Daten werden jährlich auf Stichprobenbasis erhoben. Der nachfolgende Beitrag beschreibt ausschließlich die neuesten Ergebnisse der Schwerbehindertenstatistik.

Zeitliche Entwicklung

Ende 2019 lebten in Rheinland-Pfalz rund 303 200 Menschen mit gültigem Schwerbehindertenausweis; das waren 7,4 Prozent der Bevölkerung. Gegenüber der Vorerhebung im Jahr 2017 ist deren Zahl somit um 13 600 Personen bzw. 4,3 Prozent gesunken.

Langfristig weniger Personen mit gültigem Schwerbehindertenausweis

Betrachtet man die langfristige Entwicklung der absoluten Zahl anerkannter schwerbehinderter Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten, ist eine rückläufige Tendenz bei der Anzahl der gemeldeten Personen zu beobachten.

Im Jahr 2003 wurde mit 334 400 Personen ein Höhepunkt im Betrachtungszeitraum erreicht; seither ist dieser Wert – trotz zwi-

schenzeitlichem Anstieg – um 31 200 Personen bzw. 9,3 Prozent zurückgegangen. In den letzten zehn Jahren ging die Zahl der Schwerbehinderten um 14 200 bzw. 4,5 Prozent zurück.

Diverse Faktoren als mögliche Ursache dieser Entwicklung

Um den zeitlichen Verlauf besser einordnen zu können, sollten nach Möglichkeit sämtliche Faktoren berücksichtigt werden, die die Anzahl gemeldeter Schwerbehinderter beeinflussen. Zum einen wäre es denkbar, dass sich der Wert alleine aufgrund einer Zu- bzw. Abnahme der absoluten Bevölkerungszahl (Geburten, Sterbefälle, Wanderungsbewegungen) verändert. Darüber hinaus sind Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung zu berücksichtigen, soweit gewisse Formen von Behinderungen sowie das grundsätzliche Risiko für deren Auftreten mit dem Lebensalter korrelieren.

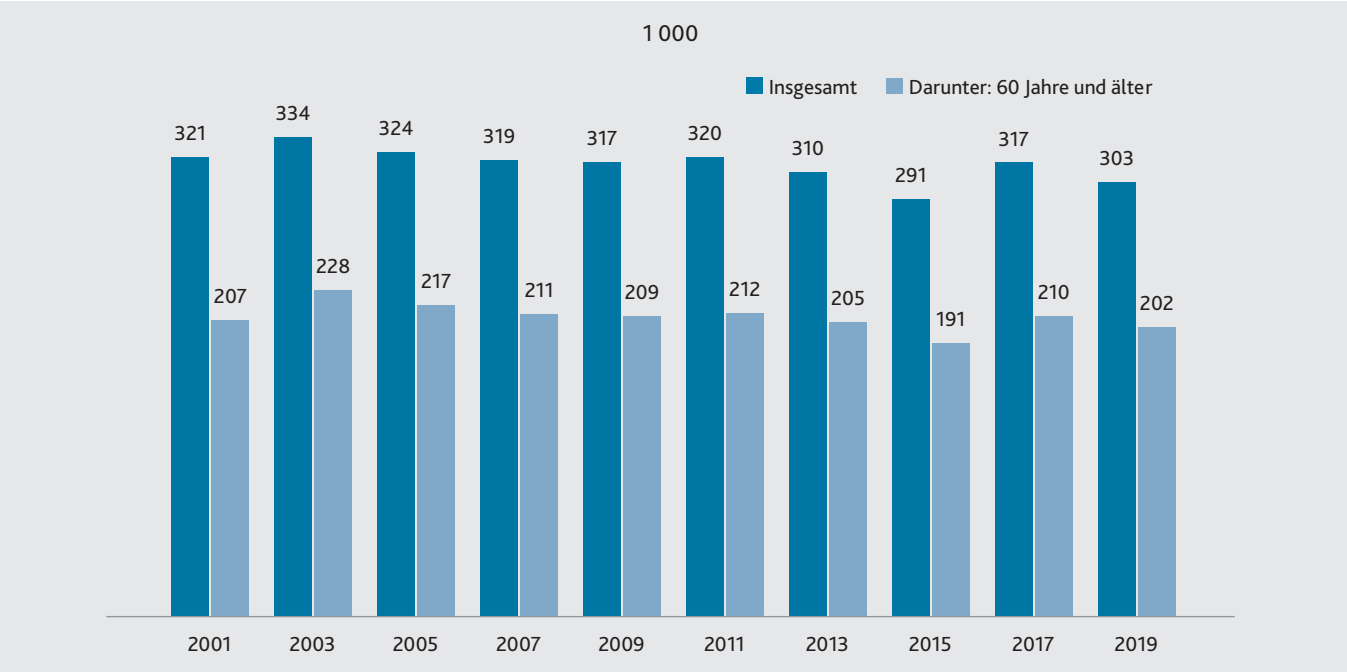
Diese Aspekte können über die Berechnung von altersstandardisierten Schwerbehindertenquoten erfasst werden. Dieses Verfahren ermöglicht ein Herausrechnen der Veränderungen in der Altersstruktur, indem die Zahl der Schwerbehinderten nach Alter differenziert auf eine einheitliche so genannte Standardbevölkerung bezogen wird.[2] Die hieraus abgeleitete standardisierte Schwerbehindertenrate lag im Jahr 2019 bei 7 017 schwerbehinderten Personen je 100 000 Einwohner und damit um 5,2 Prozent niedriger als der Wert der Vorerhebung. Gegenüber dem Berichtsjahr 2009 ist sogar ein Rückgang von 13 Prozent zu verzeichnen.

Berücksichtigung demografischer Effekte über Altersstandardisierung

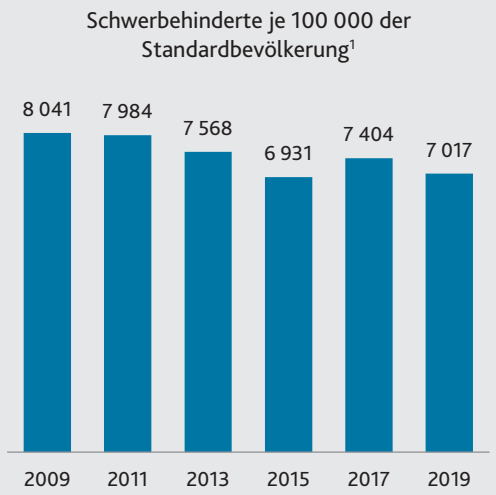
Die Ergebnisse legen nahe, dass der Rückgang der Anzahl von Personen mit gültigem Schwerbehindertenausweis nicht alleine von

2 In Anlehnung an die Gesundheitsberichterstattung wurde bei der Ermittlung der standardisierten Schwerbehindertenraten als Standardbevölkerung die im Zensusjahr 2011 festgestellte durchschnittliche Bevölkerung Deutschlands verwendet. Aufgrund der zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrages noch nicht veröffentlichten Bevölkerungszahlen zum 31.12.2019 wurde ersatzweise auf die Zahlen zum 31.12.2018 zurückgegriffen.

G1 Schwerbehinderte 2001–2019 nach Alter

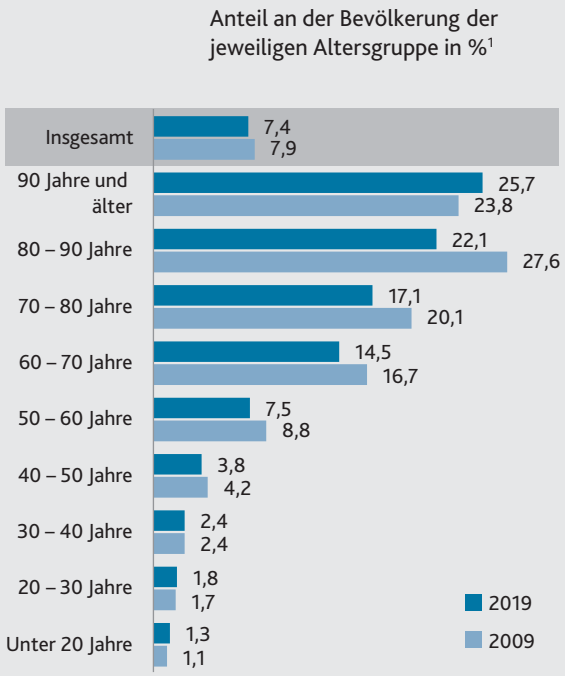


G2 Standardisierte Schwerbehindertenraten 2009–2019



1 Standardbevölkerung Deutschland 2011; Berechnungen 2019 auf Basis der Bevölkerungszahlen zum 31.12.2018.

G3 Schwerbehindertenquoten 2009 und 2019 nach Alter



1 Bevölkerung zum 31.12.2009 bzw. 31.12.2018 (Daten für 2019 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Beitrages noch nicht vor).

demografischen Effekten verursacht wurde. Möglicherweise hat der medizinische Fortschritt oder eine gesündere Lebensweise dazu beigetragen, dass weniger Krankheitsverläufe in Einschränkungen resultieren, die als Schwerbehinderung einzustufen sind. Zudem könnten sich auch im Zeitablauf verbesserte Verfahren und Techniken im Bereich der Unfallprävention oder Verkehrssicherheit günstig auswirken.

Weniger Schwerbehinderungen infolge besserer Prävention?

Auch eine Verhaltensänderung in der Bevölkerung käme als Ursache für den Rückgang der Schwerbehindertenzahlen grundsätzlich in Betracht, wenn Betroffene seltener von ihrem Recht Gebrauch machen, einen Ausweis zu beantragen. Zudem wäre es möglich, dass die zuständigen Behörden Grade der Behinderung ab 50 seltener bewilligen, weil sich beispielsweise die dafür relevanten Grundsätze in der für die Einstufung maßgeblichen Versorgungsmedizin-Verordnung geändert haben.

Geändertes Antrags- und Bescheinigungsverhalten?

Die Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen bieten ein gutes Ausgangsmaterial, um gewisse Zusammenhänge und Entwicklungen aufzuzeigen, deren weitere Analyse lohnenswert ist. Für eine wissenschaftliche Beurteilung von Ursache-Wirkungs-Beziehungen sind jedoch zusätzlich Datenquellen – beispielsweise aus wissenschaftlichen Studien – heranzuziehen bzw. ergänzende Daten künftig zu erheben.

Amtliche Statistik bietet Ausgangspunkt für weiterführende Analysen

Schwerbehinderung nach Alter

Eine Differenzierung nach dem Alter zeigt, dass überwiegend ältere Menschen von einer Schwerbehinderung betroffen sind: Ende 2019 waren zwei Drittel der Schwerbehinderten 60 Jahre oder älter; 40 Prozent hatten bereits das 70. Lebensjahr vollendet.

Zwei von drei schwerbehinderten Personen sind älter als 60 Jahre

Die Abhängigkeit vom Lebensalter wird durch eine Betrachtung der altersspezifischen Schwerbehindertenquoten noch deutlicher:

Bevölkerungsbezug bestätigt Abhängigkeit vom Lebensalter

Der Anteil der schwerbehinderten Menschen an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe steigt mit dem zunehmenden Lebensalter. Während die jeweilige Quote für sämtliche Altersgruppen unterhalb des 50. Lebensjahres deutlich unter fünf Prozent liegt, steigt die Wahrscheinlichkeit für eine Schwerbehinderung ab dem 50. Lebensjahr mit zunehmendem Alter. Unter den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern mit 90 und mehr Lebensjahren besitzt jede bzw. jeder Vierte einen gültigen Schwerbehindertenausweis.

Wahrscheinlichkeit für Schwerbehinderung im Alter sinkt tendenziell im Zeitverlauf

Ein Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2009 zeigt bei älteren Jahrgängen – abgesehen von den Personen ab einem Alter von 90 Jahren – rückläufige Trends bei den Schwerbehindertenquoten. Insbesondere für Personen zwischen dem 80. und 90. Lebensjahr ist dieser Wert innerhalb dieser zehn Jahre deutlich von 28 Prozent auf 22 Prozent gesunken; aber auch für die anderen Altersklassen ab dem 60. Lebensjahr ist diese Entwicklung in abgeschwächter Form beobachtbar.

Schwerbehinderung nach Geschlecht

Mehr schwerbehinderte Männer als Frauen

Ende 2019 wurden – wie in den Vorjahren – deutlich mehr Männer (161 200) als Frauen (142 000) in der Statistik schwerbehinderter Menschen gemeldet; dies entspricht einem Männeranteil von rund 53 Prozent. Im Vergleich zu 2009 ist die absolute Zahl der Männer (–7,8 Prozent) allerdings stärker gesunken als die der Frauen mit gültigem Schwerbehindertenausweis (–0,6 Prozent).

Nur geringe Geschlechterdifferenzen bei relativer Häufigkeit von Schwerbehinderungen in jungen Jahren

Mögliche Unterschiede der Geschlechterverteilung in der Bevölkerung lassen sich mittels geschlechterspezifischer Schwerbehindertenquoten berücksichtigen. Während der Anteil aller männlichen bzw. weiblichen Personen mit Schwerbehinderung an allen Männern bzw. Frauen in der Bevölkerung mit acht Prozent bzw. 6,9 Prozent noch vergleichsweise nahe zusammenliegt, liefert eine zusätzliche Gliederung nach Altersklassen zusätzliche Erkenntnisse über das Auftreten von Schwerbehinderungen in der Bevölkerung.

Demnach ist für beide Geschlechter das bereits beschriebene Muster zu beobachten, wonach die Schwerbehindertenquote mit zunehmendem Alter steigt. In den Altersgruppen bis 60 Jahre zeigt sich bei den Männern eine nur geringfügig höhere relative Betroffenheit.

Männer mit stärkerer Zunahme der relativen Betroffenheit im Alter als Frauen

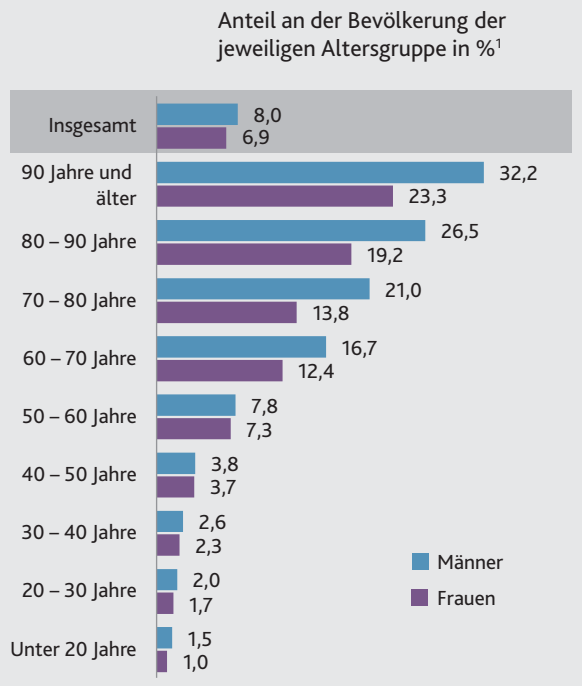
Darüber hinaus steigt diese in der männlichen Teilgruppe mit weiter fortschreitendem Alter jedoch deutlich stärker an als bei Frauen. Demnach hatten 17 Prozent der Männer, aber nur zwölf Prozent der Frauen zwischen 60 und 70 Jahren einen gültigen Schwerbehindertenausweis; in der Gruppe der Personen mit 90 und mehr Lebensjahren ist es jeder dritte Mann, aber nur jede vierte Frau.

Ursachen und Arten von Behinderungen

Behinderungen meist Folge von Krankheit; Tendenz steigend

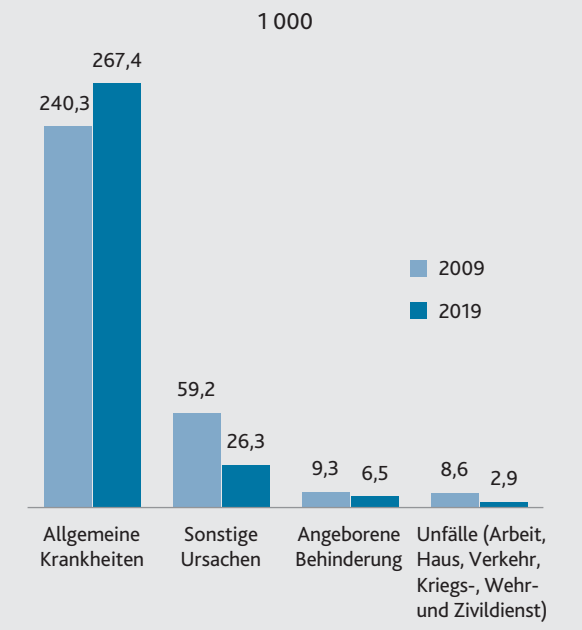
In 88 Prozent aller im Jahr 2019 gemeldeten Fälle (267 400 Personen) sind es die Folgen von allgemeinen Erkrankungen, zum Beispiel des Herz-Kreislauf-Systems oder des Stütz- und Bewegungsapparats, die ursächlich für die Behinderung sind; im Vergleich zum Jahr 2009 ist dies ein Anstieg um elf Prozent.

G4 Schwerbehinderte 2019 nach Alter und Geschlecht



1 Bevölkerung zum 31.12.2009 bzw. 31.12.2018 (Daten für 2019 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Beitrages noch nicht vor).

G5 Schwerbehinderte 2009 und 2019 nach Ursache der Behinderung



Weniger angeborene Schwerbehinderungen und Schwerbehinderungen aufgrund von Unfällen

Angeborene Behinderungen sind nur in 2,2 Prozent bzw. 6 550 Personen aller Fälle für eine Schwerbehinderung verantwortlich; ein Rückgang um fast 30 Prozent gegenüber 2009. Lediglich ein Prozent aller Meldungen (2 950) resultiert aus einem Unfall auf der Arbeit, im Haushalt, im Verkehr oder im Rahmen von Kriegs-, Wehr- oder Zivildienst; auch hier sind die Fallzahlen gegenüber der Erhebung 2009 deutlich rückläufig (–66 Prozent).

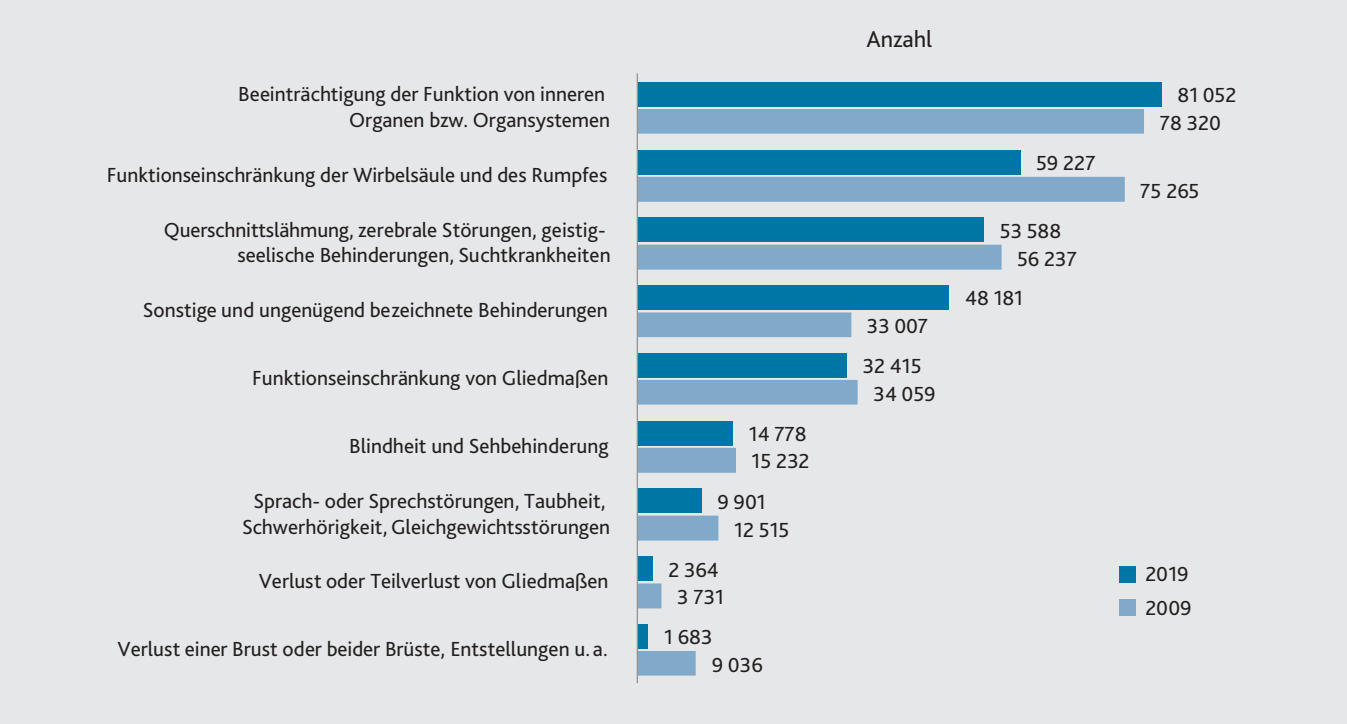
Unter der Kategorie „Sonstige Ursachen" werden die restlichen 8,7 Prozent aller Meldungen zusammenfasst. Hierunter fallen Selbstverletzung, Fälle unbekannter Ursache sowie Personen, bei denen die Ursachen mehreren der oben aufgeführten Kategorien zuzuordnen sind.

Systematik aus insgesamt 55 Behinderungsarten in neun Oberkategorien zusammengefasst.

Die Art der Behinderung wird anhand einer Systematik von insgesamt 55 Kategorien erfasst. Die Einteilung orientiert sich in erster Linie nicht an der für das Handicap ursächlichen Krankheitsdiagnose (z. B. Multiple Sklerose), sondern an der Erscheinungsform der Behinderung und der durch sie bestimmten Funktionseinschränkung (z. B. von Gliedmaßen, Organsystemen oder Sinnesorganen). Für eine bzw. einen Schwerbehinderten können dabei individuell bis zu drei Behinderungsarten erfasst werden. Die Einschränkungen werden in der Reihenfolge ihrer Schwere gemeldet und statistisch derjenigen Behinderungsart zugeordnet, die mit den stärksten Beeinträchtigungen verbunden ist.

In der nachfolgenden Betrachtung wurden sämtliche Behinderungsarten in neun Oberkategorien zusammengefasst. Häufigster Grund für die Anerkennung einer Schwerbehinderung waren im Jahr 2019 demnach Beeinträchtigungen der Funktion von

G6 Schwerbehinderte 2009 und 2019 nach Art der schwersten Behinderung



inneren Organen bzw. Organsystemen mit landesweit rund 81 100 Fällen bzw. einem Anteil von 27 Prozent.

Funktionseinschränkungen von inneren Organen häufigste Behinderungsart

Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes stellten mit insgesamt 59 200 Fällen bzw. einem Anteil von 19,5 Prozent die zweithäufigste Art der Schwerbehinderung dar. Schwerbehinderungen, die ihre Ursache in einer hirnorganischen Schädigung, einer psychischen Erkrankung oder Querschnittslähmung haben, betrafen fast 53 600 Menschen bzw. 18 Prozent der Gemeldeten. Personen mit Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen gab es rund 32 400 – dies entspricht einem Anteil von elf Prozent. Darüber hinaus litten 4,9 Prozent bzw. 14 800 Personen unter Blindheit oder Sehbehinderungen. In weiteren 9 900 Fällen bzw. drei Prozent wurden eine Schwerbehinderung infolge von Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit oder Gleichgewichtsstörungen festgestellt.

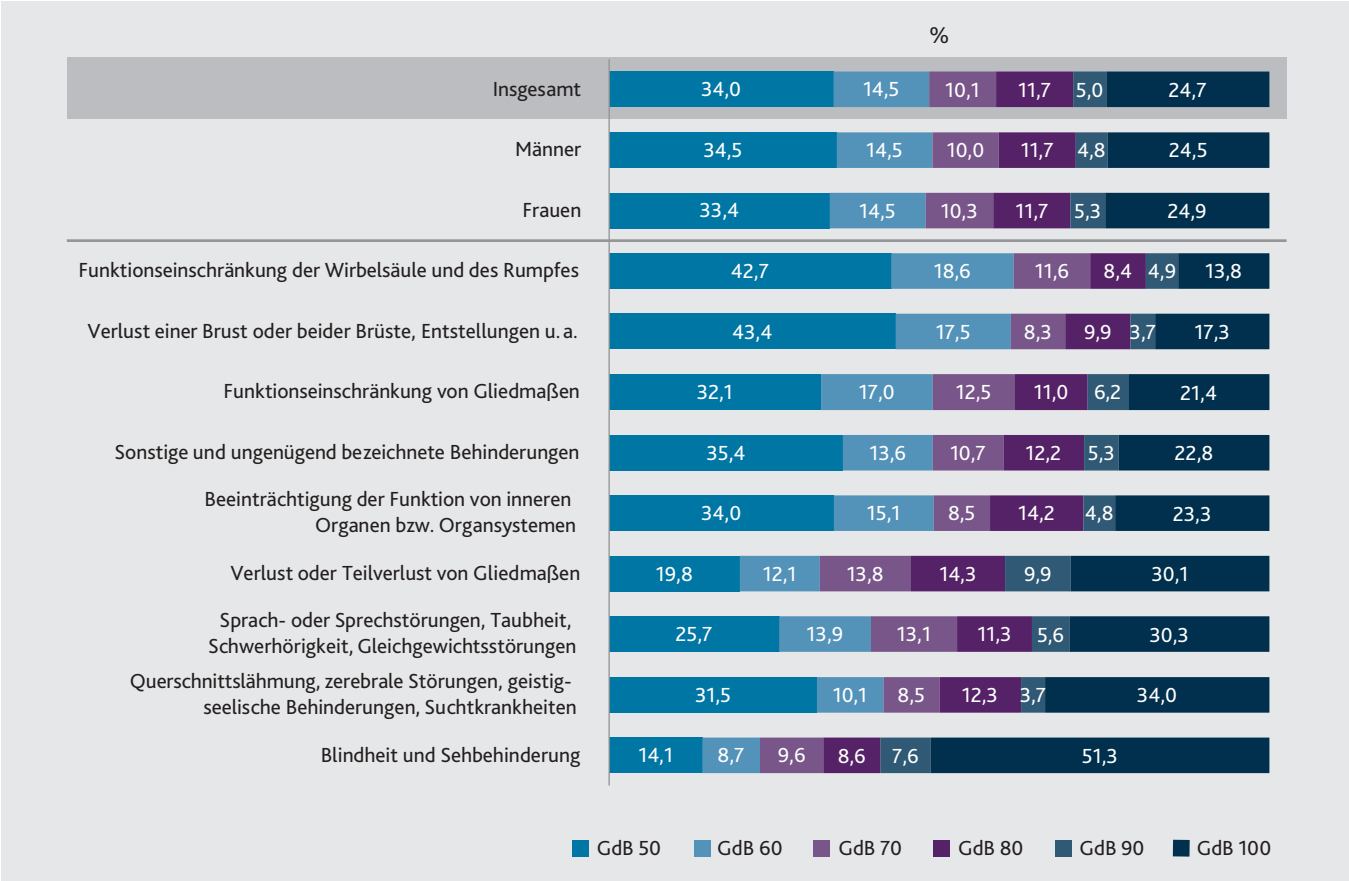
Grade der Schwerbehinderung

Niedrigster und höchster Grad der Behinderung werden – unabhängig des Geschlechts – am häufigsten vergeben

Eine Differenzierung nach dem Behinderungsgrad (GdB) zeigt, dass rund ein Drittel der schwerbehinderten Menschen (103 000) den für die Ausstellung eines Schwerbehindertenausweises mindestens erforderlichen Grad der Behinderung von 50 aufweisen. Jedem bzw. jeder vierten Betroffenen (74 800) wurde der höchste GdB 100 zugewiesen. Einstufungen bei den GdB 60, 70, 80 und 90 machen in der Summe somit lediglich rund 40 Prozent aller Fälle aus.

Setzt man die Anzahl aller Männer und Frauen, die dem jeweiligen Grad der Behinderung zugeordnet sind, ins Verhältnis zu allen Männern bzw. Frauen mit gültigem

G7 Schwerbehinderte 2019 nach Geschlecht, Art der schwersten Behinderung und Grad der Behinderung



Schwerbehindertenausweis, sind keine geschlechtsspezifischen Differenzen hinsichtlich der Zuordnung zu Behinderungsgraden erkennbar.

Deutliche Unterschiede zwischen Behinderungsarten bei Vergabe von Behinderungsgraden

Betrachtet man die relative Häufigkeit der einzelnen Behinderungsgrade in den neun Oberkategorien der Behinderungsarten, so sind deutliche Unterschiede festzustellen. Diese geben die unterschiedlich schwere Einschränkung der Teilhabe am Leben für die jeweiligen Behinderungsarten wider. Während beispielsweise Blindheit oder Sehbehinderungen in mehr als der Hälfte aller Fälle zu einer Einstufung in den GdB 100 führte, liegt dieser Anteil bei Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes bei lediglich 14 Prozent, während in diesem Fall mehr als 60 Prozent der Betroffenen einen GdB von lediglich 50 oder 60 zugewiesen wurde.

Regionale Unterschiede

Regionale Unterschiede in der absoluten Zahl der Schwerbehinderten sind in erster Linie auf unterschiedliche Bevölkerungsumfänge und Altersstrukturen zurückzuführen. Die Ermittlung und Quantifizierung regionaler Disparitäten auf der Kreisebene setzt deshalb – wie auch die Beurteilung der zeitlichen Entwicklung – die Berechnung altersstandardisierter Raten voraus.

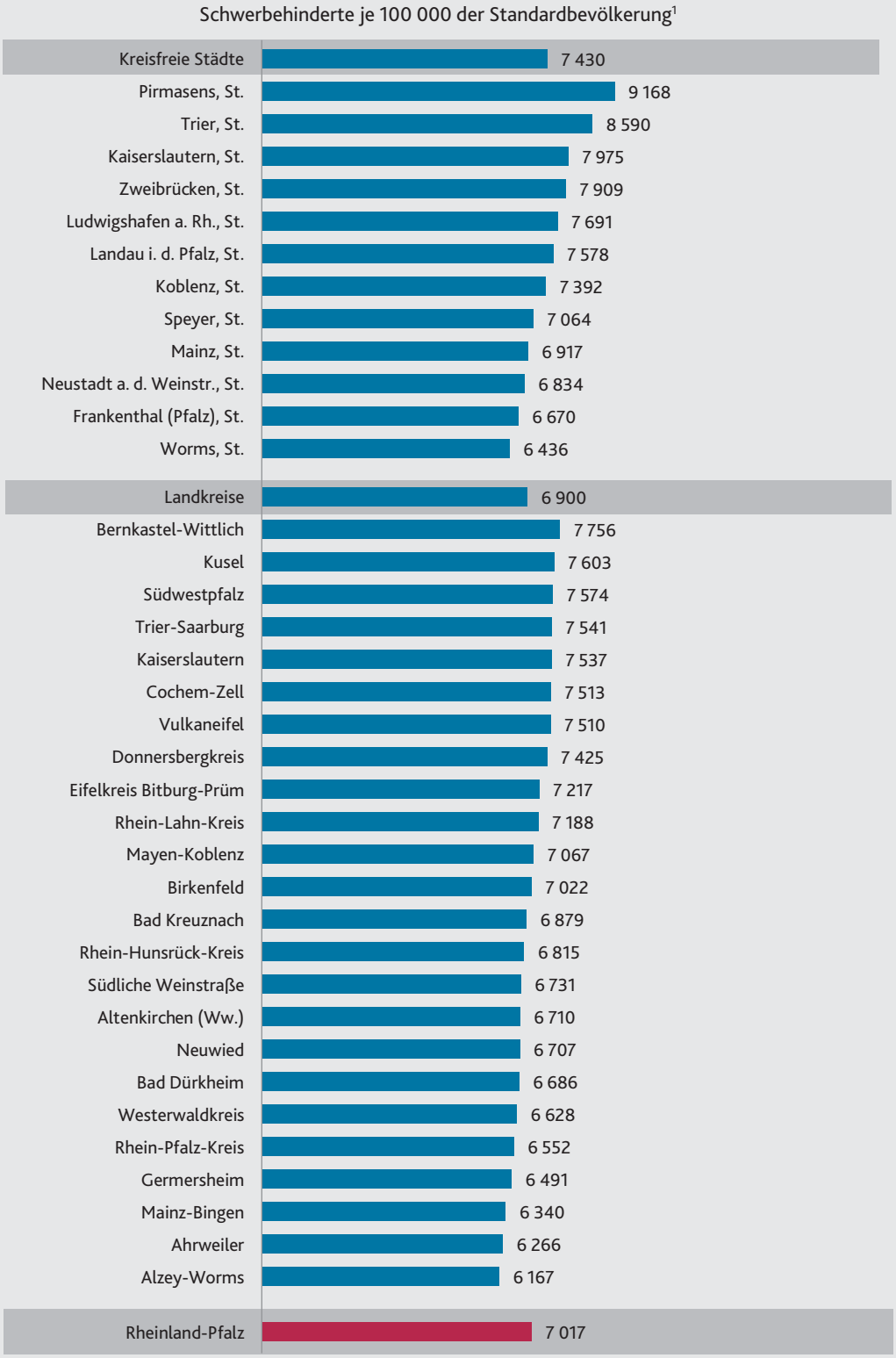
Im Landesdurchschnitt errechneten sich für das Jahr 2019 insgesamt 7 017 Schwerbehinderte je 100 000 Personen der Standardbe-

T1 Schwerbehinderte Menschen 2009, 2017 und 2019 nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	2009	2017	2019			
			Insgesamt	Anteil an Insgesamt	Veränderung zu	
					2009	2017
	Anzahl			%		
Insgesamt	317 402	316 764	303 189	100	-4,5	-4,3
männlich	174 502	169 216	161 192	53,2	-7,6	-4,7
weiblich	142 900	147 548	141 997	46,8	-0,6	-3,8
Nach Alter						
unter 20 Jahre	8 274	9 272	9 561	3,2	15,6	3,1
20 – 30 Jahre	8 132	9 355	8 903	2,9	9,5	-4,8
30 – 40 Jahre	11 298	11 953	11 959	3,9	5,9	0,1
40 – 50 Jahre	28 781	21 395	18 755	6,2	-34,8	-12,3
50 – 60 Jahre	51 503	55 198	51 993	17,1	1,0	-5,8
60 – 70 Jahre	72 070	80 227	78 653	25,9	9,1	-2,0
70 – 80 Jahre	78 023	67 130	62 336	20,6	-20,1	-7,1
80 – 90 Jahre	52 363	51 283	50 379	16,6	-3,8	-1,8
90 Jahre und älter	6 958	10 951	10 650	3,5	53,1	-2,7
Nach Art der schwersten Behinderung						
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	78 320	77 120	81 052	26,7	3,5	5,1
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes	75 265	80 331	59 227	19,5	-21,3	-26,3
Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten	56 237	48 053	53 588	17,7	-4,7	11,5
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen	33 007	37 720	48 181	15,9	46,0	27,7
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	34 059	41 101	32 415	10,7	-4,8	-21,1
Blindheit und Sehbehinderung	15 232	16 505	14 778	4,9	-3,0	-10,5
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	12 515	10 858	9 901	3,3	-20,9	-8,8
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	3 731	2 786	2 364	0,8	-36,6	-15,1
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	9 036	2 290	1 683	0,6	-81,4	-26,5
Nach Ursache der Behinderung						
Allgemeine Krankheiten	240 259	273 341	267 424	88,2	11,3	-2,2
Sonstige Ursachen[1]	59 193	32 612	26 271	8,7	-55,6	-19,4
Angeborene Behinderung	9 322	7 137	6 547	2,2	-29,8	-8,3
Unfälle (Arbeit, Haus, Verkehr, Kriegs-, Wehr- und Zivildienst)	8 628	3 674	2 947	1,0	-65,8	-19,8
Nach Grad der Behinderung (GdB)						
GdB 50	99 455	106 036	103 000	34,0	3,6	-2,9
GdB 60	49 983	46 496	43 990	14,5	-12,0	-5,4
GdB 70	34 191	32 125	30 730	10,1	-10,1	-4,3
GdB 80	35 975	36 206	35 402	11,7	-1,6	-2,2
GdB 90	15 970	15 759	15 263	5,0	-4,4	-3,1
GdB 100	81 828	80 142	74 804	24,7	-8,6	-6,7

1 Einschließlich Selbstverletzung, unbekannte Ursache und auf mehreren Ursachen beruhende Schwerbehinderung.

G8 Standardisierte Schwerbehindertenraten 2019 nach Verwaltungsbezirken



1 Standardbevölkerung Deutschland 2011 sowie Bevölkerungszahlen zum 31.12.2018.

Regionale Disparitäten auch nach Altersstandardisierung beobachtbar

völkerung (siehe auch G2 für die zeitliche Entwicklung der Größe). In den kreisfreien Städten (7 430 Personen) hatten – relativ betrachtet – überdurchschnittlich viele Menschen eine anerkannte Schwerbehinderung, während die Schwerbehindertenrate in den Landkreisen (6 900 Personen) leicht unter dem Landeswert lag.

Regional schwankte die Betroffenheit in Rheinland-Pfalz mit einer Spanne von rund 6 200 Personen im Landkreis Alzey-Worms bis zu 9 200 Personen in der kreisfreien Stadt Pirmasens deutlich. Eine mögliche Ursache für die regionalen Unterschiede könnte darin bestehen, dass schwerbehinderte Personen aufgrund der besseren Infrastruktur (u. a. behindertengerechter Wohnraum und Einrichtungen, medizinische Versorgung) vermehrt in urbanen Räumen leben. Aber auch regionale Besonderheiten hinsichtlich der sozioökonomischen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen bieten einen möglichen Erklärungsansatz. Diese Überlegungen können allerdings alleine auf Basis der Informationen der Statistik der schwerbehinderten Menschen nicht abschließend validiert werden.

Fazit

Die Statistik über schwerbehinderte Menschen liefert – getrennt nach Alter, Geschlecht und Region – differenzierte Daten über die verschiedenen Arten und Ursachen von Behinderungen und deren zeitliche Entwicklung. Zusammen mit den Informationen aus dem Mikrozensus über das sozioökonomische Umfeld von Menschen mit Behinderung bilden die Ergebnisse der Statistik über schwerbehinderte Menschen daher eine umfassende und qualitativ hochwertige Datengrundlage für die sozialpolitische Planung sowie als Ausgangspunkt für wissenschaftliche Fragestellungen und vertiefende Studien.

Markus Elz, Volkswirt M. Sc., leitet das Referat „Soziales, Gesundheit, Rechtspflege".

Frauen in der Kommunalpolitik

Ergebnisse der Paritätsstatistik zu den Kommunalwahlen 2019

Von Sebastian Fückel und Dr. Martin Jacobs

Der Anteil von Frauen in den kommunalen Vertretungskörperschaften erhöhte sich bei den Wahlen 2019 erneut. Gleichwohl liegt eine paritätische Mandatsverteilung noch in weiter Ferne. Das zeigen die Ergebnisse der Paritätsstatistik 2019. Von den Mandaten, die bei den Kommunalwahlen 2019 vergeben und für die Statistik ausgewertet wurden, entfallen 23,8 Prozent auf Frauen. Erstmals wurden auch Mehrheitswahlen in die Betrachtung einbezogen. Von den Sitzen, die bei Mehrheitswahlen mit einem Wahlvorschlag vergeben wurden, konnten Frauen gut ein Fünftel erringen. Bei den Verhältniswahlen liegt der Frauenanteil etwas höher als bei den Mehrheitswahlen; gegenüber 2014 ist er um 3,1 Prozentpunkte gewachsen. Ein Stadt-Land-Gefälle ist weiterhin vorhanden, hat sich aber etwas verringert. Zwischen verschiedenen Wahlvorschlagsträgern bestehen hinsichtlich der Frauenanteile deutliche Differenzen.

Die Paritätsstatistik

Gesetzliche Grundlage

Frauen sind bei der Mandatsverteilung in den kommunalen Vertretungskörperschaften unterrepräsentiert. Um Erkenntnisse über das Ausmaß und mögliche Ursachen der ungleichen Verteilung zwischen den Geschlechtern zu gewinnen, hat der rheinland-pfälzische Gesetzgeber die Erstellung einer Paritätsstatistik durch das Statistische Landesamt in § 73 Kommunalwahlgesetz verankert. Diese statistischen Auswertungen bilden die Grundlage für den Paritätsbericht, den die Landesregierung dem Landtag innerhalb eines Jahres nach der öffentlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses vorzulegen hat. Nach ihrer Einführung zu den Kommunalwahlen 2014 wurde die Paritätsstatistik zu den Kommunalwahlen 2019 zum zweiten Mal erstellt. Diesmal wurden auch die Mehrheitswahlen mit einem zugelassenen Wahlvorschlag in die Auswertung einbezogen.

Darstellung der Frauenanteile auf verschiedenen Stufen

Die Auswertungen der Paritätsstatistik stellen die Frauenanteile über den gesamten Aufstellungs- und Wahlprozess auf verschiedenen Stufen dar. Dies umfasst die Teilnahme an den Aufstellungsversammlungen, das Antreten für die Wahlen zur Besetzung der Listenplätze in den Versammlungen, die Ergebnisse der Listenaufstellung und schließlich die Wahl zu den kommunalen Vertretungskörperschaften durch die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger.

In der Auswertung enthaltene Wahlen

Personalisierte Verhältniswahlen und Mehrheitswahlen mit einem Wahlvorschlag

Die Paritätsstatistik zu den Kommunalwahlen 2019 umfasst nach dem Willen des Gesetzgebers diejenigen Wahlen, die als personalisierte Verhältniswahlen durchgeführt werden, sowie diejenigen Mehrheitswahlen, bei denen ein Wahlvorschlag zugelassen worden ist. Enthalten sind somit die Kreistagswahlen, die Verbandsgemeinderatswahlen sowie alle Gemeinde- und Stadtratswahlen, die nicht als Mehrheitswahl ohne Wahlvorschlag abgehalten wurden, darunter die Stadtratswahlen in den kreisfreien Städten und die Gemeinde- oder Stadtratswahlen in allen verbandsfreien Gemeinden.

In einer Reihe von Verbandsgemeinden fanden wegen Gebietsänderungen im Zuge der Kommunal- und Verwaltungsreform zum allgemeinen Kommunalwahltermin am 26. Mai 2019 keine Verbandsgemeinderatswahlen statt. Um ein möglichst vollständiges Bild von der Geschlechterparität bei Verbandsgemeinderatswahlen zeichnen zu können und die Vergleichbarkeit mit der Paritätsstatistik 2014 zu erhöhen, wurden in die Auswertungen zur Paritätsstatistik 2019 weitere Verbandsgemeinderatswahlen einbezogen, die von Anfang 2017 bis Oktober 2019 stattgefunden haben. Daten zu den letzten Verbandsgemeinderatswahlen liegen vor für 126 der insgesamt 129 Verbandsgemeinden, die am 1. Januar 2020 bestanden.

Bezirkstagswahl nicht mehr mit ausgewertet

Im Gegensatz zu 2014 geht die Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz nicht mehr in die Auswertungen zur Paritätsstatistik ein. Die Wahl zum Bezirkstag wird als Verhältniswahl mit starren Listen durchgeführt. Anders als bei den personalisierten Verhältniswahlen mit offenen Listen, welche in der Paritätsstatistik enthalten sind, haben die Wählerinnen und Wähler bei der Wahl zum Bezirkstag nicht die Möglichkeit, einzelne Bewerberinnen oder Bewerber gezielt durch ihre Stimmabgabe zu unterstützen und damit potenziell auch gezielt Frauen oder Männer in das Vertretungsgremium zu wählen. Bei den personalisierten Verhältniswahlen ist dies hingegen möglich durch die Stimmvergabe an einzelne Bewerberinnen und Bewerber, auch verteilt über mehrere Wahlvorschläge (sogenanntes „Panaschieren“), das Vereinigen von bis zu drei Stimmen auf einzelne Bewerberinnen und Bewerber (sogenanntes „Kumulieren“) sowie das Ankreuzen eines Wahlvorschlags in Verbindung mit dem Streichen einzelner Personen von der Wahlvorschlagsliste, die dadurch bei der Stimmzuteilung unberücksichtigt bleiben.

Erstmals auch Mehrheitswahlen berücksichtigt

Erstmals wurden für die Paritätsstatistik auch Mehrheitswahlen ausgewertet. Während diejenigen Mehrheitswahlen, für die ein Wahlvorschlag zugelassen worden ist, einbezogen wurden, sind Mehrheitswahlen ohne einen Wahlvorschlag weiterhin nicht enthalten. Mit Blick auf die Intention der Paritätsstatistik, die Frauenanteile von der Teilnahme an den Aufstellungsversammlungen der Wahlvorschlagsträger bis hin zum Wahlergebnis zu betrachten, ist diese Unterscheidung konsequent. Die Aufnahme der Mehrheitswahlen mit einem Wahlvorschlag in die Paritätsstatistik folgt einer Empfehlung des 2015 erschienenen Ersten Paritätsberichts der Landesregierung.[1]

Datenstruktur

Daten zu 1 317 Wahlen ausgewertet

Das Datenmaterial zur Paritätsstatistik enthält Daten zu insgesamt 1 317 Wahlen auf kommunaler Ebene, die mit Datenstand

1 Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz, Drucksache 16/5288, S. 32.

März 2020 ausgewertet wurden. Diese untergliedern sich in 334 Mehrheitswahlen mit einem Wahlvorschlag und 983 Verhältniswahlen. Letztere unterteilen sich wiederum in 821 Gemeinde- und Stadtratswahlen (einschließlich kreisfreier Städte und verbandsfreier Gemeinden), 126 Verbandsgemeinderatswahlen und 24 Kreistagswahlen. Bei Verhältniswahlen existiert für jeden Wahlvorschlag ein eigener Datensatz. Daraus ergeben sich insgesamt 3 550 Datensätze zu den Verhältniswahlen. Jeder Datensatz enthält nach dem Geschlecht gegliederte Angaben über die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der jeweiligen Aufstellungsversammlung, der in der Versammlung angetretenen Personen, der aufgestellten Personen sowie der letztlich gewählten Bewerberinnen und Bewerber. Die Zahlen zu den Angetretenen, Aufgestellten und Gewählten sind zudem nach den beiden Hälften des Wahlvorschlags unterteilt.

Teilausfälle in 124 Datensätzen

In 124 Datensätzen sind nur Angaben zur Zahl der aufgestellten sowie der gewählten Bewerberinnen und Bewerber enthalten, während die Angaben zur Versammlungsteilnahme sowie zu den angetretenen Personen fehlen. In den Auswertungen zu den aufgestellten sowie den gewählten Bewerberinnen und Bewerbern sind diese Fälle mitberücksichtigt. Ausgeschlossen wurden sie hingegen, wenn die aufgestellten oder gewählten Personen ins Verhältnis zu den angetretenen Personen gesetzt wurden, um eine Überschätzung der Anteilswerte zu vermeiden. Die Ausfälle beruhen teilweise auf fehlenden Paritätsangaben in den Versammlungsprotokollen der Wahlvorschlagsträger, sind aber mehrheitlich darauf zurückzuführen, dass einzelne Kommunalverwaltungen die Daten zu den betreffenden Merkmalen nicht an das Statistische Landesamt übermittelt haben. Von einer Verzerrung der Ergebnisse durch diese Ausfälle, die die Aussagekraft der Paritätsstatistik 2019 beeinträchtigt, ist nicht auszugehen.

Überblick über die Ergebnisse

Chancen von Frauen in der Kommunalpolitik gestiegen

Die Ergebnisse der Paritätsstatistik zeigen, dass sich die Chancen von Frauen, ein Mandat zu erringen, im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2014 erhöht haben. Von einer ausgeglichenen Mandatsverteilung zwischen den Geschlechtern kann aber weiterhin keine Rede sein. Auf Frauen entfällt mit 23,8 Prozent nur knapp ein Viertel der Mandate, die bei den Kommunalwahlen 2019 vergeben wurden. Der Frauenanteil liegt bei den Mehrheitswahlen mit einem Wahlvorschlag niedriger als bei den Verhältniswahlen (20,7 bzw. 24,4 Prozent). Weil die Geschlechterparität bei den Mehrheitswahlen erstmals ausgewertet wurde, ist nur für die Verhältniswahlen ein Zeitvergleich möglich. Der Anteil der Frauen an den bei Verhältniswahlen Gewählten hat gegenüber den Kommunalwahlen 2014 um 3,1 Prozentpunkte zugenommen.

Frauenanteile im Aufstellungs- und Wahlprozess für Verhältniswahlen

Erhöhung der Frauenanteile auch auf vorangehenden Stufen

Auch auf den vorgelagerten Stufen des Aufstellungsprozesses haben sich die Frauenanteile bei Verhältniswahlen gegenüber 2014 leicht erhöht. Der Anteil betrug 2019 unter den Teilnehmerinnen und -teilnehmern der Aufstellungsversammlungen der Wahlvorschlagsträger 28 Prozent (+1,8 Prozentpunkte), unter den angetretenen Personen 29,1 Prozent (+1,8 Prozentpunkte) und unter den aufgestellten Personen ebenfalls 29,1 Prozent (+1,9 Prozentpunkte).

T1 Versammlungsteilnehmerinnen, angetretene, aufgestellte[1] und gewählte Bewerberinnen 2019 nach Verwaltungsebenen

Verwaltungsebene	Versammlungs-teilnehmerinnen	Angetretene Bewerberinnen	Aufgestellte Bewerberinnen	Gewählte Bewerberinnen
	Frauenanteil in %			
Gemeinde- und Stadträte	28,9	29,0	29,0	23,9
und zwar				
Große kreisangehörige Städte	29,6	34,2	34,4	29,5
Verbandsfreie Gemeinden	28,8	32,9	33,1	28,3
Verbandsgemeinderäte	24,8	26,8	26,9	23,5
Kreistage / Stadträte kfr. St.	28,8	33,2	33,2	30,9
Kreisfreie Städte	33,8	37,2	37,2	35,8
Landkreise	26,2	30,8	30,9	28,2
Verhältniswahlen	28,0	29,1	29,1	24,4
Mehrheitswahlen mit einem Wahlvorschlag	29,8	22,3	21,7	20,7
Insgesamt	28,2	28,7	28,7	23,8
	Veränderung zu 2014 in Prozentpunkten			
Gemeinde- und Stadträte	+1,8	+2,0	+2,1	+3,1
und zwar				
Große kreisangehörige Städte	-3,3	+1,3	+1,3	+2,9
Verbandsfreie Gemeinden	-2,1	+0,1	+0,5	+3,5
Verbandsgemeinderäte	+1,6	+1,1	+1,5	+3,2
Kreistage / Stadträte kfr. St.	+1,6	+1,5	+1,4	+2,8
Kreisfreie Städte	+2,4	+1,1	+0,5	+1,7
Landkreise	+0,8	+1,5	+1,8	+3,5
Verhältniswahlen	+1,8	+1,8	+1,9	+3,1
Mehrheitswahlen mit einem Wahlvorschlag	.	.	.	.
Insgesamt	.	.	.	.

1 Bei den Aufstellungsversammlungen der Wahlvorschlagsträger.

Geringer Frauenanteil bereits bei Versammlungsteilnahme

Bereits auf der ersten Stufe des Prozesses – der Teilnahme an den Aufstellungsversammlungen der Wahlvorschlagsträger – wird eine paritätische Geschlechterverteilung also deutlich verfehlt. Während der Frauenanteil auf den ersten drei der vier Stufen relativ konstant bleibt, sinkt er von der dritten auf die vierte Stufe. Dieses Muster zeigte sich schon in den Daten der Paritätsstatistik 2014 und wurde im Ersten Paritäts-

bericht der Landesregierung kommentiert.[2] Die Hauptursachen für die geringen Frauenanteile in den Kommunalparlamenten sind demnach bereits vor den Aufstellungsverfahren der Wahlvorschlagsträger zu suchen. Hier könnte etwa der Frauenanteil an den Mitgliedern der Parteien und Wählergruppen eine Rolle spielen. Daten hierzu werden im Rahmen der Paritätsstatistik nicht erhoben.

Gleiche Chancen bei der Aufstellung

Bei den verschiedenen Verfahrensstufen, die sich auf die Aufstellungsversammlungen der Wahlvorschlagsträger beziehen, ist aus den Daten für die Verhältniswahlen keine Chancenungleichheit zwischen Frauen und Männern erkennbar. Dies verdeutlichen die annähernd gleich hoch bleibenden Frauenanteile über die verschiedenen Stufen. Ein Großteil der Frauen wie auch der Männer, die an einer Versammlung teilnehmen, kandidiert für einen Platz auf der Wahlvorschlagsliste. Von diesen Kandidatinnen und Kandidaten werden wiederum nahezu alle auch aufgestellt.

Aufgestellte Frauen werden seltener gewählt

Allerdings werden aufgestellte Frauen von den Wählerinnen und Wählern relativ seltener in eine Vertretungskörperschaft gewählt als aufgestellte Männer. Von den in einer Wahlvorschlagsliste aufgestellten Frauen konnten 25,4 Prozent ein Mandat erringen; bei den Männern waren es hingegen 32,3 Prozent. Ein weiterer Grund für die ungleiche Mandatsverteilung liegt somit im Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger, die ihren Einfluss auf die konkrete personelle Zusammensetzung der Vertretungsgremien tendenziell zuungunsten von Frauen ausüben.[3]

Stärkste Zunahme des Frauenanteils bei Gewählten

Im Vergleich zu 2014 haben sich die beiden Ursachen für die ungleiche Mandatsverteilung abgeschwächt. Zum einen ist der Frauenanteil auf der ersten Stufe bei der Teilnahme an Aufstellungsversammlungen um 1,8 Prozentpunkte gewachsen. Zum anderen ist der Frauenanteil am stärksten auf der letzten Stufe – bei den Gewählten – gestiegen. Dies illustriert, dass sich die Chancen der aufgestellten Frauen, gewählt zu werden, verbessert haben. Der Anteil der gewählten an den aufgestellten Frauen hat gegenüber 2014 um 1,2 Prozentpunkte zugenommen. Der Anteil bei den Männern ist demgegenüber um einen Prozentpunkt zurückgegangen.

Anderes Muster bei Mehrheitswahlen

Mehrheitswahlen: Geringerer Frauenanteil bei Angetretenen, Aufgestellten und Gewählten

Bei den Mehrheitswahlen mit einem Wahlvorschlag zeigt sich ein anderes Muster als bei den Verhältniswahlen. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den Aufstellungsversammlungen für Mehrheitswahlen liegt der Frauenanteil bei 29,8 Prozent und damit etwas höher als bei den Verhältniswahlen. Unter den Angetretenen sackt aber der Anteil der Frauen auf 22,3 Prozent ab. Dafür bleibt er auf den beiden folgenden Stufen vergleichsweise stabil. Unter den aufgestellten Personen beträgt der Frauenanteil 21,7 Prozent und unter den gewählten Personen 20,7 Prozent. Im Ergebnis sind in Gemeinderäten, deren Zusammensetzung durch Mehrheitswahl mit einem Wahlvorschlag bestimmt wurde, anteilig weniger Frauen vertreten als in Gremien, die nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt wurden. Dies gilt auch dann noch, wenn man als Vergleichsmaßstab für die Mehrheitswahlen, die sämtlich Gemeinderatswahlen sind, nicht alle Verhältniswahlen, sondern nur diejenigen auf der Gemeindeebene heranzieht.

2 Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz, Drucksache 16/5288, S. 32ff.

3 Eine Untersuchung dieses Effekts anhand der Ergebnisse der Kommunalwahlen 2004 findet sich in: Der Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz am 13. Juni 2004. Auswertung des Wählerverhaltens. Bad Ems 2008.

Deutlich weniger Frauen treten in Aufstellungsversammlungen an

Sowohl im Niveau als auch in der Geschlechterdifferenz sind bei den Anteilswerten aufeinanderfolgender Stufen deutliche Unterschiede zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl festzustellen. Der Rückgang des Frauenanteils von der ersten zur zweiten Stufe folgt daraus, dass in den Aufstellungsversammlungen zu Mehrheitswahlen nur 39,8 Prozent der teilnehmenden Frauen, aber 58,8 Prozent der teilnehmenden Männer für einen Listenplatz antreten. Ein Einfluss des Wahlverhaltens auf die Frauenanteile ist auch bei den Mehrheitswahlen vorhanden, spielt hier aber im Vergleich zu den Verhältniswahlen eine geringere Rolle. Grob gesagt werden bei Mehrheitswahlen praktisch alle aufgestellten Frauen und Männer auch gewählt. Ein genauerer Blick offenbart jedoch, dass der Anteil der gewählten an den aufgestellten Personen bei den Frauen „nur" 96,1 Prozent beträgt. Für die Männer errechnet sich hingegen sogar ein Anteilswert, der leicht über 100 Prozent liegt. Dies ist möglich, weil bei Mehrheitswahlen auch Personen, die nicht im Wahlvorschlag genannt werden, gewählt werden können.

Stadt-Land-Gefälle nimmt etwas ab

Höherer Frauenanteil auf der Kreisebene

Eine differenzierte Betrachtung der Verhältniswahlen nach den verschiedenen Verwaltungsebenen zeigt, dass die Geschlechterparität auf den übergeordneten politischen Ebenen tendenziell stärker ausgeprägt ist als auf den nachgeordneten Ebenen. So beläuft sich der Frauenanteil an den Personen, die in die Vertretungskörperschaften der Kreisebene – dies sind die Stadträte der kreisfreien Städte und die Kreistage – gewählt wurden, auf 30,9 Prozent. Bei den Verbandsgemeinderatswahlen erreicht der Frauenanteil hingegen nur 23,5 Prozent und bei den Gemeinde- und sonstigen Stadtratswahlen 23,9 Prozent.

Zudem stellt sich auf der Kreisebene über den gesamten Aufstellungs- und Wahlprozess eine andere Entwicklung ein als auf der Verbandsgemeinde- und der Gemeindeebene. Auf der Kreisebene erhöht sich der Frauenanteil von der Versammlungsteilnahme zu den angetretenen Personen deutlich. Demgegenüber steigt der Anteil auf der Verbandsgemeindeebene weniger stark, und auf der Gemeindeebene bleibt er praktisch unverändert. Des Weiteren ist das Absinken des Frauenanteils beim Schritt von den Aufgestellten zu den Gewählten auf der Kreisebene geringer ausgeprägt als auf den anderen Ebenen. Dies führt dazu, dass nur auf der Kreisebene der Frauenanteil bei den Gewählten höher ist als auf der ersten Stufe bei der Versammlungsteilnahme (30,9 gegenüber 28,8 Prozent).

Unterschied zwischen Stadträten der kreisfreien Städte und den Kreistagen vermindert sich

Auch zwischen städtischen und ländlichen Regionen treten Unterschiede hervor. Dies zeigt beispielsweise der Vergleich der Stadtratswahlen der kreisfreien Städte mit den Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise. Mit einem Frauenanteil von 35,8 Prozent kommen die Stadträte der kreisfreien Städte einer Geschlechterparität näher als die Kreistage (28,2 Prozent). Gegenüber 2014 hat sich die Differenz allerdings um 1,8 Prozentpunkte verringert, das Stadt-Land-Gefälle hat sich also reduziert.

Relativ hoher Frauenanteil in den großen kreisangehörigen Städten

Ähnliches gilt für die Gegenüberstellung der Stadtratswahlen der großen kreisangehörigen Städte mit den Ratswahlen in kleineren Ortsgemeinden. Auch dieser Vergleich zeigt für 2019 einen etwas geringeren Abstand der Frauenanteile unter den gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern als 2014. Zugleich gelingt es Frauen in den

T2 Versammlungsteilnehmerinnen, angetretene, aufgestellte[1] und gewählte Bewerberinnen 2019 nach Wahlvorschlagsträgern

Wahlvorschlagsträger	Versammlungsteilnehmerinnen	Angetretene Bewerberinnen	Aufgestellte Bewerberinnen	Gewählte Bewerberinnen
	Frauenanteil in %			
CDU	24,3	25,6	25,7	22,9
SPD	29,4	31,0	30,9	27,3
GRÜNE	41,1	47,0	47,0	43,7
AfD	23,5	25,0	25,5	15,4
FDP	22,9	24,4	24,7	15,7
DIE LINKE	29,8	34,4	34,6	28,9
Wählergruppen	29,3	26,1	26,0	21,1
Insgesamt[2]	28,2	28,7	28,7	23,8
	Veränderung zu 2014 in Prozentpunkten			
CDU	+0,7	+1,0	+1,4	+1,8
SPD	+1,0	+2,5	+2,5	+2,6
GRÜNE	+2,7	+0,8	+0,7	+5,7
AfD	+5,5	+5,0	+5,3	+3,5
FDP	-0,4	-2,2	-1,3	+2,1
DIE LINKE	+0,8	+2,5	+2,6	+8,0
Wählergruppen	+3,0	+1,6	+1,5	+3,7
Insgesamt[2]	+2,0	+1,4	+1,5	+2,5

1 Bei den Aufstellungsversammlungen der Wahlvorschlagsträger. – 2 Einschließlich sonstige Parteien.

großen kreisangehörigen Städten relativ betrachtet weiterhin deutlich eher, ein kommunalpolitisches Mandat zu erringen.

Mit Abstand höchste Frauenanteile bei den GRÜNEN

Absolute Parität von keinem Wahlvorschlagsträger erreicht

Mit Blick auf die einzelnen Wahlvorschlagsträger treten die GRÜNEN auf allen Stufen des Aufstellungs- und Wahlprozesses als diejenige Partei hervor, bei der die Geschlechterparität mit Abstand am stärksten ausgeprägt ist. Dennoch wird auf keiner Stufe eine absolute Gleichverteilung zwischen den Geschlechtern erreicht. So waren von den Personen, die 2019 an einer Aufstellungsversammlung der GRÜNEN teilnahmen, nur etwa zwei von fünf weiblich (41,1 Prozent). Unter den angetretenen und den aufgestellten Personen (jeweils 47 Prozent) liegt der Frauenanteil bereits nahe an der 50-Prozent-Marke. Etwas geringer, aber noch immer höher als unter den Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern ist der Frauenanteil unter den gewählten Bewerberinnen und Bewerbern (43,7 Prozent).

Geschlechterparität bei den GRÜNEN am stärksten ausgeprägt

Während die GRÜNEN mit Abstand die Spitzenposition einnehmen, weisen auch DIE LINKE und die SPD über alle Verfah-

Stets unterdurchschnittliche Frauenanteile bei CDU, AfD und FDP

rensstufen hinweg überdurchschnittliche Frauenanteile vor. Der Anteil der Frauen an den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Aufstellungsversammlungen der Wählergruppen liegt über dem Durchschnitt. Auf den nachfolgenden Stufen fallen die Wählergruppen aber unter das Mittel. Die Frauenanteile bei CDU, AfD und FDP sind durchgehend unterdurchschnittlich.

Gleiches Entwicklungsmuster der Frauenanteile über die Stufen bei allen Parteien

Das für die GRÜNEN skizzierte Muster – ein niedrigerer Frauenanteil unter den Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, ein höherer Frauenanteil unter den angetretenen und aufgestellten Personen – zeigt sich in gleicher Weise auch für die übrigen ausgewerteten Parteien DIE LINKE, SPD, CDU, AfD und FDP. Im Unterschied zu den GRÜNEN sind bei diesen Parteien allerdings nicht nur die Frauenanteile insgesamt niedriger. Zudem fällt bei den übrigen Wahlvorschlagsträgern der Frauenanteil unter den gewählten Bewerberinnen und Bewerbern niedriger aus als unter den Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern. Einen Ausreißer stellen diesbezüglich die Wählergruppen dar. Bei ihnen sinkt der Frauenanteil vom Beginn bis zum Ende des Aufstellungs- und Wahlprozesses kontinuierlich.

Wählerinnen und Wähler von AfD und FDP begünstigten mit ihrer Stimmabgabe am deutlichsten Männer

Bezüglich des sinkenden Frauenanteils durch das Entscheidungsverhalten der Wählerinnen und Wähler sind vor allem die Ergebnisse bei AfD und FDP bemerkenswert. Der Anteil der Frauen an den Gewählten verringert sich gegenüber dem Anteil bei den aufgestellten Personen bei der AfD um 10,1 Prozentpunkte und bei der FDP um neun Prozentpunkte. Damit liegen die beiden Parteien deutlich über dem durchschnittlichen Rückgang von 4,9 Prozentpunkten. Noch eindrücklicher ist eine Darstellung anhand der Erfolgsquoten im Geschlechtervergleich. Von den aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten der AfD konnten 16 Prozent der Frauen und 30 Prozent der Männer ein Mandat erringen. Die Erfolgsquote der AfD-Frauen war somit im Geschlechtervergleich nur etwas mehr als halb so hoch. Ähnlich sieht das Verhältnis bei der FDP mit Erfolgsquoten von 7,8 und 13,7 Prozent aus; auch hier beträgt die relative Geschlechterdifferenz mehr als 40 Prozent. Dass Wählerinnen und Wähler tendenziell Männern den Vorzug geben, gilt für alle betrachteten Wahlvorschlagsträger. Für eine Kandidatin der GRÜNEN – der Partei mit den geringsten Geschlechterunterschieden – ist die Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden, gegenüber einem Mann um etwa ein Achtel niedriger. Im Mittel über alle Wahlvorschlagsträger beträgt der Rückstand der Frauen 22,5 Prozent.

Frauenanteil an den Gewählten steigt auf breiter Front

GRÜNE bauen Vorsprung aus

Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2014 konnten alle betrachteten Wahlvorschlagsträger den Frauenanteil unter ihren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern steigern. Am stärksten gelang dies der Partei DIE LINKE (+8 Prozentpunkte) und den GRÜNEN (+5,7 Prozentpunkte). Letztere bauten damit ihren Vorsprung gegenüber dem Durchschnitt aller Wahlvorschlagsträger aus. Die geringsten Zunahmen stehen bei der CDU (+1,8 Prozentpunkte), der FDP (+2,1 Prozentpunkte) und der SPD (+2,6 Prozentpunkte) zu Buche. Steigerungsraten im mittleren Bereich verzeichnen die Wählergruppen (+3,7 Prozentpunkte) und die AfD (+3,5 Prozentpunkte).

Auch auf den übrigen Stufen des Aufstellungs- und Wahlprozesses haben sich die

Nur FDP mit rückläufigem Frauenanteil auf den ersten Stufen

Frauenanteile der Wahlvorschlagsträger erhöht. Die einzige Ausnahme bildet die FDP. Sie verzeichnet sowohl bei der Versammlungsteilnahme als auch unter den angetretenen und den aufgestellten Personen niedrigere Anteilswerte als bei den Kommunalwahlen 2014. Die größte Steigerung kann auf den ersten drei Stufen jeweils die AfD vorweisen, die unter den betrachteten Wahlvorschlagsträgern 2014 jeweils die niedrigsten Frauenanteile hatte.

Weibliche Mehrheit in fünf Gemeinderäten

Absolute Geschlechterparität in 22 Räten

In die Paritätsstatistik 2019 gingen die Wahlen zu 1 317 kommunalen Vertretungskörperschaften ein. Nur in fünf Gemeinderäten ergab sich eine weibliche Ratsmehrheit.[4] In drei Ortsgemeinden, deren Gemeinderäte nach dem Grundsatz der Mehrheitswahl mit einem Wahlvorschlag gewählt wurden, sind jeweils zwei Drittel der gewählten Ratsmitglieder weiblich (vier von sechs). Alle drei Ortsgemeinden – Arnshöfen, Mähren und Weltersburg – liegen im Westerwaldkreis. Des Weiteren gibt es in zwei Gemeinderäten, deren Zusammensetzung per Verhältniswahl bestimmt wurde, Frauenanteile von mehr als 50 Prozent. In Bermersheim vor der Höhe (Landkreis Alzey-Worms) sind fünf von acht gewählten Ratsmitgliedern Frauen (62,5 Prozent), in Hanhofen (Rhein-Pfalz-Kreis) elf von 20 (55 Prozent). In den Gemeinderäten von 22 weiteren Ortsgemeinden ergibt sich eine absolut paritätische Geschlechterverteilung.

Demgegenüber weisen 1 290 Kommunalparlamente – darunter alle Kreistage, alle Stadträte der kreisfreien Städte, alle Verbandsgemeinderäte und alle Stadt- und Gemeinderäte von verbandsfreien Gemeinden – eine männliche Ratsmehrheit auf. In den Gemeinderäten von 54 Ortsgemeinden ist keine einzige Frau vertreten. Darunter sind 32 Räte, die durch Mehrheitswahlen mit einem Wahlvorschlag besetzt wurden. Auch der Rat der Verbandsgemeinde Hauenstein (Landkreis Südwestpfalz) besteht ausschließlich aus Männern.

Keine Frauen in 54 Gemeinderäten und in einem Verbandsgemeinderat

Auf der Kreisebene erreichen die Stadträte von Mainz, Kaiserslautern und Trier sowie der Kreistag des Landkreises Mainz-Bingen Frauenanteile von mindestens 40 Prozent. In allen Vertretungskörperschaften der Kreisebene liegt der Frauenanteil bei mehr als einem Fünftel, in den Kreistagen vieler ländlich geprägter Kreise jedoch nur geringfügig über diesem Wert.

Langfristige Entwicklung

Gewählte nach Geschlecht ab 1994 verfügbar

Für alle in die Kommunalparlamente gewählten Personen liegen nach dem Geschlecht getrennte Angaben bereits ab den Kommunalwahlen 1994 vor. Dies ermöglicht eine langfristige Betrachtung der Paritätsentwicklung bei den Gewählten über einen Zeitraum von 25 Jahren.[5] In Tabelle 3 sind, im Gegensatz zu den bisher in diesem Beitrag präsentierten Auswertungen, auch die Mehrheitswahlen, für die kein Wahlvorschlag zugelassen wurde, enthalten.

Die Daten zeigen einen kontinuierlichen, langfristigen Anstieg des Frauenanteils in

4 Ohne Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

5 Eine Analyse für den Zeitraum 1994 bis 2009 liegt bereits vor. Vgl. König, J.: Frauen in der Kommunalpolitik. Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten 2009 weiter gestiegen. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 62. Jg. (2009), S. 666–672.

T3 Mitglieder von Kommunalparlementen[1] 1994–2019 nach Geschlecht und Verwaltungsebenen

Wahljahr	Insgesamt	Darunter: weiblich	Frauenanteil
	Anzahl		%
	Gemeinde- und Stadträte (ohne kreisfreie Städte)		
1994	26 224	2 971	11,3 ↑
1999	26 468	3 512	13,3 ↑
2004	26 792	3 962	14,8 ↑
2009	26 594	4 266	16,0 ↑
2014	26 336	4 713	17,9 ↑
2019	26 457	5 648	21,3 ↑
	Verbandsgemeinderäte		
1994	4 716	730	15,5 ↑
1999	4 766	795	16,7 ↑
2004	4 790	849	17,7 ↑
2009	4 784	855	17,9 ↑
2014	4 506	914	20,3 ↑
2019	4 048	950	23,5 ↑
	Stadträte der kreisfreien Städte		
1994	588	192	32,7 ↓
1999	592	185	31,3 ↑
2004	592	188	31,8 ↑
2009	596	195	32,7 ↑
2014	596	203	34,1 ↑
2019	600	215	35,8 ↑
	Kreistage		
1994	1 048	241	23,0 ↑
1999	1 060	272	25,7 ↓
2004	1 060	260	24,5 ↓
2009	1 064	245	23,0 ↑
2014	1 064	263	24,7 ↑
2019	1 068	301	28,2 ↑
	insgesamt		
1994	32 576	4 134	12,7 ↑
1999	32 886	4 764	14,5 ↑
2004	33 234	5 259	15,8 ↑
2009	33 038	5 561	16,8 ↑
2014	32 502	6 093	18,7 ↑
2019	32 173	7 114	22,1 ↑

1 Ohne Bezirkstag Pfalz und Ortsbeiräte.

Frauenanteil steigt kontinuierlich

den kommunalen Vertretungskörperschaften. In der Gesamtbetrachtung über alle Verwaltungsebenen erhöhte er sich, ausgehend von 12,7 Prozent im Jahr 1994, bis 2019 um circa drei Viertel auf 22,1 Prozent. Insgesamt sowie auf der Gemeinde- und der Verbandsgemeindeebene ist der Frauenanteil im Betrachtungszeitraum von Wahl zu Wahl gestiegen. Bei den Stadträten der kreisfreien Städte und den Kreistagen sind hingegen auch einzelne Rücksetzer zu beobachten.

Langfristige Annäherung der Verwaltungsebenen

Die Reihenfolge der einzelnen Verwaltungsebenen hat sich seit 1994 nicht geändert. Allerdings ist eine Annäherung festzustellen, da sich der Frauenanteil dort, wo das Ausgangsniveau niedrig war, überproportional erhöht hat. In den Gemeinde- und Stadträten (ohne die Stadträte der kreisfreien Städte) ist der Anteil der Frauen an den Ratsmitgliedern am stärksten gewachsen; das Plus beträgt zehn Prozentpunkte von 11,3 auf 21,3 Prozent. Die Steigerung des Frauenanteils in den Verbandsgemeinderäten beläuft sich auf acht Prozentpunkte (von 15,5 auf 23,5 Prozent). Auf der Kreisebene ist der Zuwachs geringer. Der Frauenanteil in den Kreistagen ist um 5,2 Prozentpunkte gestiegen (von 23 auf 28,2 Prozent). Für die Stadträte der kreisfreien Städte steht eine Zunahme um 3,1 Prozentpunkte zu Buche (von 32,7 auf 35,8 Prozent). Noch deutlicher wird der Angleichungsprozess in einer relativen Betrachtung. Machte der Frauenanteil in den Gemeinde- und Stadträten 1994 nur 35 Prozent des Niveaus in den Räten der kreisfreien Städte aus, lag dieser Wert 2019 bei 59 Prozent.

Sebastian Fückel, M. A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“, Dr. Martin Jacobs ist Mitarbeiter in diesem Referat.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2018	2019					2020		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 079 [1,2]	4 089 [1,2]	4 087	4 087	4 087	4 094	4 095	4 095	4 095
darunter Ausländer[3]	1 000	442 [1,2]	461 [1,2]	456	457	459	470	472	474	474

Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]

* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 888	1 736	489	720	1 011	1 792	489	967	936
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 137	3 098	2 871	2 710	2 903	2 973	2 874	2 815	2 985
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,1	8,3	8,6	8,4	8,5	8,3	8,7	8,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	4 025	3 968	4 303	4 169	4 456	4 206	4 232	3 959	4 348
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	11,7	12,4	13,3	12,8	12,1	12,2	12,2	12,5
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	11	9	9	6	10	13	4	11	8
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,0	3,1	2,2	3,4	4,4	1,4	3,9	2,7
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-888	-870	-1 432	-1 459	-1 553	-1 233	-1 358	-1 144	-1 363
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,6	-2,6	-4,1	-4,7	-4,5	-3,5	-3,9	-3,5	-3,9

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	12 414	12 440	13 317	11 102	12 621	9 159	12 663	10 815	8 688
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	6 411	6 347	7 233	6 099	6 724	4 348	6 908	5 818	4 498
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 575	10 837	10 034	9 500	10 486	10 257	10 244	9 316	7 446
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 702	4 921	4 488	4 558	4 820	5 329	4 833	4 520	3 707
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 839	1 603	3 283	1 602	2 135	-1 098	2 419	1 499	1 242
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 982	13 922	14 851	12 871	13 549	12 783	13 792	11 749	9 326

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]

	Einheit	2016	2017	2018				2019		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 365	1 389	1 406	1 412	1 442	1 431	1 431	1 435	1 462
* Frauen	1 000	637	648	656	656	669	667	666	667	679

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2016	2017	2018				2019		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	128	141	148	155	163	158	164	170	177
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	386	400	406	410	415	416	417	422	427
* darunter Frauen	1 000	318	328	332	334	338	340	340	342	346
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	12	14	14	11	13	14	15
* produzierendes Gewerbe	1 000	424	430	432	434	445	441	442	442	449
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	299	304	309	312	320	319	316	319	325
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	216	221	225	227	228	225	225	225	230
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	413	420	428	425	434	436	435	435	443

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	Anzahl	98 764	97 717	95 893	96 163	100 627	117 371	125 057	126 446	128 782
* Frauen	Anzahl	44 729	43 707	43 033	43 350	45 886	51 272	54 714	55 439	56 968
Männer	Anzahl	54 035	54 010	52 860	52 813	54 740	66 098	70 342	71 006	71 812
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	40 147	41 433	38 550	39 160	42 537	54 766	58 301	59 151	62 388
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	58 617	56 284	57 343	57 003	58 090	62 605	66 756	67 295	66 394
* Arbeitslosenquote[8]	%	4,4	4,3	4,3	4,3	4,5	5,2	5,5	5,6	5,7
* Frauen	%	4,3	4,1	4,1	4,1	4,3	4,8	5,1	5,2	5,4
* Männer	%	4,6	4,5	4,4	4,4	4,6	5,5	5,9	5,9	6,0
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,1	4,0	3,8	4,1	4,9	5,0	5,5	5,5	6,0
Jüngere von 15–20 Jahren	%	2,9	3,0	2,7	3,0	3,8	3,3	3,8	3,7	4,0
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,4	4,2	4,2	4,1	4,2	4,9	5,0	5,1	5,1
Ältere von 55–65 Jahren	%	4,8	4,7	4,6	4,6	4,6	5,4	5,4	5,5	5,5
* Ausländer/-innen	%	11,7	11,3	10,9	10,9	11,4	13,8	13,9	14,1	14,1
Deutsche	%	3,6	3,5	3,5	3,5	3,6	4,2	4,4	4,5	4,6
* Kurzarbeiter/-innen[9]	Anzahl	4 758	5 728	1 341	1 429	1 349	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[10]	Anzahl	40 467	39 492	40 265	40 912	40 831	30 302	28 221	27 895	28 363

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[11]	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	240 488	227 968	234 196	232 436	230 922	222 277	226 238	234 726	...
* darunter Frauen	Anzahl	118 759	113 208	115 857	115 070	114 461	110 270	112 155	116 544	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	161 337	151 888	156 834	155 488	154 324	147 854	151 075	157 778	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	66 455	63 706	65 047	64 640	64 322	61 642	62 531	63 948	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	64 479	61 813	63 134	62 737	62 439	59 670	60 500	61 888	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2018	2019			2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	510	515	552	590	658	533	594	523	499
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	446	453	491	539	592	476	524	458	440
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	5	4	4	7	5	1	8	-	4
Unternehmen	Anzahl	68	57	55	86	81	66	65	75	54
private Haushalte	Anzahl	437	454	493	497	572	466	521	448	441
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 174	1 119	1 034	1 058	1 233	967	1 472	1 375	995
* Umbauter Raum	1 000 m^3	701	702	679	696	780	636	865	818	641
* Wohnfläche	1 000 m^2	130	130	125	131	149	119	153	146	121
Wohnräume	Anzahl	5 171	5 113	5 017	5 236	5 936	4 728	6 060	5 746	4 743
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	230	237	220	234	269	221	296	264	222
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	122	113	111	110	143	105	115	109	109
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	12	15	12	11	14	16	8	10
Unternehmen	Anzahl	80	77	67	87	92	82	74	69	76
private Haushalte	Anzahl	27	24	29	11	40	9	25	32	23
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	23	18	15	15	37	3	11	7	28
* Umbauter Raum	1 000 m^3	892	675	571	683	707	1 075	654	668	810
* Nutzfläche	1 000 m^2	134	106	92	102	123	126	109	123	164
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	125	108	114	103	124	190	145	114	146
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 350	1 245	1 049	1 260	1 446	1 111	1 674	1 542	1 149
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 927	5 788	5 057	6 082	6 955	5 413	6 811	6 391	5 417

Landwirtschaft

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 625	11 591	11 682	11 738	11 314	11 470	12 081	10 663	10 913
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 859	1 636	1 696	1 810	1 666	1 578	1 912	1 419	1 318
darunter										
* Kälber	t	8	8	8	11	4	8	10	11	6
* Jungrinder	t	9	7	8	11	6	6	13	7	5
* Schweine	t	9 714	9 825	9 949	9 867	9 601	9 858	10 123	9 186	9 544
* Eiererzeugung[2]	1 000	16 822	18 991	20 675	19 271	15 486	19 750	21 345	19 297	17 433

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 041	1 037	1 035	1 041	1 040	1 040	1 039	1 049	1 047
* Beschäftigte[4]	Anzahl	260 572	262 937	261 960	262 661	262 529	260 639	259 579	258 612	257 051
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 905	32 881	34 012	33 081	34 067	32 567	33 090	28 464	27 938
* Entgelte	Mill. EUR	1 145	1 176	1 127	1 157	1 446	1 079	1 085	1 087	1 222
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	8 361	7 711	8 495	8 104	8 051	7 811	7 863	6 182	6 121
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	4 372	4 164	4 603	4 344	4 307	4 164	4 533	3 733	3 355
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 282	2 310	2 652	2 437	2 451	2 526	2 059	1 261	1 682
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	82	92	88	87	70	83	74	87
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 620	1 156	1 147	1 236	1 206	1 050	1 188	1 113	997
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 462	2 323	2 619	2 420	2 354	2 362	2 626	2 192	1 873
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 091	1 133	1 347	1 168	1 196	1 439	879	430	724
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 813	4 349	4 903	4 577	4 554	4 544	4 346	3 440	3 424
Exportquote[6]	%	57,6	56,4	57,7	56,5	56,6	58,2	55,3	55,6	55,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	119,5	101,8	112,4	109,6	104,5	104,6	107,8	70,5	70,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	110,8	106,4	121,8	111,8	108,4	109,6	121,1	85,0	76,8
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	114,0	96,2	100,4	102,4	96,4	100,6	90,2	48,1	56,8

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	150,1	148,9	181,1	186,4	140,1	147,6	171,6	168,3	172,4
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	173,1	101,0	114,7	122,0	116,6	96,4	115,6	88,8	90,4
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	110,0	106,9	125,7	112,5	107,4	113,0	126,2	86,3	75,8
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	115,0	89,4	96,4	98,6	96,8	87,8	85,6	33,8	51,1
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	173	172	172	173	173	171	171	171	170
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 807	9 898	9 858	9 821	9 794	10 030	10 027	9 997	10 005
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 186	1 195	1 210	1 195	1 223	1 191	1 315	1 217	1 169
* Entgelte[3]	Mill. EUR	45	46	43	54	42	42	44	50	43
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	271	346	320	285	278	318	346	245	299
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	257	333	306	274	267	303	317	233	288
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	20 563	21 518	20 989	21 562	21 476	22 207	22 362	22 385	22 408
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 039	2 131	1 960	2 334	2 356	1 797	2 286	2 470	2 331
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	355	379	364	412	412	408	428	453	433
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	667	696	659	739	750	629	781	802	747
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 017	1 056	936	1 182	1 195	760	1 077	1 216	1 151
darunter Straßenbau	1 000 h	555	577	483	651	665	371	566	656	623
* Entgelte	Mill. EUR	71	76	67	77	75	65	72	79	76

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	321	339	276	340	358	236	343	364	336
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	59	61	53	68	67	47	77	65	58
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	107	120	107	121	125	96	118	140	112
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	155	158	116	151	167	93	147	160	166
darunter Straßenbau	Mill. EUR	81	83	54	77	89	40	68	82	80

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	379	405	377	376	406	408	403	401	389
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	15 929	16 810	16 016	15 883	16 597	16 861	16 986	16 794	16 724
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 896	5 075	4 964	4 884	5 062	5 099	5 207	4 931	4 962
* Entgelte	Mill. EUR	136	148	134	146	138	146	148	161	145
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	473	527	478	595	414	469	559	667	433

Handel[5]

Großhandel[p, 6]	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte	2015=100	102,8	102,7	102,4	102,4	102,6	102,2	102,3	101,7	101,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	96,8	97,4	97,4	97,7	97,9	95,7	95,8	94,7	94,4
* Umsatz nominal[7]	2015=100	102,9	109,8	111,5	113,9	115,3	101,0	117,3	109,3	108,1
* Umsatz real[7]	2015=100	99,4	105,8	107,4	109,1	110,2	97,9	113,9	106,8	105,6

Einzelhandel[p, 8]										
* Beschäftigte	2015=100	103,0	103,5	102,6	102,8	102,9	103,5	103,4	103,0	103,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	103,6	104,5	103,8	103,9	104,3	104,8	104,3	104,1	104,1
* Umsatz nominal[7]	2015=100	107,6	110,5	109,1	113,6	112,7	103,8	113,7	111,2	119,2
* Umsatz real[7]	2015=100	104,2	106,3	105,3	109,1	107,9	99,0	108,2	105,2	113,2

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte	2015=100	106,6	108,4	107,7	107,7	107,4	109,3	109,2	108,2	107,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	107,9	109,6	109,3	109,6	109,5	110,9	110,5	108,4	108,6
* Umsatz nominal[3]	2015=100	113,7	119,0	124,0	129,8	131,5	109,5	115,0	84,4	97,9
* Umsatz real[3]	2015=100	110,1	113,1	118,2	123,7	124,8	103,1	108,3	80,0	92,1

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	100,3	100,8	95,9	100,7	103,5	95,3	87,8	60,7	77,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	101,0	102,2	96,2	100,9	105,9	96,2	86,5	52,9	69,3
* Umsatz nominal[3]	2015=100	112,9	115,5	103,3	112,4	128,5	90,4	58,1	23,3	47,9
* Umsatz real[3]	2015=100	106,1	105,9	96,3	103,9	117,5	82,1	52,8	21,1	43,2

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	753	760	574	760	923	446	232	42	250
* darunter von Auslandsgästen	1 000	160	160	100	164	190	82	33	6	17
* Gästeübernachtungen	1 000	1 884	1 918	1 376	1 945	2 185	1 104	673	217	718
* darunter von Auslandsgästen	1 000	442	445	248	434	486	210	94	29	55

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 814	1 777	1 391	1 645	1 667	1 526	1 505	1 155	1 303
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 247	1 203	914	1 074	1 186	957	884	753	967
* Getötete Personen	Anzahl	14	13	23	10	16	13	14	9	11
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	6	13	3	12	6	9	4	2
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	4	3	2	2	-	3	6
Radfahrer	Anzahl	1	2	3	1	2	1	-	-	3
Fußgänger	Anzahl	2	1	1	2	-	3	4	1	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 616	1 546	1 197	1 390	1 540	1 287	1 152	970	1 192

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	291	211	242	299	220	162	163	266
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	131	132	117	118	140	136	94	82	78
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	82	71	33	45	90	10	15	37	106
Radfahrer	Anzahl	47	49	23	36	38	27	17	24	61
Fußgänger	Anzahl	29	27	24	29	19	41	27	15	10

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 937	16 920	14 595	15 662	10 952	11 236	7 094	8 988
darunter										
Krafträder	Anzahl	696	733	1 446	1 186	1 046	646	1 182	922	1 345
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	11 174	11 573	13 555	11 605	12 621	8 985	8 630	4 999	6 389
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 090	1 137	1 302	1 209	1 436	965	978	738	732
Zugmaschinen	Anzahl	357	394	520	501	484	284	349	374	453

Personenbeförderung

	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	67 851	58 509	66 784	63 859	60 704	58 733	55 869	58 730	1 120
Personenkilometer[3]	Mill.	746	649	748	724	677	652	637	630	793

Binnenschifffahrt

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Güterempfang	1 000 t	947	1 053	1 050	1 066	1 126	1 020	1 026	1 139	1 120
* Güterversand	1 000 t	713	858	777	978	935	811	846	814	793

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 991	4 451	4 695	4 787	4 469	4 307	4 571	4 335	3 372
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	316	323	323	337	319	276	310	317	299
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 618	4 055	4 295	4 385	4 095	3 938	4 168	3 921	2 985

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Rohstoffe	Mill. EUR	26	26	23	29	31	27	24	24	20
* Halbwaren	Mill. EUR	158	151	156	152	154	144	145	136	127
* Fertigwaren	Mill. EUR	4 434	3 878	4 116	4 204	3 911	3 767	3 999	3 761	2 838
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 017	988	1 083	1 005	930	1 081	1 004	1 057	899
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	3 418	2 889	3 032	3 199	2 981	2 686	2 994	2 704	1 939
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 547	3 006	3 277	3 288	3 013	2 882	3 044	2 845	2 067
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	3 211	2 692	2 958	2 944	2 666	2 581	2 733	2 486	1 778
Belgien	Mill. EUR	205	202	233	200	177	185	194	193	145
Luxemburg	Mill. EUR	57	53	51	56	55	51	51	43	32
Dänemark	Mill. EUR	49	50	54	54	49	47	48	47	37
Finnland	Mill. EUR	33	32	33	34	34	28	32	34	24
Frankreich	Mill. EUR	470	447	489	494	452	446	525	378	244
Griechenland	Mill. EUR	34	44	44	27	28	90	74	70	75
Großbritannien	Mill. EUR	286	272	353	384	231	266	257	228	138
Irland	Mill. EUR	403	35	43	38	65	15	38	44	30
Italien	Mill. EUR	273	252	270	251	245	241	254	222	155
Niederlande	Mill. EUR	332	271	283	317	285	250	251	255	237
Österreich	Mill. EUR	180	181	184	188	185	161	181	170	133
Schweden	Mill. EUR	86	80	82	79	82	79	75	69	61
Spanien	Mill. EUR	222	213	227	220	210	205	208	193	121
Portugal	Mill. EUR	36	27	30	35	38	22	28	28	18
* Afrika	Mill. EUR	119	126	108	148	133	100	131	99	77
* Amerika	Mill. EUR	635	624	566	606	664	631	674	626	520
darunter nach USA	Mill. EUR	443	238	384	421	464	452	514	428	382
* Asien	Mill. EUR	635	652	704	706	609	661	690	722	677
darunter nach China	Mill. EUR	187	230	242	201	186	197	211	197	233
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	55	42	41	39	49	33	33	43	31

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 793	3 281	3 315	3 600	3 255	3 231	3 107	3 121	2 512
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	275	282	274	270	297	288	286	305	293
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 326	2 745	2 814	3 101	2 746	2 726	2 600	2 591	2 005
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	38	39	39	39	36	33	32	30
* Halbwaren	Mill. EUR	288	254	292	320	257	267	267	280	185
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 001	2 453	2 484	2 741	2 450	2 423	2 299	2 280	1 791

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 015	577	652	715	619	566	503	616	522
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 986	1 876	1 832	2 026	1 831	1 856	1 796	1 664	1 268
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 879	2 429	2 465	2 702	2 420	2 208	2 301	2 266	1 683
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	2 627	2 183	2 212	2 383	2 127	2 019	2 099	1 984	1 476
Belgien	Mill. EUR	274	234	242	252	232	230	245	242	201
Luxemburg	Mill. EUR	53	50	48	52	54	45	48	44	31
Dänemark	Mill. EUR	22	23	20	21	20	33	36	32	33
Finnland	Mill. EUR	14	14	12	14	18	11	17	13	10
Frankreich	Mill. EUR	314	295	325	324	288	312	313	262	169
Griechenland	Mill. EUR	10	17	9	19	20	12	15	15	26
Großbritannien	Mill. EUR	129	104	116	115	95	102	100	103	68
Irland	Mill. EUR	231	99	90	147	105	59	20	44	24
Italien	Mill. EUR	415	221	244	222	197	182	223	219	163
Niederlande	Mill. EUR	329	290	348	321	346	226	255	271	206
Österreich	Mill. EUR	123	127	111	111	126	103	189	132	102
Schweden	Mill. EUR	50	37	45	43	34	30	31	31	19
Spanien	Mill. EUR	194	210	136	253	119	242	137	121	95
Portugal	Mill. EUR	21	20	18	20	18	23	22	23	15
* Afrika	Mill. EUR	47	56	50	65	46	99	65	67	49
* Amerika	Mill. EUR	296	279	291	274	303	300	269	306	272
darunter aus USA	Mill. EUR	238	214	240	216	219	242	219	235	207
* Asien	Mill. EUR	561	507	500	551	477	611	460	470	496
darunter aus China	Mill. EUR	230	240	224	237	209	291	229	206	241
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	5	5	6	8	6	5	7

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 664	2 614	2 808	2 760	2 584	2 668	2 146	1 734	2 415
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	461	467	475	497	436	445	413	307	391
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 725	1 702	1 891	1 823	1 740	1 771	1 362	1 086	1 668
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 671	2 496	2 627	2 475	2 189	2 243	2 218	1 526	1 673
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	394	382	392	423	314	390	386	267	257
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 791	1 650	1 747	1 560	1 442	1 441	1 407	906	1 072

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Insgesamt	Anzahl	404	390	371	418	438	364	358	315	345
davon										
* Unternehmen	Anzahl	60	58	60	63	54	61	61	59	58
* Verbraucher	Anzahl	238	229	216	250	271	207	186	166	199
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	88	86	83	91	94	83	97	75	75
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	18	17	12	14	19	13	14	15	13
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	59	57	78	87	45	80	66	61	45

Handwerk[2]

	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	99,6	99,7	101,2	99,8	99,3	99,1	101,1	99,3	98,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	115,2	121,3	118,9	131,1	103,4	122,7	125,8	132,9	106,5

Preise

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	103,4	104,7	104,9	105,1	105,7	105,7	105,5	106,1	105,6
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	102,8	104,5	104,4	104,5	104,7	105,8	105,8	105,9	106,0

Verdienste[7]

	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 118	4 213	3 782	3 823	3 800	3 850	3 895	3 900	3 865
* Frauen	EUR	3 593	3 704	3 352	3 379	3 402	3 432	3 474	3 484	3 517
* Männer	EUR	4 331	4 423	3 957	4 004	3 964	4 022	4 069	4 072	4 005
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 818	7 874	6 946	6 937	6 882	6 912	7 058	7 017	7 013
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 778	4 880	4 431	4 472	4 426	4 480	4 576	4 556	4 580
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 556	3 612	3 291	3 329	3 292	3 341	3 352	3 367	3 318
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 913	2 981	2 719	2 754	2 705	2 767	2 800	2 798	2 752
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 422	2 549	2 290	2 337	2 364	2 388	2 404	2 406	2 349

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 482	4 524	3 977	4 025	3 945	4 031	4 032	4 066	3 966
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 959	3 960	3 643	3 716	3 630	3 624	3 673	3 688	3 709
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 666	4 738	4 087	4 155	4 094	4 187	4 181	4 213	4 139
* Energieversorgung	EUR	5 585	5 801	4 912	4 935	5 037	5 161	5 144	5 185	5 060
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 481	3 619	3 295	3 261	3 329	3 387	3 431	3 466	3 546
* Baugewerbe	EUR	3 609	3 648	3 429	3 410	3 281	3 364	3 419	3 435	3 343
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 896	4 007	3 664	3 699	3 704	3 731	3 804	3 791	3 796
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 716	3 866	3 421	3 456	3 557	3 538	3 571	3 532	3 529
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 972	3 139	2 810	2 862	2 918	2 893	2 932	2 972	2 921
* Gastgewerbe	EUR	2 321	2 324	2 242	2 225	2 261	2 282	2 235	2 228	2 109
* Information und Kommunikation	EUR	5 610	5 385	5 185	5 276	5 043	4 991	5 032	5 057	4 975
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	5 564	4 555	4 481	4 698	4 779	4 810	4 860	4 892
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	4 258	4 382	3 825	3 846	3 824	3 781	(3 850)	(3 906)	(3 822)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 126	5 067	4 526	4 609	4 548	4 540	4 533	4 567	4 559
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 685	2 774	(2 592)	(2 650)	2 618	2 636	2 667	2 711	2 773
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 920	4 048	3 826	3 861	3 810	3 903	4 042	3 957	4 027
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 422	4 556	4 318	4 308	4 272	4 338	4 608	4 456	4 578
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 024	4 087	3 845	3 863	3 774	3 846	3 886	3 925	3 883
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 862	3 432	3 590	3 705	3 214	3 277	3 249	3 299	3 142
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 571	3 818	3 361	3 438	3 444	3 598	3 656	3 650	3 594

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2017	2018			2019				2020
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	120 539	122 926	122 902	124 560	125 627	126 385	126 217	127 856	118 155
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 125	9 899	9 879	9 991	10 156	10 537	9 749	9 668	8 906

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2017	2018			2019				2020
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 674	10 143	10 069	10 050	10 222	10 142	9 845	9 751	7 655
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	99 740	102 884	102 954	104 519	105 249	105 706	106 623	108 437	101 594
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	115 837	117 826	117 838	118 640	119 354	120 473	120 564	122 256	115 364
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 329	109 659	110 308	111 156	111 675	112 924	113 202	114 562	107 652
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 508	8 167	7 530	7 484	7 679	7 549	7 362	7 694	7 712
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	4 702	5 101	5 064	5 920	6 273	5 912	5 653	5 600	2 791
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	114 374	118 264	118 782	121 290	120 456	122 498	125 079	126 587	124 057
Sichteinlagen	Mill. EUR	69 255	73 846	74 439	77 175	76 285	78 109	80 523	82 309	81 309
Termineinlagen	Mill. EUR	15 921	15 798	15 884	15 506	15 575	15 933	16 409	16 432	15 438
Sparbriefe	Mill. EUR	2 923	2 577	2 542	2 460	2 395	2 292	2 205	2 110	2 021
Spareinlagen	Mill. EUR	26 275	26 043	25 917	26 149	26 201	26 164	25 942	25 736	25 289
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	112 722	116 479	117 024	119 422	118 587	120 611	123 129	124 467	122 141
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	110 134	113 362	113 973	116 071	115 620	117 609	119 860	120 885	118 688
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 588	3 117	3 051	3 351	2 967	3 002	3 269	3 582	3 453
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 652	1 785	1 758	1 868	1 869	1 887	1 950	2 120	1 916

Steuern

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 573	4 731	4 110	4 891	5 778	4 466	3 610	4 336	4 725
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 374	1 470	897	1 605	2 334	1 846	713	1 320	1 695
Lohnsteuer	Mill. EUR	951	1 000	726	1 385	896	716	749	1 345	805
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	185	197	-	560	-	-	-	570	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	207	240	69	88	616	604	-158	-47	559
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	101	98	55	63	520	35	45	19	67

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	26	19	5	54	-2	5	7	61	3
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	14	-	47	-	-	-	56	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	89	114	42	16	305	486	69	-57	261
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-31	-2	-	-6	-	-	-	-54	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 199	3 261	3 214	3 285	3 444	2 621	2 897	3 016	3 029
Umsatzsteuer	Mill. EUR	552	579	487	601	594	359	284	521	464
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 647	2 683	2 726	2 684	2 850	2 262	2 613	2 495	2 565
Zölle	Mill. EUR	226	231	213	214	232	196	211	244	251
Bundessteuern	Mill. EUR	89	91	72	79	121	121	61	59	105
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	31	30	31	28	22	27	27	22	21
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	58	61	41	51	99	94	34	37	84
Landessteuern	Mill. EUR	87	95	89	97	87	118	87	114	103
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	24	25	21	26	26	34	22	25	18
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	44	50	53	52	38	55	48	68	62
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	15	15	11	14	19	19	15	20	21
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	2	9	1	2	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	3	1	2	-	-

	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	789	753	773	712	738	757	700	818	718
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	5	5	6	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	142	143	163	130	136	150	154	132	139
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	615	581	576	554	574	577	514	658	550
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	26	25	28	24	23	26	26	24	24

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2018	2019	2018		2019				2020
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 206	1 229	1 159	1 559	748	1 214	1 188	1 766	721
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	504	488	448	374	551	480	418	504	508
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	454	483	438	875	32	470	501	929	44
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	75	86	75	152	1	84	84	173	2

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 064	1 161	811	1 131	1 717	1 282	638	1 024	1 320
Landessteuern	Mill. EUR	87	95	89	97	87	118	87	114	103
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	529	565	317	561	984	749	237	429	671
Lohnsteuer	Mill. EUR	336	351	240	461	312	231	245	444	269
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	88	102	29	37	262	257	-67	-20	238
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	48	48	24	31	258	15	21	7	32
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	12	8	2	24	-1	2	3	27	1
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	44	57	21	8	152	243	35	-29	131
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	418	478	356	464	646	415	286	481	546
Umsatzsteuer	Mill. EUR	296	358	273	337	520	226	184	337	423
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	121	121	83	126	126	188	102	144	123
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	7	15	3	0	0	21	0	-
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	16	13	29	6	0	0	-	-	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	6	1	0	0	9	0	-
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 216	2 255	1 981	2 295	2 778	2 131	1 720	1 969	2 215
Bundessteuern	Mill. EUR	89	91	72	79	121	121	61	59	105
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	598	640	388	688	1 053	823	311	558	745
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 521	1 517	1 507	1 526	1 604	1 187	1 328	1 351	1 365
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	7	15	3	0	0	21	0	-

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Juli 2020

Statistische Berichte

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Obst im Juni 2020
Kennziffer: C2033 202001

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung 2020
Kennziffer: C3053 202041

Weinerzeugung 2019
Kennziffer: C4043 201900

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Mai 2020
Kennziffer: D1023 202005

Unternehmensregister – Rechtliche Einheit und Niederlassungen 2018
Kennziffer: D2013 201800

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2020 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202005

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Mai 2020
Kennziffer: E1033 202005

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Mai 2020
Kennziffer: E1113 202005

Bauhauptgewerbe im Mai 2020 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202005

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Mai 2020
Kennziffer: E4023 202005

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Mai 2020
Kennziffer: G1023 202005

Aus- und Einfuhr im Mai 2020
Kennziffer: G3023 202005

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im April 2020
Kennziffer: H1023 202004

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 4. Vierteljahr 2019
Kennziffer: H1073 201944

Binnenschifffahrt im März 2020
Kennziffer: H2023 202003

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Die Umsätze und ihre Besteuerung 2018 – Voranmeldungen
Kennziffer: L4013 201800

Das körperschaftsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 2015
Kennziffer: L4063 201500

Die steuerpflichtigen Einkünfte der Personengesellschaften und Gemeinschaften 2015
Kennziffer: L4073 201500

Preise und Preisindizes

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2019
Kennziffer: M1073 201900

Umwelt

Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2018
Kennziffer: Q3023 201800

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im April 2020
Kennziffer: Z1013 202004

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Standard-Arbeitsvolumen in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2014 bis 2018 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2019)
Kennziffer: A6325 201800

Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2017 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand: August 2019)
Kennziffer: P1235 201700

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Juli 2020
Kennziffer: Z2201 202007

Broschüre: Rheinland-Pfalz heute 2020

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen – Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
Stand: Juli 2020
Kennziffer: A5034E20200

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: © kebox – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2020

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.